

## Zehnte Abtheilung.

Die Revolution von 1830.

1830—1832.

Als ich i. J. 1816 die vorstehenden Aufzeichnungen aus verschiedenen Epochen meines Lebens abschloß, ahnte mir nicht, daß ich noch einmal zur Feder greifen würde, um meine neue Thätigkeit in der politischen Welt zu schildern.

Allerdings hatte ich damals kein großes Vertrauen in die Umsicht und Gewandtheit derjenigen, die an der Spitze der französischen Regierung standen, aber ich glaubte doch nicht, daß sie das Land geradezu ins Verderben stürzen würden. Ich gestehe gern, daß ich mich der freundlichen Hoffnung hingab, in friedlicher Ruhe meine Tage in dem wohlgeordneten Frankreich zu beschließen, an dessen Neugestaltung ich einen bescheidenen Anteil gehabt; und wenn auch dann und wann Besorgnisse in mir auftauchten beim Anblick so mancher Verkehrtheiten und Irrtümer der Regierung, so dachte ich doch niemals an die Möglichkeit einer nochmaligen Revolution.

Hier und da erlaubte ich mir wohl, soweit ich dazu in der Lage war, ein abmahnendes oder warnendes Wort, sowohl in der Pairskammer, wie in privaten Kreisen, und deutete, wenn auch mit maßvoller Zurückhaltung, auf die Gefahren hin, welche die innere und äußere Politik nach sich ziehen könnte, eine Politik, welche die Regierung sich von einer mehr unvor-

sichtigen als böswilligen Partei aufdrängen ließ. Als Karl X. dann i. J. 1829 den unsinnigen Entschluß faßte, sein Ministerium zu entlassen, um zu seinen Räten die unpopulärsten Männer von ganz Frankreich zu berufen, Männer, die kein weiteres Verdienst hatten, als den blinden Gehoriam in den Willen eines eigensinnigen und beschränkten Königs — da konnten die Einsichtigen sich nicht länger verhehlen, daß wir auf den Abgrund zusteuerten.

Ich kann es hier offenherzig gestehen, daß ich stets die Fortdauer der Restauration gewünscht habe, was übrigens bei dem Anteil, den ich daran genommen, ganz natürlich war; ich that deshalb auch nichts, um sie irgendwie zu erschüttern, und weise jede Solidarität mit denjenigen zurück, die sich rühmen, zu ihrem Sturze beigetragen zu haben. Wie damals in den Jahren 1814 und 1815, so glaube ich auch noch heute, daß es für die Wohlfahrt Frankreichs keine solidere politische Basis giebt, als die Legitimität im Verein mit den besseren liberalen Errungenschaften der Revolution. Auf dieser Überzeugung beruht mein politisches Glaubensbekenntnis. Wenn aber die Legitimität selbst ihre Grundsätze mißachtet und ihre Verheißungen bricht, mithin selbst den Sturm heraufbeschwört, so muß man das Heil des Landes anderswo suchen, gleichviel wo, und die Legitimität beiseite lassen, wenn nur das monarchische Princip gewahrt bleibt. Der Gedanke, die jüngere Linie der Orleans an die Stelle der älteren bourbonischen zu setzen, ähnlich wie es i. J. 1688 in England geschah, war seit der Ernennung des neuen und letzten Ministeriums Karls X. das Tagesgespräch in ganz Paris; alle Zeitungen, gleichviel welcher Farbe, behandelten unausgesetzt diese Frage, so daß dem einfältigen Ministerium auch der Vorwurf nicht erspart werden kann, die öffentliche Meinung gewissermaßen auf diesen Wechsel vorbereitet zu haben. Wohl ließ sich manche ernste Warnung hören, aber der loyale und unerschrockene Mut fehlte und mit



ihm der feste Wille, den schwachen und leichtgläubigen König auf der abschüssigen Bahn aufzuhalten. Dieser Mangel wurde zu einem Verbrechen an der Nation, und er ist zugleich der Hauptgrund der Julirevolution von 1830. Hätte Karl X. nicht feig und knechtisch gesinnte Höflinge gefunden, die seine unseligen Ordonnanzen damals unterzeichneten, so wäre er schon gezwungen gewesen, sie in der Tasche zu behalten. Doch wie dem auch sei, ich beabsichtige nicht, hier ein Sündenregister der von der Restauration begangenen Fehler zu liefern, ich will hier nur die Notwendigkeit beweisen, daß Frankreich dadurch gezwungen war, sich eine neue Regierung zu wählen. Ich kann dies um so leichter thun, weil die getroffene Wahl, nach der Lage der Umstände, die möglichst beste gewesen und weil ich selbst nicht den geringsten Anteil daran genommen. Als aber der Wechsel vollzogen war, habe ich ihn gut geheißt, ihn wie einen Notanker begrüßt und ihm auch bereitwillig meine Dienste gewidmet; denn bei dem Sturz der bisherigen Regierung trat mir sofort die Besorgnis vor einer Republik mit allen ihren unheilvollen Konsequenzen entgegen: Anarchie, Bürgerkrieg und sonstige unselige Zustände, von denen wir Frankreich i. J. 1815 mit so großen Mühen befreit hatten. Ich lasse auch die Frage unerledigt, ob Ludwig Philipp besser gethan, nur Generalleutenant des Königreiches zu bleiben und die Krone abzulehnen; diese Krone wurde ihm aber von denjenigen angeboten, welche die ganze Volksbewegung hervorgerufen hatten und welche damit die verletzte Legitimität in etwas zu versöhnen hofften. So sah sich Ludwig Philipp zwischen das Dilemma gestellt, entweder Frankreich der Republik zu überliefern, oder den Thron zu besteigen, und indem er das letztere that, gewann er alle diejenigen für sich, die um jeden Preis das Vaterland retten wollten.

Wenn die Gefahr vorüber ist, kann man leicht kritisieren; das gilt von denen, die in den stürmischen Tagen sich still

verhielten und am nächsten Morgen auf offenem Markte erschienen, um das Geschehene zu bemängeln und zu tadeln, was sie zu verhindern nicht den Mut gehabt.

Ich sah den König Ludwig Philipp einige Tage nach dem Votum der Kammern (am 7. August 1830), welche ihm die Krone zuerkannt hatten. Der erste Gegenstand unserer Unterhaltung war der Eindruck der neuen Revolution auf das übrige Europa, und wir begriffen beide sehr gut, daß wir schleunigst dafür sorgen mußten, die Ursachen derselben den auswärtigen Kabinetten darzulegen, um ihre Zustimmung, oder wenn das nicht, so doch ihre Nichttheilnahme in die inneren Verhältnisse Frankreichs zu erlangen.

Zunächst richteten wir dabei unsere Blicke auf England, unser wichtiges Nachbarland, von dem wir hofften, daß es sowohl durch seine eigenen früheren Revolutionen, als auch durch so manche seiner Staatseinrichtungen uns am meisten sympathisch gesinnt sein würde. Der König schickte deshalb sofort seinen Adjutanten, den General Baudrand, nach London, der uns auch bald die Anerkennung des englischen Kabinettes und wohlwollende Äußerungen des Ministeriums überbrachte. Dies ließ uns hoffen, die anderen europäischen Mächte würden der englischen folgen, was auch geschah<sup>1)</sup>; aber der König begnügte sich damit nicht, sondern war, wie ich selbst, der Ansicht, daß wir den eigentlichen Stützpunkt unserer auswärtigen Politik in England suchen mußten, und daß ein erfahrener und bereits hinreichend bekannter Diplomat als Vertreter Frankreichs in London durchaus nötig sei. Der König bot mir darauf sofort diese äußerst delikate Mission an. Ich schützte mein hohes Alter vor, das eine jüngere Kraft erforderte und sprach mein Be-

---

1) Die Anerkennung Englands erfolgte schon Ende August, und im Oktober desselben Jahres trafen diejenigen von Rußland, Oesterreich, Preußen und Spanien ein, denen sich alsdann die übrigen Mächte zweiten Ranges angeschlossen. (Vergl. im Anhang den Briefwechsel Talleyrands mit der Prinzessin Adelaide.)

denken aus, einer so schwierigen Aufgabe nicht mehr gewachsen zu sein. Ich mußte aber dem Drängen des Königs und seines Ministeriums<sup>1)</sup> nachgeben, und der damalige Minister des Auswärtigen, Graf Molé, bestürmte mich noch ganz besonders. So entschied ich mich denn auch hier zur Annahme, wie schon so oft in meinem Leben, und zwar aus einfachem Pflichtgefühl und in dem Gedanken, meinem Vaterlande noch nützen zu können. Dabei leitete mich die Überzeugung, daß unsere neue Regierung sich nur durch Aufrechthaltung des Friedens eine sichere Basis schaffen könne, obwohl fast alle meine Kollegen anderer Ansicht waren und meinten, daß ein Krieg unvermeidlich sei. Ich hoffte aber, daß es mir durch meinen Namen und durch die Erinnerung an die Dienste, die ich in früheren Zeiten der Sache des europäischen Friedens geleistet, gelingen würde, die schrecklichste aller irdischen Heimfuchungen, einen allgemeinen revolutionären Krieg, abzuwenden, und ich preise mich glücklich, dies am Ende meiner Laufbahn erreicht zu haben.

Am 3. September erhielt ich vom Grafen Molé die folgende Zuschrift:

„Freitag, den 3. September 1830.

### Teurer Fürst!

Es ist halb elf Uhr, und ich komme soeben todmüde und mit heftigen Kopfschmerzen aus dem Palais Royal. Der König besteht darauf und verlangt es so gebieterisch, wie ich es Ihnen gar nicht sagen kann. Bitte, verfügen Sie sich selbst zu ihm. Morgen Abend um 8 Uhr wird die Sache im

---

1) Es war das Ministerium vom 11. August: Dupont de l'Eure, Justizminister; Graf Molé, Minister des Aeußeren, Guizot Minister des Innern, Herzog von Broglie Unterrichts- und Kultusminister und zugleich Ministerpräsident; Baron Louis Finanzminister, General Gérard Kriegsminister und der General Sebastiani, Marineminister. Die Herren Cassitte, Casimir Périer, Dupin und Vignon waren Minister ohne Portefeuille.

Ministerrat zur Sprache kommen. Wenn ich nicht so erschöpft und leidend wäre, hätte ich Ihnen dies mündlich gemeldet.

Von ganzem Herzen und in jeder Beziehung der Ihrige.

Molé<sup>1)</sup>."

Zwei Tage später schrieb der König mir die folgenden Zeilen:

"Ich selbst will mir die Freude bereiten, Ihnen anzuzeigen, daß der Moniteur morgen eine Ernennung verkündigen wird, die ich mit einer wahren Befriedigung vollzogen habe. Wenn mein neuer Botschafter in London morgen Nachmittag um 4 Uhr frei ist, würde ich ihn mit großem Vergnügen empfangen.

Am heutigen Sonntag, den 5. September 1830, abends halb zehn Uhr.

L. P."

So war ich denn französischer Botschafter in London geworden und mußte mich so schnell wie möglich auf meinen Posten begeben. Lord Aberdeen war damals Minister der auswärtigen Angelegenheiten im Kabinett des Herzogs von Wellington; ich hatte mit beiden während des Wiener Kongresses in sehr intimen Beziehungen gestanden und teilte ihnen sofort meine Ernennung mit. Lord Aberdeen antwortete mir umgehend:

London, Auswärtiges Amt, den 20. September 1830.

Teurer Fürst!

Ich fühle mich durch Ihr freundliches Gedenken so geschmeichelt, daß es mich treibt, Ihnen sogleich zu antworten.

1) Der Grund, weshalb ich diese Zuschrift hier mitteile, wird sich später zeigen; aber ich möchte schon jetzt bemerken, daß ich im weiteren Verlauf dieser Schilderungen noch oft Gelegenheit nehmen werde, derartige Zuschriften und Briefe wörtlich einzuschalten, weil ich der Meinung bin, daß dieselben als direkte Äußerungen der betreffenden Personen, und zwar im Augenblick der Ereignisse, am besten zum Verständnis des Ganzen beitragen.

(Eigene Anmerkung des Fürsten Talleyrand.)

Ich war in einer wichtigen Epoche so glücklich, in näherer Verbindung mit Ihnen zu sein, und weiß noch heute den Wert und die Annehmlichkeit derselben zu schätzen. Gestatten Sie mir deshalb, Ihnen schon jetzt zu versichern, daß Sie bei Ihrer Ankunft in England mich durchaus bereit finden werden, diese Verbindungen zu erneuern, und das um so mehr, weil ich mich gewiß nicht in der Hoffnung täusche, daß Ihre Mission den schönen Zweck verfolgt, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern noch inniger zu befestigen.

Genehmigen Sie . . . .

Aberdeen<sup>1)</sup>.

Sehr befriedigt über die gleichen Ansichten eines Staatsmannes, mit dem ich voraussichtlich am meisten zu verkehren haben würde, traf ich schnell die nötigen Vorbereitungen zur Abreise und verließ Paris am 22. September. Am Abend des 24. kam ich in Dover an. Als die Kanonen der Festung die Ankunft des französischen Botschafters verkündigten, ergriff mich plötzlich die Erinnerung, wie ich vor sechsunddreißig Jahren, nachdem mich der Revolutionssturm aus meinem eigenen Vaterlande vertrieben, auch den britischen Boden infolge der von den französischen Emigranten angezettelten Intriguen hatte verlassen müssen — und jetzt kehrte ich in ehrenvoller Stellung zurück und von der schönen Hoffnung beseelt, endlich eine Allianz zwischen Frankreich und England zu stiften, die ich von jeher als die beste Bürgschaft für das

---

<sup>1)</sup> Georges Gordon, Graf Aberdeen, geb. i. J. 1784, war englischer Gesandter in Wien während des Kongresses und unter Wellington i. J. 1828 Minister des Auswärtigen bis zu dessen Rücktritt am 16. November 1830. Als Wellington später i. J. 1834 noch einmal vorübergehend an die Spitze der Geschäfte trat, übernahm Aberdeen das Ministerium der Kolonien und wurde unter Peel (1841) wieder Minister des Auswärtigen. Er war Präsident in den Vorverhandlungen eines Schutz- und Trugsbündnisses Englands mit Frankreich (unter Napoleon III. i. J. 1852) und starb i. J. 1860.



Glück beider Nationen und für den Frieden der Welt betrachtet hatte. Aber welche Schwierigkeiten mußten vorher noch überwunden werden! Ich verbarg sie vor den anderen, um ihnen den Mut nicht zu nehmen; ich selbst jedoch kannte sie nur zu gut. Sie waren zahlreich und ernst und noch dazu doppelter Art: die einen kamen von Frankreich, wo eine noch wenig befestigte, neue Regierung täglich sozusagen um ihre Existenz kämpfte, was keineswegs geeignet war, den Kabinetten des Auslandes Vertrauen einzulößen; die anderen lagen in meinen Befürchtungen vor dem hochkonservativen Tory-Ministerium, das wohl unsere neue Revolution bereitwillig anerkannt hatte, wenn auch gewiß nicht ohne heimliches Bedenken, besonders jetzt nach dem ausgebrochenen Aufstande in Belgien, den ich noch im Augenblick meiner Abreise von Calais erfuhr. Mit diesen Gedanken, aber ohne dadurch in meinen Entschlüssen und Überzeugungen wankend zu werden, fuhr ich durch die gesegneten und friedlichen Fluren Englands, bis ich am 25. September 1830 in London eintraf. Und ich bedurfte dieser inneren Zuversicht sehr, denn die Briefe, die ich bald darauf aus Frankreich erhielt, waren nichts weniger denn beruhigend. Als Beweis dafür dienen die beiden folgenden Zuschriften, zuerst die des Grafen Molé:

„Paris, den 26. September 1830.

Verehrter Fürst!

Ich habe Ihren liebenswürdigen Brief aus Calais erhalten, und daraus mit Vergnügen ersehen, daß die Reise Ihrer Gesundheit nicht geschadet hat. Aus den Zeitungen, die aber in allen Berichten unzuverlässig sind, wissen Sie wohl schon, wie es hier um uns steht. Ich glaubte anfangs, wir würden in gar keinen offiziellen Briefwechsel treten, jetzt bin ich anderer Ansicht; auf wie lange weiß ich freilich nicht. Die Herzogin

von Dino, die ich gesehen und bei der ich heute speise, wird Ihnen alles weitere mündlich mitteilen.

Genehmigen Sie . . . .

Molé.“

Einen Tag später erhielt ich einen Brief vom Herzog von Dalberg:

„Paris, den 27. September 1830.

Sie hatten uns kaum verlassen, teurer Fürst, als die Ereignisse eintraten, die Sie bereits kennen und die uns hier seit einigen Tagen sehr beschäftigen. Ich brauchte Ihnen deshalb nicht zu schreiben, aber die Herzogin von Dino wollte, außer meinen herzlichen Grüßen, auch etwas Schriftliches mitnehmen.

Wir geraten hier wirklich in ein System demokratischer Anarchie. Das Ministerium war schon im Begriff, sich aufzulösen. Cassitte <sup>1)</sup> sollte ein neues bilden, aber, wie man sagt, wollte der König den General Lamarque und den Abgeordneten Mauguin ausgeschlossen wissen. Cassitte trat zurück, als

---

<sup>1)</sup> Jacques Cassitte, geb. i. J. 1767, war zuerst Kommiss bei dem Banquier Perregaux, gewann dessen Vertrauen und wurde sein Geschäftsnachfolger. Von der provisorischen Regierung i. J. 1814 zum Generaldirektor der Bank von Frankreich ernannt, trat er in die Deputiertenkammer und nach der Julirevolution in das Ministerium des 11. August, und übernahm in dem neuen vom 3. November 1830 den Vorsitz. Er zog sich indes schon im folgenden Jahre zurück, behielt aber, mit einer kurzen Unterbrechung, seinen Platz in der Kammer, und zwar stets in den Reihen der Opposition, bis zu seinem Tode i. J. 1844. — Graf Maximilian Lamarque, geb. i. J. 1770, trat in die Armee und wurde i. J. 1807 Generalstabschef des französischen Heeres in Neapel und Divisionsgeneral. Während der Hundert Tage Gouverneur von Paris, nach der Zweiten Restauration exiliert, kehrte er i. J. 1818 nach Frankreich zurück und wurde i. J. 1828 in die Kammer gewählt, wo er zu den thätigsten Mitgliedern der Opposition gehörte. Er starb an der Cholera i. J. 1832, und bei seinem Leichenbegängnis kam es in Paris zu einem blutigen Straßenaufstand. — François Mauguin, geb. i. J. 1785, ein angesehener Advokat und Verteidiger des Grafen Labédoyère i. J. 1815. Er plaidierte in fast allen politischen Prozessen unter der Restauration, trat i. J. 1830 in die Kammer und hielt sich stets auf der äußersten Linken. Er war ein Freund des Generals Lamarque und starb i. J. 1854.

er erfuhr, daß 86 Deputierte zur Opposition gehörten, daß man an der Börse Petitionen unterzeichnete und daß die Nachrichten aus den Departements sehr ungünstig lauteten. Man meinte dort, die Regierung ginge nicht kräftig genug vor. Es fragt sich jetzt, ob wir bis Ende Oktober auf diesem Wege weitergehen können, und dann, ob Belgien sich mit seinem Herrscher verständigen wird. Derselbe scheint mir nämlich sehr eigensinnig zu sein, und führt überhaupt keine offene und deutliche Sprache. Wenn Belgien sich wirklich empört und Widerstand leistet, so bekommen wir bei uns einen Ministerwechsel und dann den Krieg. Der Marschall Mortier sagte mir diesen Morgen: die Belgier haben sechs Monate zu früh angefangen, und der Marschall Soult, der zugegen war, bemerkte, daß wir in allem zu spät kämen. Wenn man auf diese Manier den Diplomaten spielen will, so rate ich Ihnen, teurer Fürst, sich zurückzuziehen, denn Sie werden keinen beruhigen . . .“

Soweit, was Frankreich betrifft. Der folgende Auszug aus meiner zweiten Depesche an den Grafen Molé giebt ein richtiges Bild von der Lage, in welcher das englische Kabinett sich uns gegenüber befand.

„Londen, den 27. September 1830.

Lieber Graf!

Lord Aberdeen ist heute von seinem Landsitz wieder in London eingetroffen, und ich habe sofort meinen ersten Sekretär, den Vicomte Baudreuil, zu ihm geschickt, mit der Bitte, mir die Stunde zu bestimmen, wann ich ihm meine Aufwartung machen könne. Er ließ mir zurückfragen, er würde den ganzen Tag für mich zu Hause sein. Ich begab mich also zu ihm und habe alle Ursache, mit unserer ersten Begegnung recht zufrieden zu sein. Er sagte mir sehr verbindlich, er habe bei der Nachricht von meiner Ankunft in London sofort seine Villeggiatur abgekürzt, um möglichst schnell zurückzukommen.

Obwohl mein Besuch ziemlich lange dauerte, unterhielten wir uns mehr über allgemeine Gegenstände, wie es auch mein Wunsch war, wobei ich aber die Grundsätze der augenblicklichen Politik Frankreichs entwickelte. Ich hielt mich natürlich an die mir von Sr. Majestät gegebenen Instruktionen, und konnte leicht bemerken, daß der Minister denselben weit mehr zustimmte, als sie bekämpfte. Ich verließ den Lord ganz befriedigt und fuhr zum Herzog von Wellington, der gleichfalls erst diesen Morgen angekommen ist. Auch hier hatte ich Ursache, mit dem Empfang sehr zufrieden zu sein, denn der Herzog äußerte sich über die jetzige Lage der Dinge in Frankreich sehr wohlwollend und günstig. Nur als im Laufe der Unterhaltung die Rede auf die Revolution kam, nannte er sie eine „unheilvolle“, welche durch die Verkehrtheiten der Regierung herbeigeführt sei. Ich mußte ihm in der letzteren Beziehung recht geben, ließ aber den Ausdruck unheilvoll nur insofern gelten, als sich derselbe auf den gestürzten König und seine Partei bezog; sonst versicherte ich ihm, daß die Revolution keineswegs ein Unheil für Frankreich gewesen und es auch für die übrigen Staaten Europas nicht sein werde. Unheilvoll sei im Gegentheil das letzte Regierungssystem gewesen, und dies Urtheil erwarte Frankreich auch von allen anderen Mächten, mit welchen wir in den besten Beziehungen zu bleiben wünschten, aber von denen auch wir hofften, daß sie die Würde Frankreichs respektierten.

Ich mochte wohl etwas lebhaft gesprochen haben, denn der Herzog nahm den Ausdruck, wenn auch nicht gerade direkt zurück, aber er beschränkte ihn doch in dem von mir angedeuteten Sinne.

Im ganzen, lieber Graf, darf ich daher wohl versichern, daß die Gesinnungen der englischen Minister, soweit ich dieselben nach diesen beiden Besuchen zu beurteilen vermag, die schwierigen Fragen, die in den bevorstehenden Beratungen nicht ausbleiben können, nicht komplizieren werden.

Lord Aberdeen war übrigens bis jetzt noch nicht in der Lage, den Tag meiner Audienz beim König zu bestimmen, und wußte auch nicht, ob dieselbe in London oder in Brighton stattfinden wird. . . .“

Diese Citate beweisen wohl hinlänglich, wie äußerst delikat meine Mission war. Glücklicherweise ist uns die Zukunft verborgen, so daß ich die noch größeren Schwierigkeiten, die ich später bekämpfen mußte, nicht kannte. Ich ging also guten Mutes an die Geschäfte.

Das Personal meiner Botschaft bestand nur aus mittelmäßigen Köpfen; man hatte sie in aller Hast kurz vor meiner Abreise ernannt, und ich war genötigt, manche Änderung zu treffen, bevor sie so tüchtig wurden, wie sie sich in der Folgezeit erwiesen. Einen sehr guten Ersatz bot mir aber meine Nichte, die Herzogin von Dino, die mir nach London folgte, um bei mir zu bleiben, und dieser geistreichen und liebenswürdigen Dame gelang es bald, uns in die sonst so exklusiven Kreise der höheren Gesellschaft Londons einzuführen. Dies war keine leichte Sache, denn die Mehrzahl der englischen Aristokratie hatte unsere neue Revolution nicht so bereitwillig angenommen, wie das Ministerium. Auch machten sich in diesen Regionen auswärtige Einflüsse geltend, auf die ich noch zurückkommen werde und die sich uns anfangs sehr schroff gegenüberstellten, bis es uns gelang, sie zu veröhnen.

Die Ereignisse nahmen übrigens bald eine sehr ernste Wendung: der Aufruhr in Brüssel wurde zu einer allgemeinen Schilderhebung im ganzen Lande, und sei es nun die Ungeschicklichkeit einer völlig unvolkstümlichen Regierung, oder der Wunsch, es den Franzosen nachzumachen — genug, die Belgier hatten ihre Revolution, wie wir, nur mit dem sehr bemerkenswerten Unterschiede, daß dieselbe in Frankreich zumeist gegen die Übergriffe des Alerus hervorgerufen wurde, während in



Belgien gerade der Alerus der Haupturheber war. Für alle Regierungen eine große Lehre, die doppelte Gefahr nämlich, ein Glaubensbekenntnis auf Kosten eines anderen zu begünstigen, wie dies in den Niederlanden geschehen, oder die Leitung des Staates durch die Religion beeinflussen zu lassen, wie in Frankreich unter Karl X.

Diese neue Revolution erschwerte begreiflich unsere Beziehungen zu dem englischen Ministerium, denn wenn ich gleich nach meiner Ankunft in Bezug auf die Revolution das Princip der Nichtintervention mit Erfolg geltend gemacht hatte, so durfte ich nicht vergessen, daß das Königreich der Niederlande, also das vereinigte Belgien und Holland, eine Schöpfung Englands vom Jahre 1814 war, und daß dieselben englischen Minister noch heute im Londoner Kabinett saßen. Würden diese Männer auch jetzt noch die Konsequenzen einer Nichtintervention annehmen, wo eine politische Kombination in Frage kam, die damals speeieell gegen Frankreich gerichtet war und deren Beseitigung weit gefährlicher erschien, als der neue französische Regierungswechsel? Eine sehr heikle Frage für das englische Ministerium. Und doch war ich genötigt, dieselbe zur Sprache zu bringen, als die Nachricht in London eintraf, daß die holländische Armee vor Brüssel zurückgeworfen, und daß der König der Niederlande nicht im stande sei, seine Autorität in Belgien zu behaupten.

Ich muß aber der englischen Regierung die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie in sehr loyaler Weise auch hier das Princip der Nichtintervention aufrecht hielt; sie machte nur im vorliegenden Falle einige Modifikationen, die berechtigt erschienen. Lord Aberdeen drückte sich folgendermaßen darüber aus:

„Wenn es auch erwiesen ist, daß der König der Niederlande sich in der Unmöglichkeit befindet, die Ruhe und Ordnung in seinen Staaten wiederherzustellen, so ist es doch nichts-

destoweniger für ganz Europa von dem höchsten Interesse, daß die Dinge in Belgien nicht in dem jetzigen Zustande verbleiben. Wir sowohl, wie auch Sie, dürfen diesen Ereignissen nicht gleichgültig zuschauen, und wenn wir auch unser Princip der Nichtintervention aufrecht halten wollen, so finden wir vielleicht einen Mittelweg, um die anderen Mächte, welche ein Weiterumsichgreifen der revolutionären Bewegung befürchten, an einem gewaltsamen Einschreiten zu verhindern, das unausbleiblich einen allgemeinen Krieg nach sich ziehen würde. Könnte man nicht etwa versuchen, durch verständige Ratschläge eine gegenseitige Annäherung zwischen Holland und Belgien herbeizuführen, dergestalt, daß jeder Teil ein Opfer bringt, um dadurch die Gewährleistung der wesentlichsten Punkte seiner Ansprüche zu erlangen. Bloße Ratschläge geben, heißt noch nicht intervenieren, vorzüglich dann nicht, wenn diejenigen, von denen sie ausgehen, die Befolgung derselben nicht erzwingen wollen. Eine solche freundschaftliche Rolle hat für die betreffenden Staaten nichts Verletzendes, und die anderen Mächte können daran ebenfalls keinen Anstoß nehmen. Ganz Europa hat i. J. 1814 an der Neugestaltung der Niederlande Anteil gehabt; es unterliegt deshalb keiner Frage, daß Europa, bei einer Auflösung des Königreiches nicht für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens besorgt sein sollte.“

Diese Bemerkungen Aberdeens waren für mich von um so größerem Werte, weil ich einerseits an den redlichen Absichten der englischen Regierung nicht zweifelte und andererseits daraus ersah, daß England das Bedürfnis fühlte, sich in einer Angelegenheit seines eigenen Interesses mit uns zu verständigen. Es erschien daher auch mir nicht ratsam, uns hinter das allgemeine Princip der Nichtintervention zurückzuziehen und uns ganz passiv zu verhalten, wodurch wir jedenfalls von unserem Einfluß eingebüßt haben würden, den das englische Ministerium uns gerade zuwenden wollte. Aus diesem Grunde befürwortete

ich die Vorschläge, die Lord Aberdeen in Paris durch den dortigen englischen Botschafter, Lord Stuart de Rothesay, machen ließ.

Während ich aus Paris die Antwort auf diese Eröffnungen erwartete, erhielt ich am 6. Oktober die Audienz, um dem König von England mein Beglaubigungsschreiben zu überreichen. Ich begleitete dasselbe mit folgenden Worten:

„Sire!

Se. Majestät, der König der Franzosen, haben mich allergnädigst beauftragt, der Überbringer Höchstihrer Freundschaftsversicherungen für Ew. Majestät zu sein.

Ich habe diesen Auftrag mit inniger Freude begrüßt, als einen ehrenvollen Abschluß meiner ganzen politischen Laufbahn.

Sire! nach so vielen Prüfungen, die mir in meinem hohen Alter beschieden waren, und nach den mannigfachen Schicksalen einer ereignisreichen Zeit, an denen ich vierzig Jahre lang teilgenommen, wüßte ich nichts, was meinem Herzenswunsch so sehr entsprochen hätte, als mich in dieses schöne, glückliche Land zurückgeführt zu sehen. Und welch ein erfreulicher Wechsel hat inzwischen stattgefunden! An die Stelle der Eifersucht und Vorurteile, welche früher England und Frankreich so lange getrennt hielten, sind gegenseitige Achtung und aufrichtige Zuneigung getreten, und gemeinsame Grundsätze und Überzeugungen schlingen jetzt ein festes Band um beide Länder. England verwirft, wie Frankreich, nach außen hin das Princip der Intervention in Bezug auf die inneren Verhältnisse der Nachbarstaaten, und der Vertreter eines durch die Einstimmigkeit der gesamten Nation geschaffenen Königtums fühlt sich zufrieden und wohl auf dem Boden der Freiheit und am Thron eines Nachkommen des glorreichen Hauses Braunschweig.

Vertrauensvoll bitte ich Ew. Majestät um Ihr hohes Wohlwollen für die Beziehungen, die ich mit Allerhöchstihrer

Regierung zu unterhalten habe und bitte noch außerdem, meine persönliche ehrfurchtsvolle Huldigung gnädigst entgegenzunehmen.“

Der König Wilhelm IV., bei dem ich nun accreditiert war, hatte als früherer Seemann den Ton und die Manieren dieses Standes beibehalten; sonst ein braver, wenn auch ziemlich beschränkter Mann, den die Whigpartei immer zu den Ihrigen zählte. Trotzdem hatte er bei seiner Thronbesteigung (26. Juni 1830) das Toryministerium seines Bruders und Vorgängers, Georg IV., nicht entlassen. Er empfing mich bei der Audienz sehr gütig, stotterte in gebrochenem Französisch einige freundschaftliche Phrasen für den König Ludwig Philipp und fügte dann hinzu, daß er sehr erfreut gewesen, als er gehört, daß die Regierung die Volksversammlungen aufgehoben habe <sup>1)</sup>.

Ich möchte hier noch bemerken, um später nicht wieder darauf zurückzukommen, daß ich während der vierjährigen Dauer meiner Mission in London stets auf das zuvorkommenste vom König und von der Königin behandelt wurde; ich selbst sowohl, wie auch meine Nichte, die Herzogin von Dino, und daß die Majestäten keine Gelegenheit vorübergehen ließen, uns Aufmerksamkeiten zu erweisen.

Bevor ich eine Antwort des Grafen Molé auf die Vorschläge des englischen Kabinetts erhalten hatte, waren mir schon zwei andere Briefe von ihm zugegangen, die verschiedene, aber nur wenig begründete Vorwürfe enthielten. Der folgende

---

<sup>1)</sup> Es ist nicht ganz korrekt, daß an diesem Datum (6. Oktober) die Klubs bereits geschlossen waren. Allerdings hatte schon am 25. September eine Debatte darüber in der Kammer stattgefunden, und Guizot und Dupin hatten die Regierung zu einem energischen Vorgehen aufgefordert, aber die Minister verhielten sich ablehnend. Am Abend jenes Tages wurde übrigens die *société des amis du peuple* in der rue Montmartre von den Bewohnern des Stadtviertels gestürmt und die Mitglieder auseinandergetrieben.

Auszug aus meinem Bericht, den ich am 6. Oktober nach Paris schickte, und zwar gleich nach meiner Audienz, wird die Grundlosigkeit dieser Vorwürfe in das richtige Licht stellen.

„Wir dürfen“, schrieb ich, „Lord Aberdeen nicht grollen, daß er uns das Ansuchen um Hilfe nicht mittheilte, welches die holländische Regierung an ihn gestellt hat, denn ich weiß, daß die Sache sich anders verhält. In jener Note waren allerdings Befürchtungen ausgesprochen und der übrigen Verlegenheiten des Augenblickes erwähnt, aber ein direkter Antrag im obigen Sinne ist nicht gemacht worden. Erst in dieser Nacht ist ein solcher hier eingetroffen; Lord Aberdeen selbst hat es mir bestätigt, und die englische Regierung wünscht sehr, sich vorher mit uns zu verständigen, bevor sie darauf antwortet. Gewiß ein deutlicher Beweis für unsere hier erzielten Erfolge seit dem 27. September bis heute am 3. Oktober, mit denen wir wohl zufrieden sein dürfen. Es war mir lieber, daß der Vorschlag von englischer Seite ausging, und ich bleibe auch bei dieser Meinung, obwohl ich nicht allzusehr darauf bestehen will, weil ich weiß, daß Sie, ohne mich vorher zu benachrichtigen, bereits an Wellington geschrieben haben<sup>1)</sup>. Doch dies nur nebenbei, denn es ist nicht der eigentlich wichtige Punkt. Die Angelegenheit ist auf gutem Wege, und die freundlichen Gesinnungen für uns nehmen beständig zu. Man sucht auf ehrliche Weise zu einer befriedigenden Lösung zu gelangen, so daß wir von der hiesigen Regierung keine Hindernisse zu befürchten haben. Sie wird nur durch besondere Verträge in manchem zurückgehalten, die aber derart sind, daß ein starkes Kabinett, wenn es nur ernstlich will, sie leicht bewältigen kann, denn die Auslegungen fallen einem solchen nicht schwer.

Lord Aberdeen hat uns vor einigen Tagen eine Konferenz wegen Portugal angekündigt, jedoch hinzugefügt, daß sie nicht

<sup>1)</sup> Talleyrand fühlte sich aber doch dadurch verletzt, was auch aus seinem Brief an die Prinzessin Adelaide vom 7. Oktober hervorgeht. (Siehe Anhang.)



dringend sei. Sie werden Mühe haben, die englischen Minister zu überzeugen, obgleich meine Instruktionen dies bejahen, daß die Regierung von Terceira<sup>1)</sup> eine zu Recht bestehende ist, denn es ist eine Thatsache, daß sie von Dom Pedro ausgeht, daß er sie bezahlt und die Mitglieder ernennt. Wenn wir darauf zu sprechen kommen, so wird uns dies wahrscheinlich von dem englischen Kabinett vorgeworfen werden.

Der König rief mir, als ich mich von ihm beurlaubte, ein sehr freundliches *à revoir* à Brighton zu, und sobald ich hier ohne Versäumnis abkommen kann, werde ich seiner Einladung Folge leisten.“

Ich ließ diesem Briefe zwei Tage darauf einen neuen nachgehen, denn ich hatte erfahren, daß man in Paris der Ansicht sei, ich schreibe nicht häufig genug. Der folgende Brief an den Grafen Molé war mehr ein persönlicher, den ich aber trotzdem hier mitteile, weil er ein Licht wirft auf die Art und Weise, wie ich die mir hier übertragene Mission auffaßte.

„London, den 8. Oktober 1830.

Lieber Graf!

Wir kennen uns und haben uns lieb, wir verfolgen die gleichen Ziele und suchen sie auf dem gleichen Wege zu erreichen, trotzdem aber scheinen wir uns manchmal nicht recht zu verstehen. Ich begreife dies eigentlich nicht und hoffe auch, daß es nur vorübergehend ist. Unser Briefwechsel ist weder freundschaftlich, noch offiziell; ich meine aber, daß es anders zwischen uns beiden sein müsse, und ich möchte Sie recht herzlich darum bitten. Ein weniger offenes Vertrauen und ein weniger festes Zusammenhalten könnte uns hier nur schaden und die Verhandlungen stören, wo nicht geradezu hemmen, und

---

<sup>1)</sup> Die Insel Terceira (eine der Azoren) war während der Ursurpation Dom Niguels der Regierungssitz der Königin Donna Maria (1829—33). (Vergl. hierüber S. 297 u. ff.)

unsere alte gegenseitige Freundschaft müßte darunter leiden, was mir sehr leid thun sollte. Wenn meine Ansicht von den Staatsgeschäften eine veraltete ist, so scheint es mir viel einfacher, mir dies unverblümt zu sagen. Seien wir also ganz offenherzig einer dem anderen gegenüber. Nur durch gegenseitiges volles Vertrauen können wir hier unsere Aufgabe mit Erfolg zu Ende führen. Ich teile Ihnen alles mit, was nur irgendwie von Wichtigkeit ist. So habe ich es stets mit dem Kaiser Napoleon und auch mit Ludwig XVIII. gehalten. Ich weiß wohl, daß das heutige Frankreich den alten Traditionen abhold geworden ist, denn es befindet sich, wenn ich so sagen darf, in steter Bewegung; ich stehe aber hier auf dem Boden des alten Europa und fühle, daß man der Zeit ihre Rechte lassen soll und daß alles Drängen den englischen Gewohnheiten nicht entspricht und auch unserem Vorgehen nicht das nötige Gewicht verleihen würde. Im übrigen, glauben Sie mir nur, ist das englische Kabinett uns sehr günstig gesinnt. Tausend herzliche Grüße!

Talleyrand.“

Diesem Briefe fügte ich einen längeren Bericht bei über die Ansichten der englischen Regierung von der Lage in Belgien. Preußen, das der König von Holland gleichfalls um Unterstützung gebeten, hatte geantwortet, daß es nur in Übereinstimmung mit England handeln wolle, und man meinte, daß Oesterreich sich im gleichen Sinne aussprechen würde. Aus Petersburg war noch keine Nachricht eingetroffen. Der Marsch des Prinzen Friedrich der Niederlande auf Brüssel hatte große Besorgnisse erregt <sup>1)</sup>.

1) Friedrich Wilhelm Karl, Prinz der Niederlande, Sohn König Wilhelms I., geb. i. J. 1797, wurde von seinem Vater zum Chef des Kriegsdepartements und zum Admiral ernannt. Er übernahm i. J. 1830 den Oberbefehl über die Armee, die auf Brüssel marschierte, drang auch am 22. September in die Stadt ein, mußte dieselbe aber nach einem dreitägigen Kampfe wieder verlassen.

An demselben Tage, an welchem meine Briefe nach Paris abgingen, kam gerade der Kabinettschef des Grafen Molé, Graf Bresson<sup>1)</sup>, in London an; er war zum Ersten Sekretär meiner Botschaft ernannt worden, als Ersatz für Herrn Challaye, der als Generalkonsul nach Smyrna ging. Ich bedurfte dieser Hilfe, denn die tägliche Arbeit verlangte bedeutende Kräfte.

Endlich traf auch die Antwort der französischen Regierung auf die englischen Vorschläge ein, und zwar zustimmend, allerdings unter der unerläßlichen Bedingung, daß die Konferenzen über die belgischen Angelegenheiten in Paris stattfinden sollten.

Graf Molé hatte außerdem meinen letzten Brief sehr freundlich beantwortet, so daß alles auf dem besten Wege zu sein schien.

Als ich Lord Aberdeen die obenerwähnte Bedingung mitteilte, sagte er mir, daß er persönlich nichts dagegen zu erinnern habe, daß er sich aber zuvor mit seinen Kollegen darüber verständigen müsse, und schon am nächsten Tage meldete er mir, daß die anderen Minister den Vorschlag Frankreichs zurückgewiesen hätten. Der Herzog von Wellington, den ich sofort aufsuchte, gab mir die Gründe dieser Weigerung an. Er meinte, das Wichtigste sei im vorliegenden Falle, Zeit zu gewinnen, um möglichst schnell zu beraten und zu beschließen, und dafür sei in London schon alles vorbereitet. Auch für uns sei dies von großem Interesse, denn unsere politische Lage würde, trotz der Anerkennung der Mächte, doch erst nach der Lösung der belgischen Frage eine vollständig gesicherte sein, und dies letztere sei gerade das, was England sehnlich wünsche.

---

1) Graf Charles Bresson, geb. i. J. 1798, begann unter der Restauration seine diplomatische Laufbahn und wurde der Talleyrandschen Mission in London als Erster Botschaftssekretär zugeteilt. Er ging i. J. 1833 als französischer Gesandter nach Berlin, wurde aber schon im folgenden Jahre nach Paris zurückgerufen, wo Ludwig Philipp ihm das Portefeuille des Auswärtigen übertrug. Botschafter in Madrid i. J. 1841 und i. J. 1847 in Neapel. Dort endete er wenige Tage nach seiner Ankunft durch Selbstmord

Er glaube ferner, der fremden Minister sicher zu sein, wenn die Konferenz in London stattfände; mehrere von ihnen hätten bereits ihre Vollmachten erhalten und würden ohne weiteres den Vorschlägen Englands und Frankreichs zustimmen, aber er zweifelte sehr, daß dies in Paris geschehen könne, denn dort würden die Herren erst noch besondere Instruktionen von ihren Höfen einholen. Ein Zeitverlust von nur wenigen Tagen wäre vielleicht verhängnisvoll und nur geeignet, die Sache in die Länge zu ziehen und große Schwierigkeiten hervorzurufen.

Vergebens setzte ich diesen Einwendungen meine gemessenen Instruktionen entgegen, welche die Bedingung ja als „unerläßlich“ bezeichneten; ich erlangte nichts und mußte mich darauf beschränken, nach Paris zu schreiben, daß, wie auch die Entscheidung ausfallen würde, England fest entschlossen sei, mit uns gemeinsam zu handeln.

Aufrichtig gestanden, mußte ich Wellington recht geben, obwohl er die tiefer liegenden Gründe nicht einmal geltend gemacht hatte. Es war nämlich wirklich unpassend, eine derartige Konferenz in Paris zu versammeln, das noch immer nicht beruhigt war und wo täglich ein neuer Volksaufstand losbrechen konnte, vollends jetzt, wo der Prozeß gegen die Minister Karls X. bevorstand. Dies würde den fremden Gesandten wenig Vertrauen eingeflößt haben, den europäischen Frieden überhaupt aufrecht zu halten. Ich wußte ferner, daß der damalige russische Botschafter in Paris, der bekannte Graf Pozzo, der Molé ganz beherrschte, die Konferenzen leiten würde, und da war mir doch Wellington lieber als Pezzo, denn Wellingtons Kredit galt weit mehr an den europäischen Höfen<sup>1)</sup>.

---

<sup>1)</sup> In allen Privatbriefen spricht Talleyrand beständig von dem außerordentlichen Einfluß Wellingtons in ganz Europa und im vorliegenden Falle von der Notwendigkeit, die Konferenzen in London abzuhalten. Vergl. besonders die Briefe Talleyrands an die Prinzessin Abelaide und an die Gräfin Baudemont im Anhang.)

Trotzdem versuchte ich es noch einmal, die englischen Minister umzustimmen, aber es gelang mir nicht, und ich bin noch heute der Ansicht, daß sie mit ihrer Weigerung recht hatten.

Eine andere Frage sollte noch weitere Verwickelungen zwischen dem französischen und englischen Kabinett herbeiführen, nämlich die portugiesische. Ich deutete schon früher darauf hin, und muß hier etwas eingehender darüber sprechen. Man weiß, daß Dom Miguel mit Bewilligung sämtlicher Mächte wieder nach Portugal zurückkehrte und die Regierung bis zur Volljährigkeit seiner Nichte, Donna Maria, übernahm, die er dann heiraten sollte. Durch diese Transaktion hoffte man, sowohl die Ansprüche ihres Vaters, Dom Pedro, der inzwischen Kaiser von Brasilien geworden war, und diejenigen Dom MIGUELS, der die Krone für sich selbst beanspruchte, auszugleichen<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Zum besseren Verständnis der damaligen politischen Lage Portugals muß man auf die früheren Ereignisse etwas zurückgreifen. Der König JOHANN VI. war i. J. 1826 gestorben, nachdem er die von den Cortes i. J. 1821 ihm auferlegte Verfassung angenommen und ins Leben gerufen hatte. Er hinterließ zwei Söhne: der älteste, Dom Pedro, war in Brasilien geblieben, hatte sich dort zum Kaiser ausrufen lassen und i. J. 1825 einen Vertrag mit seinem Vater abgeschlossen, nach welchem die Trennung beider Staaten in dem Sinne ausgesprochen wurde, daß ihre Kronen niemals wieder vereinigt werden dürften. Der zweite Sohn, Dom Miguel, der von jeher gegen die konstitutionellen Tendenzen seines Vaters gewesen, hatte sogar mehrfach Verschwörungen angezettelt.

Der König JOHANN hatte vor seinem Tode eine provisorische Regentschaft unter dem Vorsitz seiner Tochter ISABELLA MARIA eingesetzt, „bis der rechtmäßige Erbe der Krone seinen Willen kundgegeben.“ Diese doppelstimmige Phrase rief vielfache Unruhen hervor. Auf der einen Seite erklärte Dom Pedro sich zum König von Portugal, trotz des Vertrages von 1825; er dankte übrigens sofort wieder ab, und zwar zu Gunsten seiner Tochter Donna Maria da Gloria, nachdem er dem Lande eine neue Verfassung gegeben, und bestimmte seinen Bruder Dom Miguel zu ihrem Gemahl, um die beiden Familienzweige dadurch zu versöhnen. Aber Dom Miguel hatte nur scheinbar eingewilligt, im Einverständnis mit seiner Mutter, seinem Oheim, dem König FERDINAND VII. von Spanien und der meisten europäischen Kabinette, die mit den konstitutionellen Bestrebungen der Portugiesen keineswegs zufrieden waren. So erklärte Dom Miguel, im Oktober 1826, sich wieder für den Absolutismus, und die Miguelisten hatten auch anfangs einigen Erfolg. Die Regentin trat die Herrschaft an Dom Miguel ab, und die Cortes proklamierten ihn im Juli 1828 zum König von Portugal. Nun brach ein Bürgerkrieg aus; die Stadt Oporto erklärte sich für die Königin Maria, und eine wahre Schreckensregierung lastete auf dem ganzen Lande. Der Kaiser Dom Pedro wollte



Raum war aber Dom Miguel in Portugal angekommen, als er die Maske abwarf. Er hob die Verfassung auf, regierte als absoluter Monarch, und verfolgte die Anhänger seiner Michte. Der Kaiser Dom Pedro ließ darauf eine Expedition nach Portugal abgehen, die aber nicht landen konnte und sich nach der Insel Terceira zurückzog.

Als ich in London ankam, war noch keine der beiden Parteien von den europäischen Mächten anerkannt. Die neue französische Regierung wünschte, daß England sich für die konstitutionelle Partei aussprechen möchte; die übrigen Mächte waren für Dom Miguel und das englische Kabinett gleichfalls. Die Beweggründe lagen auf der Hand. Frankreich hatte soeben eine liberale Revolution gemacht und wollte natürlich diese Grundsätze in anderen Ländern schützen; es würde sich auch wohl mit England darüber verständigt haben, wenn dieses nicht noch anderweitige Motive gehabt hätte. Jede Umwälzung in Portugal wäre nämlich den englischen Handelsinteressen höchst verderblich gewesen, denn dieselben waren so bedeutend, daß man Portugal fast für eine englische Kolonie ansehen konnte.

Aus diesem Grunde wünschte auch das Toryministerium Wellingtons die Regierung Dom Miguels aufrecht zu erhalten, obwohl es mit seiner Politik keineswegs einverstanden war. Die Kabinette von Wien, Berlin und Petersburg hatten diese Interessen nicht, aber Dom Miguel, ein so grausamer Despot er auch war, besaß doch ihre Sympathien, als Repräsentant einer Monarchie ohne konstitutionelle Verfassung. Es hielt

---

die Rechte seiner Tochter mit Waffengewalt schützen, und da die Azoren sich für dieselben erklärt hatten, so wurde die Insel Terceira zum Sammelplatz der Konstitutionellen. Er setzte dann eine Regentschaft im Namen der jungen Königin ein (März 1830), die aber nicht sofort von den Mächten anerkannt wurde. Dom Miguel konnte noch, als legitimer König, eine Anleihe von 50 Millionen kontrahieren.

So standen die Angelegenheiten der beiden Parteien beim Ausbruch der Julirevolution, die auf einmal die Lage der Dinge in Portugal veränderte. Dom Miguel verlor die Unterstützung Frankreichs und Englands; er mußte weichen, und die Königin Donna Maria bestieg den Thron.

mithin schwer, so viele widerstreitende Ansichten zu vereinigen. Und dabei wäre es von unserer Seite, im Hinblick auf die Wirren in unserem eigenen Lande und auf die Verwickelungen in Belgien, nicht verständig gewesen, uns mit England wegen Portugal zu überwerfen. Ich beschloß daher, meinen Instruktionen gemäß, das englische Kabinett zu verlassen, mit uns Dom Miguel aufzugeben und die Regentschaft auf Terceira anzuerkennen, aber sehr rücksichtsvoll, um unsere Stellung zu den übrigen Fragen nicht zu schädigen. Ich hielt mich dazu durch die großen Fehler berechtigt, die der König begangen hatte. Im Oktober 1830 hoffte Lord Aberdeen mit seinen Kollegen, Dom Miguel zu einer allgemeinen Amnestie zu bewegen, die dann als Rechtfertigung Englands vor der öffentlichen Meinung gedient hätte, seiner abscheulichen Tyrannei das Wort geredet zu haben.

Am 19. Oktober schrieb ich darüber folgendes dem Grafen Molé:

„Die Nachrichten, welche wir aus Portugal erhalten, bestätigen eine Verdoppelung der despotischen Wirtschaft Dom Miguel's in diesem unglücklichen Lande. Trotzdem wird die Anerkennung seiner Regierung wohl nicht mehr lange auf sich warten lassen, denn die materiellen Interessen überbieten alle anderen Bedenken. Selbst die verlangte Amnestie soll nur ein Versprechen sein, welches man von dem König für spätere Zeit fordert, und über die er sich dann noch mit England zu verständigen haben wird. Man beobachtet also nicht einmal mehr die äußere Form. Diesen Morgen habe ich Lord Aberdeen den wirklichen Skandal zu schildern gesucht, der daraus entstehen muß. Er versicherte mir darauf allerdings, daß die Anerkennung von der Ausführung der Amnestie bedingt sei, aber ich fühle mich gar nicht geneigt, es ihm zu glauben.“

In solcher Lage befand sich also damals Portugal, und ich werde später wohl noch mehr als einmal darauf zurückkommen.

Betrachten wir jetzt wieder die weit ernsteren belgischen Angelegenheiten, denn sie drohten Europa in Brand zu setzen. Graf Molé bestand noch immer auf Paris als Versammlungsort der Konferenz, und ich mußte deshalb nochmals bei dem englischen Kabinett vorstellig werden. Über die neue Besprechung, die ich mit Wellington hatte, berichtete ich am 25. Oktober folgendermaßen:

„Mein verehrter Graf!

Ich habe keinen Augenblick verloren, den in Ihrer letzten Depesche vom 20. d. M. ausgesprochenen Wunsch zu erfüllen, und deshalb schon gestern mit dem Herzog von Wellington aufs neue konferiert. Der Herzog hatte auch den Botschafter Oesterreichs und den preußischen Gesandten hinzugezogen. Ich habe darauf Ihre Ansichten entwickelt und nichts versäumt, dieselben so überzeugend wie möglich darzustellen. Alle drei Herren waren aber einstimmig in ihrer ablehnenden Antwort, die nach den letzten Ereignissen in Paris mir noch definitiver erschien. Sie sehen in unserem Festhalten in Bezug auf den Ort der Konferenz die Absicht, die belgische Frage, wie sie sich ausdrücken, auf das revolutionäre Terrain zu konzentrieren und beweisen das aus den Zeitungen. Jedenfalls wissen sie nicht genügend die Regierung des Königs von den Faktionen zu unterscheiden, die er selbst bekämpft, aber dieser Irrtum wird durch ihre Befürchtungen entschuldigt.

Und diese Befürchtungen sind groß und beruhen auf That- sachen, die Sie, verehrter Graf, besser beurteilen können, als ich. So sagten die Herren, sie seien benachrichtigt, daß einige französische Offiziere, die in den Reihen der Belgier gekämpft hätten, von der königlichen Regierung nicht zur Verantwortung gezogen wären, obwohl das französische Kabinett erklärt habe, sich aller direkten oder indirekten Einmischung in die belgischen Angelegenheiten zu enthalten, und daß die Namen dieser

Offiziere ganz unbefangen in den Ranglisten der Armee weiter geführt würden. Ein gewisser Herr von Pontecoulant wurde bei dieser Gelegenheit mehrfach genannt. Sie meinen ferner, daß die Ausweisung der spanischen Flüchtlinge nicht energisch genug betrieben worden sei, und daß sich auch unter diesen französische Namen befänden<sup>1)</sup>. Ich darf Ihnen daher nicht verhehlen, daß die Sympathien der fremden Minister für uns etwas kühler geworden sind, denn sie geben sich Besorgnissen hin, als wenn sie wirklich für ihre Sicherheit fürchteten. Der Herzog von Wellington bemerkte alsdann noch, daß die Regierung des Königs alles thun müsse, um die verschiedenen Kabinette wegen der Gärungen in Frankreich zu beruhigen, und daß dies gerade jetzt nicht besser geschehen könne, als durch die Zustimmung, die Konferenzen in London abzuhalten, wo die fünf Großmächte bereits durch zuverlässige und würdige Männer vertreten seien. Die Herren fügten noch hinzu, man habe zuerst den Haag als Versammlungsort in Betracht gezogen, wegen gewisser früherer Verbindlichkeiten gegen Holland, später aber den Plan wieder aufgegeben, weil man schnell handeln müsse, weshalb sie sich für London entschieden hätten, wo, wie gesagt, schon alles besser vorbereitet sei, als in irgend einer anderen Stadt. Sie meinen auch, daß man sich sonst von den anderen Kabinetten isolieren und vor allem Zeit verlieren würde, denn in einigen Wochen, ja, vielleicht schon in einigen Tagen, könnten manche Regierungen anderen Sinnes werden.

---

<sup>1)</sup> Mit der Rückkehr des Königs Ferdinand VII. nach Spanien (vergl. Bd. I, S. 291) trat sofort die schlimmste absolutistische Reaktion ein, und viele liberale Spanier flüchteten ins Ausland, besonders nach Frankreich. Beim Ausbruch der Futirevolution verbanden sie sich zu einem Handstreich, um mit ihren Anhängern in Spanien einzufallen. Die Regierung in Madrid reklamierte bei den Kabinetten von London und Paris. Das englische traf einige energische Anstalten, aber das französische verhielt sich unthätig. Der Oberst Francisco Baldés und der bekannte Mino drangen an der Spitze von 1500 Mann in Navarra ein und bemächtigten sich des Städtchens Urdar, wurden aber bald von den königlichen Truppen über die Grenze zurückgeworfen.

Sie sehen, lieber Graf, daß ich einfach rapportiere und meine persönliche Ansicht ganz aus dem Spiel lasse. Der Herzog von Wellington sagte mir, er habe Ihnen geschrieben und seine Gründe, auf London zu bestehen, näher entwickelt; da konnte ich nicht viel erwidern; der Zustand in Paris beschäftigt ihn zu sehr und auch die anderen Minister, und sie bleiben dabei, daß unter diesen Umständen Paris kein passender Ort zu ruhigen diplomatischen Verhandlungen ist. Auch wäre nach ihrer Ansicht, gleichviel auf welche Weise der Prinz von Oranien sich mit der provisorischen Regierung in Brüssel verständigen sollte, die belgische Frage noch nicht erledigt; denn die Niederlande waren damals von den Großmächten anerkannt, und mit einer Trennung Belgiens von Holland würde sofort die Frage wegen der Festungen auftauchen<sup>1)</sup>.

Diese Schwierigkeiten mußten ernste und dabei sehr rücksichtsvolle Debatten hervorrufen, denn dort mußten Konzessionen gemacht, hier frühere Verbindlichkeiten ermogen werden; dies alles war mündlich viel besser zu erledigen, als durch diplomatische Noten — eine durchaus richtige Bemerkung.

Schließlich machte Wellington mit den übrigen Ministern einen wichtigen Einwurf als ausschlaggebend geltend. Das englische Parlament soll am 2. November wieder zusammentreten; der König muß sich in der Thronrede über die belgische Frage aussprechen, und seine Worte werden von großer Trag-

---

1) Die Verträge von 1815 verfolgten bei der Konstituierung der Niederlande vornehmlich den Zweck, dadurch für die Nordmächte eine Barriere gegen Frankreich zu schaffen. Deshalb erhielt das neue Königreich eine Linie von starken Grenzfestungen, die es auf eigene Kosten unterhalten mußte. Courtray, Tournay, Mons, Charleroi, Namur, Liège, Luxemburg, Philippeville, Marienburg und Bouillon sollten den kriegerischen Gelüsten der Franzosen nach dieser Seite hin vorbeugen. Die verbündeten Monarchen hatten sich sogar das Recht der Überwachung und der Inspektion dieser Festungen vorbehalten. Durch die Trennung Belgiens von Holland fiel diese Schutzmauer, und man fürchtete Frankreich noch immer. Was sollte daraus entstehen, wenn diese Mauer einem Staate zufiele, der mit ebendem Lande, gegen welches man sie errichtet hatte, nachbarlich befreundet und verbündet war?



weite sein. Wenn er alsdann hinzufügt, daß man nicht in London darüber die Beratungen halten wolle, so würde diese Erklärung, gleichviel in welchem Sinne, überall Enttäuschung und Unruhe hervorrufen. Die Herren behaupten sogar, daß von der Thronrede die Lösung der Frage selbst abhängen könne, und daß das englische Ministerium dafür sorgen müsse, daß sie beruhigend ausfalle.

Ich wiederhole nochmals, lieber Graf, daß ich alle diese Einwürfe der englischen und fremden Minister nicht zu meiner eigenen Meinung mache. Ich berichte einfach und habe auch in keinem Punkte nachgegeben. Ich versuchte, die bereits gefaßten Entschlüsse zu modifizieren, aber vergebens, und muß sie Ihnen jetzt mitteilen, weil aus ihnen eine zu wesentliche Änderung in den Gesinnungen der Mächte gegen uns hervorgeht.

Herr von Chenoise wird Ihnen diese Depesche überbringen, und ich habe ihm die größte Eile anempfohlen; sie erscheint mir wichtig genug, um mir eine baldige und entscheidende Antwort zugehen zu lassen.

Mit den besten Grüßen der Ihrige.

Talleyrand.“

Vier Tage später, am 29. Oktober, meldete ich dem Grafen Molé noch einige andere Einzelheiten, die, wenn sie auch nicht in direktem Bezug auf die Konferenzfrage standen, doch über die Stimmung der Mächte zu denken gaben.

„... Es ist eine Thatsache, daß dem König Karl X. von einem der ersten Banquiers in Edinburg (ich glaube, bei Forbes) ein unbegrenzter Kredit eröffnet wurde, und die Engländer sind über diese befremdliche Generosität in hohem Grade erstaunt<sup>1)</sup>. Man schreibt dieselbe dem Kaiser Nikolaus zu, was

1) Talleyrand setzte während seines Aufenthaltes in England den Tuilerienhof sehr genau von allem in Kenntnis, was er über das Leben Karls X und seiner Familie erfahren konnte. Der König hatte bekanntlich nach seiner Vertreibung das schon früher von ihm bewohnte Schloß Holyrood in Schottland wieder bezogen (Vergl. im Anhang den Brief Talleyrands an die Prinzessin Adelaide)

ich gern glauben will, da ich seine wenig freundschaftlichen Gefinnungen für uns hinreichend kenne.

Der Zar beschäftigt sich angelegentlich mit der auswärtigen Politik und hat sich schon mehrfach über die augenblickliche Weltlage keineswegs sehr friedfertig ausgesprochen; er meint nur durch Waffengewalt die Verbreitung der zerstörenden Doktrinen, wie er sagt, unterdrücken zu können.

Dergleichen dürfte leicht den Grafen Pozzo beeinflussen, der seinem Kaiser eine so günstige Meinung von uns beibringen will. Der Graf Matusiewicz<sup>1)</sup>, der mit Pozzo die gleichen Ansichten hegt, ist gar nicht sicher über das, was ihm bevorsteht. Eigentümlich ist es, aber wahr, daß Metternich jetzt nicht mehr die Anschauungsweise des Kaisers Nikolaus teilt, er wird sich aber wohl leicht von ihm befehlen lassen. Was das preußische Kabinett betrifft, so ist es nicht einig. Der Kronprinz<sup>2)</sup> und

1) Graf Joseph Matusiewicz war damals interimistischer russischer Geschäftsträger in London, während der Abwesenheit des eigentlichen Botschafters, des Fürsten Piewen. Matusiewicz, der aus einer vornehmen polnischen Familie stammte, war i. J. 1812 Finanzminister des Großherzogtums Warschau.

2) Friedrich Wilhelm (1795—1831), ein Sohn Friedrich Wilhelms III., bestieg den Thron i. J. 1840. — Friedrich Ancillon, geb. i. J. 1766, stammte von einer protestantischen Familie aus Metz, die Frankreich nach der Aufhebung des Ediktes von Nantes verlassen hatte und nach Berlin übergesiedelt war. Als Geistlicher machte er sich durch seine philosophischen und historischen Schriften bekannt und wurde i. J. 1806 Erzieher des preußischen Kronprinzen; trat dann später i. J. 1814 in das Ministerium des Auswärtigen und übernahm i. J. 1818 die Leitung der politischen Sektion unter Bernstorff, den er i. J. 1831 als Staatsminister ganz ersetzte. Er starb i. J. 1835. — Der Freiherr Wilhelm von Humboldt bekleidete zu dieser Zeit keinen diplomatischen Posten. Sein Bruder Alexander war vom König Friedrich Wilhelm III. nach Paris geschickt worden, um Ludwig Philipp die Anerkennung Preußens zu überbringen. — Graf Christian von Bernstorff, geb. i. J. 1769 stammte aus Dänemark und war zuerst dänischer Gesandter in Berlin und Stockholm, später Vertreter Dänemarks auf dem Wiener Kongreß. Er trat i. J. 1818 in preußische Dienste, wurde Minister der auswärtigen Angelegenheiten und vertrat auch Preußen auf den verschiedenen Kongressen der h. Allianz. Er starb i. J. 1831. — Don Leo Bermudez, geb. i. J. 1772, spanischer Staatsmann, war zuerst Gesandter in Konstantinopel und dann in London, wurde i. J. 1824 Minister der auswärtigen Angelegenheiten, ging aber i. J. 1823 wieder als spanischer Botschafter nach London zurück, wo er bis 1832 blieb. Noch einmal auf kurze Zeit Minister in Madrid, verließ er Spanien, als die liberale Partei unter Martinez de la Rosa (1834) ans Ruder kam. Später zurückberufen, starb er als Senator i. J. 1850.

der Minister Ancillon wünschen den Krieg, aber der Baron Wilhelm von Humboldt, ein Bruder Alexanders, der jetzt bei Ihnen in Paris ist, und der Graf Bernstorff sind entschieden dagegen. Also eine kritische Lage, und dasselbe gilt von den verwickelten Verhältnissen in Belgien. Die spanischen Ereignisse kommen hinzu, um die Verwirrung noch zu vergrößern. Don Zeo Bermudez hat seit mehreren Tagen gar keine Nachrichten mehr aus Madrid erhalten und befindet sich deshalb in der größten Unruhe.

Ich erwarte noch heute, oder jedenfalls morgen, die Antwort auf meine letzte Depesche . . . .“

Endlich traf diese Antwort ein, die Graf Molé bis auf den letzten Augenblick verschoben hatte. Ich gebe sie hier in extenso, um die Stimmung zu schildern, in welcher sie geschrieben wurde, und auch als Beweis, wie wenig sie geeignet war, mich zu beruhigen.

„Paris, den 31. Oktober 1830, Sonntag  
Nachmittag 3 Uhr.

. . . . Ich habe so lange geögert, weil ich Ihnen zugleich das neugebildete Ministerium anzeigen wollte<sup>1)</sup>; aber ein Brief, den ich in dieser Nacht von Wellington erhalten habe, veranlaßt mich, sofort zu schreiben. Ich würde Ihnen auch die Abschrift meiner Antwort an den Herzog beilegen, wenn ich nur Zeit hätte, sie kopieren zu lassen. Der König beauftragt mich, Sie zu ermächtigen, sich sofort den Konferenzen anzuschließen und an allen Verhandlungen teilzunehmen, die sich auf die belgischen Angelegenheiten beziehen. Wenn ich morgen

---

1) Das neue französische Kabinett vom 2. November war folgendermaßen zusammengesetzt: Casfite, Conseilpräsident und Finanzminister; Marschall Maison für die auswärtigen Angelegenheiten; Dupont de l'Eure, Justizminister; Graf Montalivet, Inneres; Mérilhon, Unterricht und Kultus; Marschall Gérard, Kriegs- und der General Sebastiani, Marineminister.

oder übermorgen noch Minister wäre, würde ich Ihnen einen zweiten Bevollmächtigten mit näheren Instruktionen senden und natürlich dazu eine Persönlichkeit in Ihrem Sinne gewählt haben, aber die Umstände sind so dringend geworden, daß Sie nun allein die Verhandlungen beginnen müssen, und ich bin fest überzeugt, daß Sie dieselben auch ohne Mithilfe nach Wunsch erledigen werden. Abgesehen vom Kriege oder vom Frieden, kann auch sonst wohl noch manches aus der belgischen Frage hervorgehen; das weiß keiner so gut wie Sie, teurer Fürst, und wir thun deshalb am besten, uns ganz auf Sie zu verlassen.

Wir haben hier eine böse Woche verbracht, und für keinen war sie vielleicht so schlimm wie für mich selbst. Ich kenne die Quelle sehr gut, von welcher die Bemühungen ausgingen, mich auf meinem Posten zu halten, aber in welche Lage ich dadurch persönlich geriet, kann ich Ihnen gar nicht schildern. Noch ist übrigens nichts entschieden. Die beiden Parteien im Ministerium streiten sich um den Vorrang und wer regieren soll, und sind dann doch gezwungen, sich wieder zu vertragen; so daß wohl ein Koalitionsministerium daraus werden wird. Der Herzog von Broglie und Guizot sind ganz beiseite geschoben, was die Lage für mich nur noch mehr verwickelt. Wenn ich zurücktrete, lasse ich unsere Beziehungen zum Auslande auf dem möglichst besten Fuße. Aus Berlin erhalte ich freundschaftliche Zusicherungen; man läßt uns dort Gerechtigkeit widerfahren und zeigt uns Vertrauen, sowohl in betreff Belgiens, als auch anderweitig, und man würde dort Paris für die Konferenzen angenommen haben. Das Berliner Kabinett hat sogar das Petersburger für diese Ansicht gewonnen, wie es heißt. Bitte, sagen Sie das doch dem Herzog von Wellington, damit er weiß, daß wir aus Rücksicht für ihn nachgegeben haben. Im Grunde fanden wir bei ihm das wenigste Entgegenkommen. Ich bleibe dabei und lasse es mir nicht

nehmen, daß die Konferenzen hier bei uns am passendsten gewesen wären; aber nun sind sie einmal in London, und man kann Sie dabei nicht entbehren, so daß ein zweiter Bevollmächtigter wohl überflüssig sein würde. Auch auf sonstige Punkte bin ich Ihnen noch Antwort schuldig, aber Sie sind nicht der einzige. Seit acht Tagen beschäftigt mich hier der Ministerwechsel von acht Uhr morgens bis Mitternacht.

Leben Sie wohl, teurer Fürst, und glauben Sie mir: seien Sie froh, nicht hier zu sein. Die Wahlen sind vortrefflich ausgefallen, aber ein neues Ministerium wird trotzdem gemacht. Ich war immer der Ansicht, daß dies unvermeidlich sein würde.

In alter Freundschaft der Ihrige.

Molé."

Dieser Brief bedarf durchaus eines Kommentars, denn er enthält Irrtümer und Widersprüche. Der Graf gab im Punkte des Ortes für die Konferenzen nach, aber sehr gegen seinen Wunsch und Willen, und behauptet nach wie vor, daß man Paris hätte vorziehen müssen. Und doch — welche Schilderung entwirft er selbst von dem Zustande in der Hauptstadt Frankreichs und von dem Zwiespalt im Ministerium, und zu einem solchen Schauspiel wollte er die Vertreter der europäischen Großmächte einladen, die gerade auf die französische Regierung ihre Hoffnungen setzen, die revolutionären Ausschreitungen zu bekämpfen. Aufrichtig gesagt, erscheint dies ganz widersinnig, und man kann nur annehmen, daß der Graf ein persönliches Interesse daran hatte, die Fäden der Verhandlungen in die Hand zu bekommen. Und doch wäre ihm die Zeit dazu sehr gemessen gewesen, denn 48 Stunden nach seinem Briefe war er schon nicht mehr Minister, und sein Portefeuille war an seinen Nachfolger, den Marschall Maison<sup>1)</sup>

---

1) Nicolas Joseph Maison, geb. i. J. 1770, von ganz niederer Herkunft, trat früh in die Armee und machte alle Feldzüge des Kaiserreiches mit, Divisions-



übergegangen, der indes, wie man mir gewiß zugeben wird, auch nur wenig Erfahrung besaß. Ich lasse die mich persönlich betreffenden und nicht eben verbindlichen Bemerkungen seines Briefes beiseite, besonders die Idee, mir einen zweiten Bevollmächtigten nachzusenden. Dies ist von keinem weiteren Belang, aber seine irrthümliche Ansicht von der Stellung Frankreichs nach außen hin darf ich nicht unerwähnt lassen.

War es Selbstlob, oder täuschte er sich wirklich, wenn er schrieb, daß er die Beziehungen Frankreichs zum Auslande „auf dem möglichst besten Fuße zurücklasse?“ Um seinen großen Irrtum zu beweisen, bin ich genötigt, eine längere Depesche mitzuteilen, die der Graf Kesselrode am 31. Oktober 1830 an den russischen Botschafter in London, den Grafen Matusiewicz, sandte, die recht interessant zu lesen ist, weil sie das „Wohlwollen“, das man nach der Ansicht Molés für uns in Petersburg hegte, in das wahre Licht stellt. Diese geheime Depesche ist durchaus authentisch; ich finde mich indes nicht veranlaßt, hier mitzuteilen, durch welchen Zufall sie in meinen Besitz gekommen ist.

Depesche des Grafen Kesselrode an den Grafen  
Matusiewicz.

St. Petersburg, den 19. Oktober 1830.

Excellenz!

Der General Anwinoff hat mir vorgestern Ihre Depeschen vom 26. September und vom 8. Oktober überbracht, und ich

---

general i. J. 1812 und im folgenden Jahre Oberbefehlshaber der Nordarmee. Unter der Ersten Restauration Gouverneur von Paris und Pair von Frankreich, hielt er sich während der Hundert Tage zurück. Er befehligte i. J. 1828 die französische Expedition nach Griechenland, die ihm den Marschallstab einbrachte. Er war wenige Wochen (im November 1830) Minister des Auswärtigen und ging dann als Botschafter nach Wien und später nach Petersburg, kehrte i. J. 1835 nach Paris zurück, übernahm auf kurze Zeit (1836) das Kriegsministerium und starb i. J. 1840.

habe dieselben sofort dem Kaiser vorgelegt. Ich beeile mich, Ihnen heute die von Sr. Kaiserlichen Majestät darauf bezüglichen Entschliefungen mitzuteilen.

Aus Ihren früheren Berichten vom 9. und 21. September waren uns bereits die Ansichten des englischen Kabinettes in Bezug auf die niederländischen Angelegenheiten bekannt. Der Herzog von Wellington sowohl, wie Lord Aberdeen erkannten dem König Wilhelm das Recht zu, die Hilfe der verbündeten Mächte anzurufen, um die Union Belgiens mit den holländischen Provinzen zu wahren. Beide schienen ebenfalls überzeugt zu sein, dem König diesen Beistand zu bewilligen, um ein politisches Gebäude nicht zusammenbrechen zu lassen, das man nicht allein im Interesse Englands, sondern ganz Europas errichtet hatte; und beide Minister erhoben sich schließlich gleichfalls gegen die Forderung der französischen Regierung, eine fremde Intervention in der belgischen Frage zurückzuweisen.

Nach einer so offenen und deutlichen Erklärung des englischen Ministeriums durften wir bestimmt einen gleichen Beschluß desselben erwarten, wenn der König der Niederlande den obenangedeuteten Wunsch aussprechen würde, während Frankreich auf seinem befremdlichen Standpunkte verharrte.

Nun ersehen wir zu unserer Verwunderung aus den letzten Depeschen Ew. Excellenz, daß das englische Kabinett gesonnen ist, einen anderen Weg einzuschlagen, indem es behauptet, daß die Unzulänglichkeit seiner Hilfsquellen ihm für den Augenblick nicht gestattet, dem König der Niederlande beizustehen, daß es aber alle sonstigen Mittel ins Werk setzen will, um den Frieden aufrecht zu erhalten. Es hat zu dem Ende Frankreich eingeladen, sich an den Konferenzen zu beteiligen, die in Bezug auf eine administrative Trennung Belgiens von Holland stattfinden sollen.

Alle Bemühungen, welche zum Zweck haben, den Völkern Europas die Segnungen des Friedens zu bewahren, dürfen

von vornherein auf die Zustimmung unseres erhabenen Herrn rechnen. Se. Kaiserliche Majestät würden deshalb den Plan des Herzogs von Wellington vollkommen billigen, wenn dieser Plan nicht in seiner praktischen Ausführung Unzuträglichkeiten im Gefolge hätte, auf welche der Herzog selbst in seinen früheren Unterredungen mit Ihnen schon hingewiesen hat, und zwar mit jener ehrenwerten Offenheit, die einen Hauptzug seines Charakters ausmacht.

Ich will hier nicht auf die verschiedenen Wechselfälle hinweisen, welche durch die Teilnahme der französischen Regierung an den Konferenzen entstehen können; Ew. Excellenz haben bereits in Ihrer letzten Depesche darauf hingedeutet. Ich will hier nur an die belgischen Grenzfestungen erinnern, welche die Interessen Frankreichs direkt berühren, wodurch sich auch die Weigerung des Pariser Kabinettes gegen jede bewaffnete Intervention erklärt; dadurch könnte leicht der eigentliche Zweck der Unterhandlungen gefährdet werden.

Was aber in den Augen Sr. Majestät des Kaisers ein überaus ernstes Bedenken hervorruft, ist der Umstand, daß diese Unterhandlungen, welche die Hauptfrage doch unmöglich sofort entscheiden können, nämlich die Niederwerfung der belgischen Insurgenten, dieselben nur hinauschieben, wodurch eine kostbare Zeit verloren geht, welche nur geeignet ist, den Aufstand weiter zu entwickeln und zu konsolidieren. Das würde die Revolutionäre der anderen Staaten in ihren unheilvollen Bestrebungen nur ermutigen und für uns die Schwierigkeiten nur vergrößern, wenn wir doch „zuguterletzt“ genötigt sein sollten, mit bewaffneter Hand einzuschreiten.

Da nun der Kaiser innerlich überzeugt ist, daß das Endresultat dieser Art von projektierter Friedensstiftung zum Kriege führen wird, so bedauern Se. Majestät um so lebhafter, daß das britische Kabinett nicht schon jetzt in der Lage ist, sich mit einer imposanten Truppenmacht den Verbündeten

anzuschließen, um dasjenige zu schließen und aufrecht zu halten, wozu es selbst in den Jahren 1814 und 1815 so thatkräftig beigetragen hat.

Trotzdem wünscht der Kaiser auch bei dieser Gelegenheit einen neuen Beweis von seinem steten Bestreben zu liefern, mit seinen Verbündeten in freundschaftlichen Beziehungen zu bleiben.

Sie werden deshalb, Herr Graf, hiermit ersucht, dem britischen Ministerium die folgende Erklärung zugehen zu lassen:

„Wenn Frankreich einwilligt, an den Konferenzen über die belgischen Angelegenheiten teilzunehmen, so ist Se. Majestät der Kaiser damit einverstanden, indes nur unter der Bedingung, daß die Verhandlungen sich einzig und allein auf eine Neugestaltung der Union zwischen Belgien und Holland beziehen, und zwar im Interesse der Integrität der Niederlande, unter der Herrschaft des Hauses Oranien, und mit voller Sicherheit für die Festungen zum Schutz der Unabhängigkeit des Landes nach außen.

Wenn die Beratungen in London stattfinden sollen, so sind Sie ermächtigt, daran teilzunehmen. Herr von Gourieff<sup>1)</sup> hat gleichfalls die nötigen Vollmachten erhalten, wenn man den Haag wählen wird.

Se. Majestät erwarten zuversichtlich, daß die Verbündeten als Resultat der Konferenzen die Erfüllung der obigen Bedingungen, trotz aller Opposition Frankreichs, durchsetzen werden, selbst mit Waffengewalt, wenn es nicht anders sein kann; und in dieser Beziehung stützt sich der Kaiser mit einer wahren Befriedigung auf die bereits gemachten positiven Zusicherungen des Herzogs von Wellington.

Sollte sich aber Frankreich nur an den Verhandlungen unter der Bedingung beteiligen wollen, daß die Eventualität

---

1) Der russische Minister im Haag.

eines bewaffneten Einschreitens beseitigt werden müsse, so treten schon daraus die eigentlichen Absichten des Pariser Kabinettes zu Tage, und in diesem Falle hofft der Kaiser, daß die britische Regierung energische Maßregeln treffen wird, welche ihr die Verträge und die eigene Würde auferlegen.

Tritt aber das Pariser Kabinett ohne weitere Bedingungen den Konferenzen bei, so wird dadurch allerdings ein sofortiger allgemeiner Krieg verhindert, und Frankreich erscheint zugleich den belgischen Insurgenten in einem ungünstigen Lichte, aber die Insurrektion selbst kann trotzdem immer mehr um sich greifen. Weil aber England, wenn es augenblicklich noch nicht handelnd auftreten kann, doch mit uns die Ansicht teilt, daß Belgien und die Festungen dem Hause Oranien erhalten bleiben müssen, so möge es wenigstens die Zeit während der Beratungen zu starken militärischen Rüstungen benutzen, um im Notfalle mit einer tüchtigen Armee bereit zu sein. Der Kaiser, der sich in diesem Punkt auf die Umsicht des englischen Kabinettes verläßt, wird nicht allein an den Grenzen das gewöhnliche Kontingent zusammenziehen, sondern auch ein ansehnliches Heer, das sich marschfertig hält, unverzüglich in Aktion treten lassen, sobald die Verbündeten dies durch einen gemeinsamen Beschluß bestimmt haben werden.

Dies sind, Herr Graf, die von Sr. Majestät zunächst getroffenen Bestimmungen; im übrigen wird der Fürst Lieven<sup>1)</sup> sofort auf seinen Posten nach London zurückkehren. Der Fürst ist mit allen nötigen Vollmachten versehen, um sich mit den

---

<sup>1)</sup> Christoph Andrejewitsch, Fürst von Lieven (Liewen) stammte aus einer alten lievländischen Freiherrnfamilie; er war russischer General i. J. 1807, Botschafter in Berlin (1811—1812) und in London (1813—1834), wurde dann Erzieher des Großfürsten-Thronfolgers Alexander und starb in Rom i. J. 1839. Seine Gemahlin (1786—1857) gehörte zu den politischen und gesellschaftlichen Celebritäten ihrer Zeit, in Berlin, London und zuletzt in Paris, wo sie auch starb, und ihre Salons gehörten zu den ersten Zirkeln der damaligen Epoche, denn alle bedeutenden Politiker und hervorragenden Männer des Tages fanden sich dort ein. In London waren Canning und Grey ihre intimsten Freunde.



englischen Ministern und mit den Vertretern Österreichs und Preußens über alle militärischen und sonstigen Maßregeln zu verständigen, welche die allgemeine politische Lage, und speciell die belgischen Angelegenheiten und das Verhalten der französischen Regierung erfordern sollten.

Genehmigen Em. Excellenz . . .

Nesselrode."

Man erfieht aus dieser Depesche, wie die damaligen Gesinnungen des Kaisers von Rußland für Frankreich beschaffen waren und ob der Graf Molé Grund hatte, sich über unsere freundschaftlichen Beziehungen zum Auslande Glück zu wünschen. Nach einer solchen Probe durfte ich sicher annehmen, daß der Kaiser Nikolaus den Grafen Pozzo gewiß nicht ermächtigt hätte, in Paris über die belgischen Angelegenheiten zu verhandeln, und daß er, wenn er auch den Fürsten Lieven und den Grafen Matusiewicz damit beauftragte, mir doch meine Aufgabe sehr sauer machen würde.

Auch in Paris hätte ich bei einer solchen Lage der Dinge einen schweren Stand gehabt, denn während einer ganzen Woche war durch die Uneinigkeit der Minister die Regierung vollständig gelähmt, und die endlich fertig gebrachte Ministerliste war gar nicht geeignet, Europa zu beruhigen. Das von Ruffitte geleitete Kabinett mochte die besten Absichten haben, aber unter den Mitgliedern desselben befanden sich immer einige Namen, die für die Aufrechthaltung des europäischen Friedens keine sichere Garantie boten. Wieder ein neues Hindernis für denjenigen, der wie ich berufen war, mit Bevollmächtigten zu verhandeln, deren Höfe zu der gegenwärtigen Lage in Frankreich und zu dessen Zukunft kein rechtes Vertrauen fassen konnten. Aber ich verlor dennoch den Mut nicht, und als ich meine Vollmachten erhalten, zeigte ich dem Lord Aberdeen meinen Beitritt zu den Konferenzen an.

Inzwischen hatte der König von England am 2. November die neue Session des Parlamentes mit einer Thronrede eröffnet, welche die folgenden Stellen über die auswärtige Politik enthielt.

„ . . . . Seit der Auflösung des letzten Parlamentes haben sich auf dem europäischen Kontinente wichtige und ernste Begebenheiten zugetragen.

Die ältere Linie des Hauses Bourbon hat in Frankreich zu regieren aufgehört, und der Herzog von Orleans wurde unter dem Titel eines Königs der Franzosen auf den Thron berufen.

Der neue Monarch hat in einer Proklamation seinen lebhaften Wunsch ausgedrückt, das gute Einvernehmen und die mit unserem Lande abgeschlossenen Verträge aufrecht zu erhalten, so daß ich nicht gezögert habe, die diplomatischen und freundschaftlichen Beziehungen mit dem französischen Hofe fortzusetzen.

Die Lage der Dinge in den Niederlanden hat mich dagegen mit tiefem Schmerz erfüllt.

Ich beklage, daß die einsichtige Regierung des Königs nicht im Stande gewesen ist, die Empörung in seinen Staaten zu verhindern, und daß ferner die überaus verständige Maßregel, die Wünsche und Klagen seiner Unterthanen in einer außerordentlichen Session der Generalstaaten zu beraten, ohne Erfolg geblieben ist. Ich werde mich bemühen, im Einverständnis mit meinen Verbündeten, Mittel und Wege zu suchen, um die Ruhe wiederherzustellen und die Wohlfahrt und die Interessen Hollands mit den Ansprüchen der anderen Provinzen in Einklang zu bringen.

In verschiedenen Ländern Europas haben Tumulte und Unordnungen stattgefunden, aber da ich von allen fremden Höfen fortwährend die besten Freundschaftsversicherungen empfangen, so habe ich gegründete Hoffnung, meinem Volke die Segnungen des Friedens bewahren zu können.

Von jeher überzeugt, daß die nationalen Verträge und Verbindlichkeiten geachtet und erfüllt werden müssen, glaube ich fest, daß es mir auch jetzt gelingen wird, das im Verein mit meinen Verbündeten geschaffene politische Staatensystem Europas zum Wohl des allgemeinen Friedens aufrecht zu halten.

Ich habe noch keinen Gesandten nach Lissabon geschickt, aber die portugiesische Regierung hat neuerdings durch die Verkündung einer allgemeinen Amnestie einen großen Akt der Gerechtigkeit und Milde vollzogen, und ich hoffe, daß der Tag nahe ist, wo ich im Interesse meiner Unterthanen die freundschaftlichen Beziehungen, die so lange zwischen beiden Ländern geherrscht haben, wieder anknüpfen kann . . . .“

Als ich diese Thronrede nach Paris schickte, durfte ich hinzufügen, daß ich beim Verlassen des Westminsterpalastes, wo mein Wagen dicht hinter dem des Königs fuhr, von allen Seiten mit den herzlichsten Grüßen empfangen wurde, die dem Monarchen galten, den zu vertreten ich die Ehre habe; vielfach rief man laut: »Vive Louis Philippe!« und unsere Nationalfokarde erregte die allgemeine Aufmerksamkeit<sup>1)</sup>.

Lord Aberdeen setzte unsere erste Konferenz auf den 4. November fest; ich folgte der Einladung, obwohl ich noch keine näheren Instruktionen erhalten hatte, weder vom Grafen Molé, noch vom Marschall Maison, dem Nachfolger des Grafen im auswärtigen Amte.

Bevor ich auf die Beratungen selbst eingehe, scheint es mir nötig, einen kurzen Rückblick auf die Ereignisse in Belgien zu werfen, um die Konferenzen selbst zu motivieren<sup>2)</sup>.

---

1) Vergl. den Brief der Herzogin von Dino an die Prinzessin Adelaide im Anhang.

2) Auf diesen Konferenzen waren nur England, Preußen, Rußland, Frankreich, Spanien und die Niederlande vertreten.

Wir wissen bereits, daß der König der Niederlande in seinem Kampf mit den Belgiern besiegt wurde und seine Truppen aus der aufriührerischen Provinz hatte zurückziehen müssen, mit alleiniger Ausnahme der Citadelle von Antwerpen, die noch von den Holländern besetzt blieb. Die beiden feindlichen Armeen standen sich jetzt an der Grenze gegenüber, bereit, jeden Tag von neuem zu beginnen. In Brüssel hatte sich inzwischen eine provisorische Regierung gebildet, in welcher, obwohl sie aus rechtschaffenen und gemäßigten Männern bestand, doch große Meinungsverschiedenheiten herrschten, so daß man wegen des Ausganges besorgt sein konnte. Im Lande selbst zählte das Haus Oranien noch viele Anhänger, die aber in der provisorischen Regierung nicht vertreten waren. In dieser befanden sich zunächst eifrige Katholiken, die von den protestantischen Prinzen von Nassau nichts wissen wollten, ferner einige Republikaner, die indes in der Bevölkerung weder Anhalt, noch Stütze hatten und schließlich diejenigen, welche lebhaft eine Vereinigung Belgiens mit Frankreich wünschten. Diese letzteren waren meistens Beamte des früheren Kaiserreiches, dabei überberichtigte Intriguanen, die sich auch sofort mit den Bonapartisten in Paris in Verbindung gesetzt hatten, von denen einige sich sogar in der Nähe des Königs Ludwig Philipp befanden. Einer der schlimmsten dieser Intriguanen war unstreitig der Graf von Celles<sup>1)</sup>, aus der Familie der Frau von Genlis.

Die provisorische Regierung war natürlich aus der Kammer der Volksvertreter hervorgegangen, und dies erklärt hinreichend

---

1) Anton Karl, Graf Vischer von Celles, geb. i. J. 1779, war zuerst Mitglied der Generalstaaten von Brabant und des Municipalrates von Brüssel. Napoleon ernannte ihn zum Staatsrat und nach der Eroberung Hollands zum Präfekten des Zuydersee-Departemants. Nach 1814 wurde er wieder holländischer Unterthan und auf einige Zeit Mitglied der Provinzialstaaten. Beim Ausbruch der belgischen Revolution stellte er sich an die Spitze der französischen Partei, mit dem Plan, den Herzog von Nemours zum König von Belgien zu machen. Der König Leopold schickte ihn trotzdem später als belgischen Gesandten nach Paris. Dort ließ er sich naturalisieren, wurde Staatsrat und starb i. J. 1841.

die darin befindlichen heterogenen und schwer zu vereinigenden Elemente<sup>1)</sup>.

Auf der anderen Seite war die Lage des Königs von Holland gleichfalls eine sehr komplizierte. Sein ältester Sohn und Thronerbe, der Prinz von Oranien, verfolgte seine eigenen Zwecke und hatte versucht, zwischen den Belgiern und seinem Vater zu vermitteln. Er hätte sich auch wohl dazu verstanden, Belgien provisorisch von Holland zu trennen, unter der Bedingung, ihn zum belgischen Herrscher zu machen, wobei er dann hoffte, nach dem Tode seines Vaters beide Länder wieder zu vereinigen. Auf diesen Plan hatte er sogar in einer Proklamation von Antwerpen aus hingedeutet und dadurch den König und das holländische Volk sehr gegen sich aufgebracht. Von den Belgiern schließlich abgewiesen, mußte der Prinz wieder nach dem Haag zurückkehren und hatte große Mühe, sich mit seinem Vater zu versöhnen und die erzürnte Bevölkerung zu beschwichtigen. Um den Prinzen aus dieser peinlichen Lage zu befreien, schickte der König ihn nach England, unter dem Vorwande, die Interessen Hollands in den Konferenzen zu vertreten.

So war die Lage beschaffen, als wir am 4. November zusammentraten, und am nächsten Tage schickte ich bereits folgenden Bericht über die erste Sitzung nach Paris.

„London, den 5. November 1830.

Herr Minister!

Dem mir von Sr. Majestät erteilten Befehle gemäß, an allen Beratungen über die belgischen Angelegenheiten teilzunehmen, begab ich mich gestern morgen zu Lord Aberdeen, wo ich

---

<sup>1)</sup> Die am 25. September eingesetzte provisorische Regierung bestand aus den folgenden Mitgliedern: Baron Hoogworst, Ch. Roger, Graf Mérode, Gendebien, Van de Weyer, Jolly, Vanderlinden, Nicolai und von Coppin. Herr von Potter trat drei Tage später hinzu.



in Gemeinschaft mit den Bevollmächtigten Oesterreichs, Preußens und Rußlands der ersten Konferenz beiwohnte.

Der Herzog von Wellington nahm als Vorsitzender zuerst das Wort und sprach die Gefühle von uns allen aus, indem er versicherte, daß die verblindeten Mächte ihr möglichstes thun würden, durch versöhnende Vorschläge dem Blutvergießen in Belgien Einhalt zu thun und die wilderregten Gemüther zu beschwichtigen und zur Ordnung zurückzuführen. Dies gebiete sowohl die Menschlichkeit, als auch die Politik, und man könne dies am besten erreichen, wenn man zuvörderst suche, einen Waffenstillstand zwischen den streitenden Parteien zu stande zu bringen, und dann das Resultat der Konferenzen abwarte. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen, und wir beschloffen, am Abend desselben Tages noch einmal zusammenzukommen, um das Protokoll schleunigst nach dem Haag und nach Brüssel gelangen zu lassen.

Der niederländische Gesandte, Baron Falk, wohnte dieser Abend Sitzung bei<sup>1)</sup>. Er mußte nach Artikel IV des Protokolles vom 15. November 1818 des Nachener Kongresses hinzugezogen werden. Jener Artikel lautet nämlich:

„Im Falle, wo die verbündeten Monarchen selbst, oder ihre bevollmächtigten Minister zu einer besonderen Beratung zusammentreten, deren Gegenstand sich auf die Interessen irgend eines anderen europäischen Staates bezieht, so dürfen diese Beratungen nur auf den formellen Wunsch des betreffenden Staates stattfinden und mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß der betreffende Staat durch einen Bevollmächtigten direkt daran teilnimmt.“

---

1) Baron Anton Reinhard Falk, geb. i. J. 1776, holländischer Staatsmann, war Botschaftssekretär in Madrid und trat, als Louis Napoleon König von Holland wurde, ins Privatleben zurück. Nachdem die Franzosen Holland, i. J. 1813, geräumt hatten, wurde er Mitglied der provisorischen Regierung und später Minister des öffentlichen Unterrichts und der Kolonien. Nach der Revolution von 1830 ging er als holländischer Gesandter nach London und i. J. 1840 nach Brüssel. Er starb i. J. 1843.

Der Baron Falk nahm den vorgeschlagenen Waffenstillstand an und erbot sich, nachdem die fünf Bevollmächtigten denselben unterzeichnet hatten, ihn dem König der Niederlande zu übersenden. Zwei Kommissare werden das Protokoll noch diesen Abend nach Brüssel bringen, und da ich sehr wünschte, daß Frankreich sich an diesem Akt der Humanität noch direkter beteilige, habe ich zu einem dieser Kommissare, mit Genehmigung der übrigen Bevollmächtigten, den Grafen Bresson vorgeschlagen. Zu seinem Begleiter wurde alsdann der englische Gesandte in Frankfurt, Sir Thomas Cartwright, bestimmt.

Der Vorschlag eines Waffenstillstandes, dessen Abschrift ich hier beifüge, ist in jeder Beziehung ein sehr guter, denn er entspricht den versöhnlichen und gerechten Gesinnungen der Mächte, selbst wenn man den beabsichtigten Erfolg auch nur teilweise erreichen sollte.

Die Thronrede des Königs von England im Parlament hat Stoff zu interessanten Debatten gegeben. Die Opposition beklagte sich, daß in derselben das Prinzip der Nichtintervention in der belgischen Frage nicht deutlich genug ausgesprochen sei. Die aktive Intervention liegt nun jedenfalls nicht in den Absichten des englischen Kabinettes, und die indirekte durch Ratschläge und Vermittlung kann nur beruhigend wirken und war durchaus nötig als Bürgschaft für die weiteren Beratungen der fünf Mächte. Ferner hat die Opposition wieder die Parlamentsreform zur Sprache gebracht, von welcher die Thronrede kein Wort gesagt hatte. Der Herzog hat sogar und wider alles Erwarten erklärt, daß er, solange er an der Spitze der Regierung stehe, niemals einer Reform, weder einer radikalen, noch einer partiellen, das Wort reden werde. Seine Freunde hatten diese schroffe Erklärung nicht erwartet, während Sir Robert Peel gerade an demselben Tage, wo der Herzog sich so rückhaltlos im Hause der Lords aussprach, im Unterhause eine ähnliche Anfrage sehr maßvoll

und ausweichend beantwortete. Dies Auftreten Wellingtons ist allen Anhängern des jetzigen Kabinettes sehr peinlich gewesen . . . .“

Endlich erhielt ich denn auch die von mir so inständig verlangten Instruktionen, und zwar durch den Marschall Maison mit einem begleitenden Schreiben, in welchem er mir (am 4. November) seine Ernennung zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten mittheilte.

Die Instruktionen lauteten:

„Ich beschäftige mich augenblicklich mit einer genauen Ausarbeitung der von Ihnen gewünschten Instruktionen und sende Ihnen heute schon die wichtigsten Punkte in einem kurzen Auszuge.

1. Wir sind hier der Ansicht, daß die einzig richtige Lösung der belgischen Frage nur dadurch zu erreichen ist, wenn Belgien von Holland getrennt und zu einem unabhängigen Staate unter einem souveränen Fürsten erhoben wird, und daß man zu diesem Fürsten, wenn es noch möglich ist, den Prinzen von Oranien ernannt.

2. Wenn es der Prinz von Oranien nicht mehr sein kann, so sollen die Belgier selbst ihre Wünsche wegen ihres künftigen Oberhauptes kundgeben.

3. Alle Forderungen, die Festung Luxemburg, wenn auch nur vorübergehend, durch fremde Truppen besetzen zu lassen, sind energisch abzulehnen.

Die obigen Artikel sind durchaus konfidentiell und geheim, und niemand darf in London wissen, daß ich Ihnen dieselben übersandt habe. Ich theile sie Ihnen auch nur mit, um Ihnen schon jetzt eine Richtschnur zu geben, wie Sie im Sinne Sr. Majestät des Königs mit der englischen Regierung zu unterhandeln haben. Das Hauptziel geht darauf hinaus, ein Abkommen zu treffen, das mit dem europäischen Gleichgewicht

nach den bestehenden Verträgen zu vereinigen ist, und zugleich den Beweis zu liefern, daß Frankreich fest entschlossen ist, seine Verpflichtungen einzuhalten, ohne Nebeninteressen, wie groß auch die von ihm gebrachten Opfer sein mögen, und nicht den geringsten Vorwand zu einem Kriege zu geben, sondern den allgemeinen Frieden zu wahren.

Der König wünscht auch, daß Sie dem Herzog von Wellington die Zufriedenheit Sr. Majestät mit seiner letzten Rede im Oberhause ausdrücken.

Schließlich habe ich noch hinzuzufügen, daß die obigen Instruktionen in keinem Punkte von der Politik meines Vorgängers abweichen, sondern im Gegentheil dieselbe nur bestätigen, daß Sie ferner vorderhand in der Konferenz keine sonstigen Vorschläge machen, sondern die dort zur Sprache gebrachten ad referendum entgegennehmen und mir übermitteln, damit ich Sie dann meinerseits von den weiteren Befehlen des Königs in Kenntniß setzen kann . . . .“

Man errät leicht, daß diese Instruktionen dem Marschall direkt vom König diktiert waren, denn der neue Minister hatte noch viel zu wenig Routine, um sie selbst verfaßt zu haben. Sie genügten mir auch für den Augenblick.

Um dieselbe Zeit, wo der Prinz von Oranien in London ankam, um sich seiner zweideutigen Lage in Holland zu entziehen, traf auch eine Art von Agent ein, der im Namen der provisorischen Regierung in Brüssel, die Bevollmächtigten sondieren sollte, ob sie vielleicht geneigt seien, den Sohn des Prinzen Eugen Beauharnais als Souverän von Belgien anzuerkennen. Dieser Vorschlag blieb ganz unberücksichtigt<sup>1)</sup>.

---

<sup>1)</sup> Es handelte sich um den jungen Herzog von Leuchtenberg und Fürsten von Gichstaedt, den ältesten i. J. 1810 geborenen Sohn des Prinzen Eugen, des früheren Vizekönigs von Italien. Der Prinz vermählte sich i. J. 1834 mit der Königin Donna Maria von Portugal, starb aber schon im folgenden Jahre.

Aber ein anderes Gewitter stieg am politischen Himmel auf und drohte mit neuen Verwickelungen. Kaum war das französische Ministerium aufgelöst und durch ein anderes ersetzt worden, das in dem Ruf revolutionärer Ansichten stand, als auch das englische Kabinett gestürzt wurde. Man erinnert sich, daß der Herzog von Wellington bei der Adreßdebatte sich mit großer Heftigkeit gegen jede Reform in dem Wahlssystem des Unterhauses ausgesprochen hatte. Dies sollte ihm jetzt verhängnisvoll werden.

Der König hatte die Einladung des Lord-Mayor im Namen der City zu einem großen Bankett angenommen, an welchem auch das gesamte Ministerium, das diplomatische Corps und eine Menge anderer hoher Gäste, im ganzen über fünfhundert Personen, teilnehmen sollten. Man konnte leicht voraussehen, daß bei dieser Gelegenheit eine sehr bedeutende Volksmenge zusammenströmen würde, um für und gegen die Reform zu demonstrieren und dabei den König mit einem Lebehoch, aber das Kabinett vielleicht mit dem Gegenteil zu empfangen.

Das Bankett sollte am 9. November stattfinden, indes am 8. zeigte der Minister des Innern, Sir Robert Peel, dem Lord-Mayor an, daß die Majestäten beschloffen hätten, nicht zu erscheinen, und zwar aus Besorgnis, es möchten Unruhen entstehen, die das Leben ihrer Unterthanen gefährden könnten.

Diese Abgabe rief aber erst recht in der ganzen Stadt eine außerordentliche Sensation hervor, und in der City rotteten die Volksmassen sich zusammen, an der Börse entstand eine Panik, die Papiere fielen, und nach langen Hin- und Herberatungen faßte man den Entschluß, das Bankett gar nicht abzuhalten<sup>1)</sup>. Der Vorfall trug auch viel zur Verschärfung

---

1) Vergl. im Anhang den Brief Talleyrands an die Prinzessin Adelaide.



der Debatten im Parlament bei, wo bereits Lord Brougham<sup>1)</sup> für den 16. November eine Interpellation wegen der Reform angekündigt hatte<sup>2)</sup>.

Inzwischen hielten die Bevollmächtigten mehrere Sitzungen, die aber von keiner Bedeutung waren, weil man noch nicht wußte, wie man im Haag und in Brüssel den Waffenstillstandsvorschlag aufgenommen hatte. Mir war in jenen Tagen aus Paris ein Aktenstück zugegangen, das ich als eine Ergänzung zu meinen Instruktionen betrachtete, nämlich eine Beleuchtung der belgischen Frage, und zwar von des Königs eigener Hand. Die Arbeit scheint mir wichtig genug, um sie hier in ihrem ganzen Umfange mitzuteilen. Sie war freilich an den Marschall Maison, als Minister des Außern, gerichtet, der sie mir aber sofort zuschickte. Sie trug das Datum des 11. Novembers 1830 und lautete, wie folgt:

„Es scheint mir geboten, mein lieber Marschall, den Fürsten Talleyrand etwas über die augenblicklichen Verhältnisse in Belgien aufzuklären, um seine Ansicht zu hören über die Regierungsform, zu welcher die Belgier ihre Zustimmung geben könnten, die dann von den Preußen ratifiziert würde. Es ist dies keine leichte Aufgabe, besonders wenn wir dabei unser Hauptprincip festhalten, die Interessen Frankreichs für Gegenwart und Zukunft wahrzunehmen.

1) Lord Henry Brougham, Schriftsteller, Advokat und Staatsmann, geb. i. J. 1779, trat i. J. 1810 ins Parlament als entschiedener Anhänger der Whigs. Als Advokat plädierte er in fast allen politischen Prozessen und verteidigte auch die Königin Karoline gegen Georg IV. Endlich gelangte er i. J. 1830 nach dem Sturz Wellingtons, als Lordkanzler in das Kabinett Lord Greys und trug viel zur Annahme der Reformbill bei, zog sich aber i. J. 1831 zurück. Bis zu seinem Tode i. J. 1863 ließ er sich noch oft im Oberhause und immer mit großem Erfolg hören.

2) Die Reformbill, anfangs von Wellington zurückgewiesen, wurde von Lord Brougham aufs neue eingebracht und am 1. März 1831 von Lord John Russell dem Unterhause vorgelegt. Sie beseitigte die Vertretung von dreihundert sogen. „verfallenen Burgflecken“ und erhöhte diejenige der Städte und überdies noch bedeutend die Anzahl der Wähler. Vom Hause der Lords i. J. 1831 abgelehnt, wurde die Bill erst am 7. Juni 1832 von beiden Häusern angenommen.

Wir haben zunächst die Trennung Hollands von Belgien angenommen, und die Holländer sowohl, wie die Belgier wünschen dasselbe, nur der König der Niederlande wünscht es nicht. Wird man ihn dazu zwingen können? Durch Waffengewalt jedenfalls nicht, und um dazu durch Unterhandlungen zu gelangen, müßte man ihm Vorteile bieten, die nirgends existieren, oder doch wenigstens alle Mächte unisono dafür zu gewinnen suchen, was mehr als zweifelhaft erscheint.

Hätte man die Belgier zu bestimmen vermocht, oder vermöchte man es noch jetzt, den Prinzen von Oranien zum Herrscher zu nehmen, so glaube ich, würde man ohne große Schwierigkeiten die Mächte beredet haben, auf der Einwilligung des Königs zu bestehen, und er hätte sie dann wohl geben müssen. Die eigentlichen Schwierigkeiten wären dann nur noch die Grenzbestimmungen zwischen beiden Staaten gewesen, und ehe wir weiter gehen, möchte ich darüber einige Worte sagen.

In dem Waffenstillstandsvorschlage, den der Fürst Talleyrand sehr richtig befürwortet hat, wurde von der Konferenz eine Demarkationslinie gezogen, die den Belgiern den großen Vorteil einer Räumung der Citadelle von Antwerpen brachte, aber der König von Holland behielt dafür Maastricht, Stephanswerth und Venloo, also die untere Maaslinie, welche Belgien gegen Deutschland schützt, und deren Bewohner durch Sitten, Gewohnheiten und Ansichten belgischer Art sind, obwohl sie früher zu Holland gehört haben. Aus diesem Grunde und weil ihm auch die Truppen zu starken Garnisonen fehlen, hat der König bereits fast das ganze Kriegsmaterial von Maastricht fortschaffen lassen. Breda, Bois-le-Duc und das holländische Brabant scheinen von den gleichen moralischen und politischen Geiste beseelt zu sein und wollen zu Belgien, und nicht zu Holland halten.

Was denjenigen Teil Belgiens betrifft, der am rechten Maasufer liegt und der früher zu den österreichischen Nieder-

landen gehörte, nämlich Roermond, Verviers und Limburg, so sind die Bewohner dort vollständig Belgier, die sehr wahrscheinlich schon Deputationen nach Brüssel zum National-Kongreß geschickt haben.

Was sonst noch am rechten Maasufer liegt, aber mehr nach Süden hin, so ist die dortige Bevölkerung noch belgischer als irgendwo sonst. Hier zeigen sich jedoch mehrere nicht leicht zu überwindende Schwierigkeiten, denn dort befinden sich die Herzogtümer Bouillon und Luxemburg, ferner die Abteien Saint-Hubert, Stavelot und Malmedy. Das Herzogtum Luxemburg ist dem deutschen Bundesstaate einverleibt worden, die Festung selbst ist deutsche Bundesfestung, und unter diesem Titel steht darin eine preußische Besatzung. Deshalb wird es schwierig sein, diese Länderstrecken sowohl dem neuen belgischen Staate zu geben, als auch sie bei Holland zu lassen, denn die Autorität des Königs ist dort bereits gänzlich vernichtet und besteht nur noch nominell in Luxemburg dank der preußischen Garnison. Dies alles würde nun leicht geregelt und ausgeglichen werden, wenn man den belgischen Nationalkongreß bestimmen könnte, den Prinzen von Oranien zum Regenten zu wählen, denn alsdann würde es sich nur um Feststellung der beiderseitigen Grenzen handeln, was für Europa von keiner großen Bedeutung wäre, und wobei Frankreich kein weiteres Interesse hätte, als eine Ausdehnung Preußens über die Festung Luxemburg hinaus zu verhindern. Man müßte deshalb genau stipulieren, daß die Monarchen, denen dann Bouillon und Maastricht zufielen, dort keine Garnison errichten dürften; denn sowohl Ihre Klugheit, lieber Marschall, als auch Ihr Patriotismus müssen Ihnen sagen, daß, wenn z. B. Maastricht und Venloo deutsche Besatzungen erhielten, Frankreich seiner Sicherheit wegen berechtigt sein würde, auch seinerseits Bouillon und Philippeville militärisch zu besetzen. Doch darüber zu verhandeln, scheint mir überflüssig und sogar gefährlich zu sein;

bleiben wir nur dabei, daß Luxemburg der einzige Platz sein soll, wo deutsche Truppen liegen dürfen. Wir müssen nämlich alles sorgfältig vermeiden, was auf Frankreich irgendwie den Verdacht ehrgeiziger Pläne werfen könnte, die es eben ganz und gar nicht hegt, sondern nur einzig und allein den schon so oft ausgesprochenen Wunsch, den europäischen Frieden aufrecht zu erhalten, und zwar dadurch, daß jeder Staat sich mit seinen heutigen Grenzen begnügt.

Die wichtigste Frage bleibt also augenblicklich immer die, ob der Prinz von Oranien noch der Souverän von Belgien werden kann, oder nicht. Ist dies noch möglich, so ist er unbedingt, sowohl von Frankreich, als auch von den übrigen Mächten allen anderen Kombinationen vorzuziehen, wenn aber nicht, so muß man sich nach einem anderen passenden Regenten umsehen.

Hier könnte der Graf Bresson sehr gute Dienste leisten, um möglichst schnell die nötigen Erkundigungen einzuziehen. Die Wahl des Prinzen von Oranien würde allerdings die in manchen Kabinetten vorwaltende Kriegspartei niederhalten, besonders in Petersburg, wo, wie man behauptet, nur dieser Fürst dem Kaiser Nikolaus genehm ist. Der König der Niederlande selbst ist um so mehr gegen diese Wahl, weil er den Prinzen nicht liebt und außerdem überzeugt ist, daß, wenn es jetzt zu einem allgemeinen Kriege kommt, er, der König, nicht allein Belgien behalten, sondern auch noch das französische Flandern und verschiedene unserer dortigen Festungen dazu erwerben wird. Diese Träume, die denen der Kabinette i. J. 1792 gleichen, würden sicher dasselbe Resultat herbeiführen, und der König der Niederlande könnte dadurch viel leichter Holland verlieren, als Belgien zurückgewinnen und das französische Flandern dazu; auf alle Fälle müssen wir aber annehmen, daß er der Wahl seines Sohnes alle möglichen Hindernisse in den Weg legen wird.

Der jetzige Nationalkongreß in Brüssel sieht dem von 1790 unter van der Noot<sup>1)</sup> und van Cupern sehr ähnlich, soweit er nämlich vorwiegend aus der Aristokratie und dem Klerus des Landes besteht, und zu dem letzteren soll sogar mehr als ein Viertel seiner Mitglieder gehören. Dies würde die Wahl eines protestantischen Fürsten sehr erschweren, und man versichert, daß das ganze Haus Nassau unberücksichtigt bleiben soll und ebenfalls der Sohn des Prinzen von Oranien, den einige Mitglieder an die Stelle seines Vaters proklamieren wollten. Letzteres unter der Regentschaft eines angesehenen Belgiers, wie etwa des Grafen Felix von Mérode<sup>2)</sup>, der zur provisorischen Regierung gehört und der vielleicht selbst zum Erb-Großherzog, wo nicht zum König von Belgien gewählt werden könne. Der Graf ist ein Enkel Lafayette's, und seine Verwandten und Freunde in Paris sprechen ziemlich zuversichtlich von dieser eigenthümlichen Wahl. Sie sehen darin einen Sieg über die republikanische Partei unter Potter und Theilmann<sup>3)</sup>, denen

1) Heinrich Nikolaus van der Noot, geb. in Brüssel i. J. 1750, trat schon früh als politischer Redner gegen die Reformen Josephs II. auf, wurde flüchtig und suchte nun England, Preußen und Holland für Belgien zu gewinnen. In Breda bildete er mit dem Priester van Cupern das Komitee von Brabant und proklamierte im Oktober 1789 die Unabhängigkeit Belgiens, zog in Brüssel ein, berief einen Kongreß und hatte einen kurzen Erfolg. Als aber im November 1790 die Österreicher heranrückten, flüchtete er von neuem nach Holland, wo er ein Jahr lang gefangen gehalten wurde. Nach seiner Freilassung kehrte er nach Belgien zurück und starb in Armut und Vergessenheit i. J. 1827.

2) Graf Felix von Mérode, geb. i. J. 1791, stammte aus einer alten, vornehmen belgischen Familie und lebte auf seinem Schlosse in der Franche-Comté, bis ihn die belgische Revolution nach Brüssel rief. Als Mitglied der provisorischen Regierung, erlangte er bald einen so außerordentlichen Einfluß, daß viele ihn schon als zukünftigen Regenten, wo nicht als König bezeichneten. Trotzdem trug er nicht viel zur Wahl des Königs Leopold bei, und bekleidete unter dessen Regierung verschiedene Ministerposten bis zum Jahre 1839. Dann zog er sich aus dem öffentlichen Leben zurück und starb i. J. 1857.

3) Louis de Potter, belgischer Publizist und Geschichtschreiber, geb. i. J. 1788, zog sich durch seine liberalen und rationalistischen Schriften mehrere Verurtheilungen zu; er war einer der Haupturheber der belgischen Revolution, und zwar als Führer der Republikaner. Als er die Erfolglosigkeit seiner Bemühungen einsah, ging er nach Paris und bekämpfte von dort die Politik des Königs Leopold. Später



es, trotz ihres großen Einflusses auf die Bevölkerung Brüssels, doch nicht gelungen ist, in den Nationalkongreß gewählt zu werden. Man sagt auch, daß der Klerus dem Grafen Mérode besonders gewogen ist, der sehr devot sein soll, wobei wir nicht vergessen dürfen, daß die Geistlichkeit und überhaupt der Katholicismus noch auf lange hin einen bedeutenden Einfluß in Belgien ausüben werden. Der belgische Klerus tadelt sogar den französischen, weil dieser die absolute Gewalt in Schutz genommen hat und meint, daß zu einer wirksamen Verteidigung der Religion jeder Priester ein Anhänger der Volksfreiheit sein müsse.

Wie also die Dinge stehen, dürfen wir nichts, weder vom Prinzen von Oranien und seinem Sohne, noch irgend einem protestantischen Fürsten hoffen und haben nur einen katholischen in Betracht zu ziehen.

In Brüssel soll man den Herzog von Leuchtenberg vorgeschlagen haben, aber wie Talleyrand uns versichert, ist dieser Vorschlag in London ganz unberücksichtigt geblieben, und hoffentlich wird es überall so sein.

Die Liste der katholischen Prinzen, auf welche möglicherweise die Wahl der Belgier fallen könnte, ist leider sehr klein. Man hat auch von einem meiner Söhne (dem Herzog von Nemours) gesprochen, aber davon kann gar nicht die Rede sein, und man braucht darüber kein Wort zu verlieren; schon die bloße Diskussion wäre bei den augenblicklichen Verhältnissen in Europa gefährlich und würde ja auch gar keinen Erfolg haben. Daselbe gilt von den österreichischen Erzherzögen, die gleichfalls nicht in Frage kommen können.

---

kehrte er nach Belgien zurück und lebte als Privatmann ohne allen Einfluß bis zu seinem Tode i. J. 1859. — Jean Tillemans (nicht Theilmann), ein Freund und Gesinnungsgenosse Potters, nahm gleichfalls lebhaften Anteil an der belgischen Revolution, wußte sich aber zu halten und wurde i. J. 1831 Minister des Innern und später Gouverneur von Antwerpen und Vüttich; zog sich dann vom politischen Leben zurück und starb als Rat am Appellhof von Brabant.

Es bleiben also nur die Familien von Neapel, Sachsen und Bayern; Frankreich würde hier keine Einwendungen machen und die übrigen Mächte vermutlich auch nicht. Man darf sich aber dabei die Unpopularität der neapolitanischen Dynastie nicht verhehlen, so daß die Wahl der Belgier schwerlich auf den achtzehnjährigen Prinzen Karl<sup>1)</sup> fallen dürfte, obwohl man viel Gutes von ihm sagt. So bliebe also nur der Prinz Johann von Sachsen, der dreißig Jahre alt ist, und der kleine Prinz Otto von Bayern, der zehn oder elf Jahre zählt; der letztere allenfalls unter der Regentschaft des Grafen von Mérode.

Dies Resultat ist also nicht sonderlich befriedigend; doch vielleicht bieten sich noch anderweitig günstigere Ausichten, wenn nur der europäische Friede nicht darunter zu leiden hat. Lafontaine sagt nicht ohne Grund:

„Die klügsten sind, die nachzugeben wissen,  
Man läuft Gefahr, oft alles zu verlieren,  
Wenn man zu viel verlangt . . . .“

Man muß wirklich die scharfsinnige und uneigennützigige Auffassungsweise bewundern, welche der König hier in der Beurteilung der belgischen Frage zeigt, aber man sieht auch, daß er sich die Schwierigkeiten ihrer Lösung keineswegs verhehlt. Als ich ihm meldete, daß die Belgier den Waffenstillstand angenommen, fügte ich die folgenden Bemerkungen hinzu<sup>2)</sup>:

„Ich habe mehrfach die von hoher Hand geschriebenen Äußerungen über die belgische Frage gelesen und bin wahrhaft

---

1) Karl Ferdinand, Prinz von Capua, geb. i. J. 1811, ein Sohn Franz I., Königs Beider Sicilien. — Prinz Johann von Sachsen, geb. i. J. 1801, der jüngste Sohn des Prinzen Maximilian, folgte seinem älteren Bruder Friedrich August i. J. 1854 auf den Thron, vermählt seit 1822 mit der Prinzessin Amalie von Bayern, starb i. J. 1878. — Otto Ludwig, geb. i. J. 1815, ein Sohn des Königs Ludwig I. von Bayern, wurde i. J. 1832 zum König von Griechenland erwählt, mußte aber i. J. 1862 abanken und starb zu Bamberg i. J. 1867.

2) Aus einem Briefe Talleyrands an die Prinzessin Abelaide.

ergriffen worden von der Tiefe und Klarheit der darin ausgesprochenen Gedanken.

Soweit die von mir bis jetzt eingezogenen Erkundigungen reichen, stellt sich die Lage des Landes und der verschiedenen Parteien folgendermaßen dar:

Der belgische Nationalkongreß ist der wahre Ausdruck des Volkswillens, und seine Majorität ist unbestreitbar monarchisch, was die ersten Beratungen und die Wahl des Präsidenten hinlänglich bewiesen haben. Die republikanische Partei und die Partei derjenigen, die eine Vereinigung mit Frankreich wünschen, stehen so ziemlich in dem gleichen Verhältnis.

Wenn die monarchische Partei in der Wahl des Regenten einig wäre, so würde sie vollständig dominieren, aber sie ist in diesem Punkte sehr geteilt, denn dem Keturus z. B. ist derselbe wichtiger, als sogar die Form der Regierung. Viele sind mehr gegen die Person des Prinzen von Oranien und gegen das ganze Haus Nassau, als gegen die Republik. Und hierin liegen die Schwierigkeiten. Wenn die monarchische Partei nicht durch gegenseitige Konzessionen und durch Aufopferung gewisser Vorurteile zu einer Versöhnung kommt, so werden die Republikaner zuerst versuchen, das Übergewicht zu erlangen, und wenn ihnen dies nicht gelingt, so wird die französische Partei vorherrschend werden.

Doch selbst dann, wenn die monarchische Partei sich einigt, entsteht eine neue Gefahr. Die Gegner des Prinzen von Oranien, wenn dieser gewählt werden sollte, würden sofort die Verfassung angreifen und sie als unpopulär bezeichnen und dadurch die Bevölkerung wieder zur Revolution treiben. Sie würden sich freilich selbst dadurch schaden, denn sie würden im Unrecht sein.

Die Fraktion Oranien ist die zahlreichste im Vergleich zu den anderen einzelnen Fraktionen, jede für sich genommen. Dabei setze ich voraus, daß die Wahl des Herzogs von Nemours,

welche die Weisheit Sr. Majestät sofort gegenstandslos erklärt hat, nicht mehr in Frage kommt; sonst würde diese sehr ins Gewicht fallen. Der Prinz von Oranien hat sich durch die Beschließung Antwerpens und durch seine Reise nach dem Haag außerordentlich geschadet, und es wird ihm schwer fallen, seine günstige Stellung wiederzugewinnen. Wenn die Mächte hier sehr vorsichtig vermitteln wollten, so dürfte das vielleicht von einigem Erfolg sein.

Der Graf Mérode ist kein eigentliches Parteihaupt, sondern nur ein Werkzeug in den Händen der Alexikalen. Weder er, noch die Herren von Dultremont und von Hoogworst haben ernste Aussichten.

Der Herzog von Leuchtenberg wird nur von der französischen Partei aufgestellt, weil er an das Kaiserreich erinnert. Ohne Unterstützung der Mächte ist er nichts.

Der Erzherzog Karl von Osterreich<sup>1)</sup> wird als Ersatz für den Grafen Mérode bezeichnet, und zwar von einem Teil der katholischen Monarchisten, wodurch dieselben gespalten sind. Vereinigt, könnten sie immerhin die Partei für den Prinzen von Oranien, oder für einen seiner Söhne verstärken, aber nur unter der Bedingung eines Religionswechsels. Sonst würden sie sich jedenfalls nicht dazu verstehen.

Was die Prinzen von Neapel, Bayern und Sachsen betrifft, so haben die Belgier bis jetzt noch immer nicht an sie gedacht. Diese Prinzen könnten vielleicht später ein Nothbehelf werden.

Somit ist die Lage eine sehr verwickelte, und der Prinz von Oranien wäre entschieden noch die günstigste Lösung.“

Mitten in diese Sorgen, die uns schon hinreichend in Anspruch nehmen, fiel plötzlich noch ein neues ernstes Ereignis.

---

<sup>1)</sup> Erzherzog Karl, ein Sohn des Kaisers Leopold II. von Osterreich, der berühmte Gegner Napoleons (1771—1847).

auf das ich oben schon hindeutete und das ganz geeignet war, unsere Beratungen zu stören.

Das englische Ministerium, das im Unterhause eine nicht einmal sehr bedeutende Niederlage erlitten, entschloß sich, zurückzutreten. Es handelte sich um die Frage, ob die Bill wegen der Civilliste einer Specialkommission übergeben werden sollte, was die Regierung als eine Neuerung verweigerte, die bisher nie stattgefunden hatte. Eine Majorität von 29 Stimmen auf 437 entschied dafür, und Wellington reichte mit seinen Kollegen sofort seine Demission ein, die auch vom König angenommen wurde. Dies geschah in der Sitzung des 15. November, und die Minister wollten sich lieber gleich bei diesen ersten Anzeichen einer feindlichen Demonstration zurückziehen, als die von Lord Brougham angekündigte Interpellation abwarten, wo sie doch hätten unterliegen müssen. Der König berief Lord Grey<sup>1)</sup>, mit dem Auftrage, ein neues Kabinett aus der Partei der gemäßigten Whigs zu bilden.

Was mich persönlich betraf, so bedauerte ich den Rücktritt Wellingtons sehr, mit dem ich so lange in den besten Beziehungen gestanden, und der in ganz Europa ein Ansehen genoß, wie kein anderer Staatsmann; auf der anderen Seite ließ aber die liberalere Partei der Whigs eine schnellere Erledigung unserer Geschäfte hoffen. An den Transaktionen von 1815 hatte sie keinen Anteil gehabt, sondern dieselben sogar oft getadelt und bekämpft; sie fühlte mithin keinerlei Verpflichtungen, für jene Abmachungen einzutreten. Freilich lag bei diesem Vortheil auch die Befürchtung nahe, daß die Umsturz-

---

1) Graf Charles Grey, geb. i. J. 1764, trat früh in das Unterhaus, wo er sich eng mit Fox verband. Von 1792 bis 1802 war er das Haupt der Whigs, und als diese Partei zur Regierung gelangte, wurde er zum ersten Lord der Admiralität und nach Fox' Tode zum Staatssekretär des Aeußeren ernannt. Er zog sich i. J. 1807 zurück und nahm seinen Sitz im Oberhause. Im November 1830 trat er an die Spitze eines neuen von ihm gebildeten Ministeriums, das mit einer kurzen Unterbrechung vier Jahre dauerte. Er starb i. J. 1845.



partei, die sich überall auf dem Kontinent zu regen begann, einen Anhalt bei einem solchen Ministerium zu finden hoffte, dessen Opposition gegen die Regierung auch ihren Mut verstärkte. Wie dem nun auch sein mochte, es galt für uns, von diesem Ministerwechsel den größtmöglichen Nutzen zu ziehen.

Das abgetretene Kabinett hatte sich verpflichtet, bis zur Bildung eines neuen Ministeriums die Geschäfte fortzuführen; Lord Aberdeen, obwohl er seine Demission schon gegeben, berief eine neue Konferenz. In dieser Sitzung überbrachten die aus Brüssel zurückgekehrten Kommissare die Einwilligung der provisorischen Regierung zu dem vorgeschlagenen Waffenstillstande<sup>1)</sup>.

Die Einwilligung hatte übrigens vorher einige Diskussionen hervorgerufen wegen der von unserem Protokoll festgesetzten Grenzen, und der Minister Falck protestierte, als Vertreter des Königs von Holland, gleichfalls dagegen. Die Konferenz machte deshalb zwei Protokolle, ein offenes und ein geheimes. In dem ersten wurde der von beiden Parteien angenommene Waffenstillstand einfach ratifiziert, und in dem zweiten, das die Kommissare mit nach Brüssel nahm, wurde die provisorische Regierung ersucht, die Forderungen des Königs zu bewilligen, weil es sich ja keineswegs um eine definitive Grenzbestimmung handelte, die erst später nach den übrigen Vereinbarungen mit Belgien zur Sprache kommen würde.

So reisten denn die beiden Kommissare, mit den nötigen Vollmachten versehen, noch einmal hinüber, und die Konferenz konnte jetzt, nachdem dieser wichtige Punkt erledigt war, die Bildung des neuen englischen Kabinettes ruhiger erwarten.

---

1) Die Nationalversammlung in Brüssel nahm am 10. November den Waffenstillstand an, und zwar mit der am 4. November in London festgesetzten holländischen Demarkationslinie, wie sie vor dem Pariser Vertrage vom 30. Mai 1814 bestanden. Die Kommissare Bresson und Cartwright, welche die Annahme überbrachten, kehrten darauf noch einmal nach Brüssel zurück und legten der provisorischen Regierung ein zweites ergänzendes Protokoll vom 17. November vor, das gleichfalls am 21. angenommen wurde.

Mir persönlich bereitete die Abwesenheit des Grafen Bresson manche Verlegenheit, denn, wie ich bereits oben andeutete, ließ das Personal meiner Botschaft viel zu wünschen. Man hatte mir mehrere junge Leute mitgegeben, die viel zu sehr für die letzten politischen Ereignisse in Frankreich schwärmten, aber ganz und gar nicht für die ernstesten Arbeiten unserer Mission; sie erlaubten sich sogar Ausschreitungen, die uns kompromittierten. So hatte einer von ihnen an einem radikalen Bankett zu Ehren Polens teilgenommen und dabei einen revolutionären Toast ausgebracht; ein anderer erklärte sogar, er wolle nicht eher auf die Gesundheit Ludwig Philipps anstoßen, als bis der König die Krone niedergelegt. Ich hatte meine liebe Not, die Kanzlei von diesen unbequemen und unliebsamen Elementen zu säubern, und bat dringend, mir einen tüchtigen Arbeiter zu senden. In den letzten Novembertagen kam endlich der Baron von Bacourt an.

Die Bildung des neuen englischen Kabinettes hatte inzwischen auf große Schwierigkeiten gestoßen. Der Herzog von Wellington war durch eine ganz unerwartete Vereinigung der Whigs mit einer Fraktion der Hochtories gestürzt worden, weil die letzteren dem Herzog die Emancipation der Katholiken<sup>1)</sup> nicht verzeihen konnten; dazu gesellten sich noch einige Anhänger Canning's, die sich schon früher von den Tories getrennt hatten. Lord Grey repräsentierte die Whigpartei, der Herzog von Richmond<sup>2)</sup>

1) Der Leser kennt die Lage der Katholiken in Irland vor der Emancipationsbill. Von den sieben Millionen Einwohnern waren fast sechs Millionen katholisch und durften weder wählen, noch gewählt werden, auch sonst kein Amt bekleiden und keinen Grundbesitz haben. Nach langen Leiden bildete sich endlich i. J. 1828 durch die rastlosen Bemühungen O'Connell's eine katholische Widerstandspartei, die durch ihr fortwährendes, bedrohliches Anwachsen die Regierung in Schrecken setzte und die Lösung beschleunigte. Viermal war die Emancipationsbill vom Unterhause angenommen und jedesmal vom Oberhause verworfen worden. Endlich brachten Wellington und Peel sie zum fünftenmale ein, und mit Erfolg (am 10. April 1829); die Katholiken wurden englische Staatsbürger.

2) Herzog Karl von Richmond, geb. i. J. 1791, trat nach dem Tode seines Vaters, i. J. 1819, in das Oberhaus und wurde unter dem Ministerium Grey

die Hoch Tories, und Lord Palmerston die Canningisten. Um nun eine Fusion zwischen diesen drei Fraktionen, und damit eine geregelte Verwaltung herzustellen, mußte man sich zuerst gegenseitig über die Grundsätze und die Mittel und Wege verständigen, was alles die Neubildung verzögerte und erschwerte. Um nur einen Punkt hervorzuheben, so lag die Ursache von Wellingtons Sturz unleugbar in seiner zu schroffen Ablehnung der Parlamentsreform. Man vermutete damals nicht, daß dieser Umstand die öffentliche Meinung so gewaltsam aufregen würde, aber jetzt mußte diese Reform eine der ersten Aufgaben des neuen Kabinettes sein. Von jeher gehörte nun zu den obersten Grundsätzen der Hoch Tories und auch der Canning's die Opposition gegen jede Parlamentsreform, und man fragte sich, ob sie auch jetzt noch so eigensinnig darauf bestehen würde. Mit den Whigs konnten sie nicht zusammengehen, und wenn sie sich der Nothwendigkeit fügen wollten, so gaben sie daselbe Schauspiel, wie Wellington und Peel in der Katholikenemancipation. Dadurch mußten sie sich aber viele ihrer alten Freunde entfremden, und die Freundschaft der neuen war immer nur eine bedingungsweise. Bis zu der Zeit, von der ich hier rede, wechselte man selten die einmal ausgesprochenen politischen Ansichten und verzieh den Überläufern nur schwer.

Wenn nun auch die öffentliche Meinung im ganzen sich laut für die gewünschte Reform aussprach, so wurde doch die Geschäftswelt durch ein in Aussicht stehendes Whigministerium beunruhigt, was sich sofort durch ein starkes Fallen der öffentlichen Fonds zeigte. England hatte sich seit einem vollen Jahrhundert so sehr an die Regierung der Tories gewöhnt, und

---

zum Generalpostmeister ernannt. — Henry John Temple, Lord Palmerston, geb. i. J. 1784, trat i. J. 1807 in das Unterhaus und wurde noch in demselben Jahre im Kabinetts Portland Lord der Admiralität und i. J. 1809 Kriegsminister, welchen Posten er bis i. J. 1828 behielt. Alsdann Staatssekretär im auswärtigen Amt von 1830—1841 und wieder von 1846—1851; Minister des Innern von 1852—1855, Vordischatkanzler von 1855—1859 und wieder i. J. 1859 bis zu seinem Tode 1865.

die kurzen Unterbrechungen durch die Whigs waren so erfolglos gewesen, daß alle Gewerbetreibenden und der große arbeitssame Mittelstand ihnen nur geringe Sympathien entgegenbrachte. Sogar die Times, die so lange das Organ der Whigs gewesen, und ihnen auch jetzt wieder geneigt schien, konnte doch den ungünstigen Eindruck nicht verschweigen, den der Ministerwechsel in der City hervorgerufen, wo die großen Finanz- und Handelsinteressen vertreten sind.

„Das neue Ministerium“, schreibt sie, „erregt manche Bedenken, denn den Männern dieser Partei fehlt der alles umfassende praktische Geschäftsblick, auf den man hierzulande mit Recht so großen Wert legt. Es gab nun einmal keine andere Alternative. Alle geschäftlich sachverständigen Leute sind der Ansicht, daß ein solches Ministerium zu keiner ungelegeneren Zeit hätte kommen können.“

Man sieht, dies alles war nicht sehr beruhigend, obwohl ich mich davon nicht anfechten ließ, denn ich war überzeugt, daß der Ministerwechsel unser gutes Einvernehmen mit England nicht trüben würde.

Wir standen mit der früheren Regierung auf freundschaftlichem Fuße und brauchten uns auch jetzt keine Sorgen zu machen, denn ich nahm nicht ohne Grund an, daß das neue Ministerium in Bezug auf die auswärtige Politik wohl so ziemlich die Grundsätze des alten befolgen würde. Vielleicht war sogar für uns damit ein Vorteil verbunden, denn, wenn wir uns mit dem neuen Kabinett so gut vertragen konnten, wie mit dem alten, so mußte dies, bei der augenblicklichen liberalen Strömung in Frankreich, dort noch willkommener sein.

Endlich war das neue Kabinett konstituiert und bestand aus folgenden Ministern: Lord Grey, Lordschatzmeister; Lord Palmerston, auswärtige Angelegenheiten; Lord Melbourne<sup>1)</sup>,

1) W. Lamb. Lord Melbourne, geb. i. J. 1779, trat i. J. 1805 in das Unterhaus und i. J. 1828 in das Oberhaus. Minister des Innern i. J. 1830, vier Jahre

Inneres; Lord Goderich, Krieg und Kolonien; Lord Althorp, Präsident für Indien; Lord Lansdowne, Conseilspräsident; Lord Durham, ein Schwiegersohn des Lord Grey, Justiz; Lord Brougham, Kanzler; Lord Holland, Kanzler von Lancaster; Herzog von Richmond, Großmeister der Artillerie, und Lord Auckland, Handelsminister.

Inzwischen hatte sich auch eine Veränderung im französischen Ministerium vollzogen: Der bisherige Marineminister, General Sebastiani, erhielt das Portefeuille des Auswärtigen, und der Marschall Maison wurde zum Botschafter in Wien ernannt<sup>1)</sup>.

Diese häufigen Veränderungen erleichterten den Gang der Geschäfte keineswegs, aber wir waren ja überall mehr oder weniger im Zustande der Revolution, und in solchen Zeiten muß man sich zu arrangieren wissen.

In der letzten Konferenz, die noch von Lord Aberdeen abgehalten wurde, drängte ich darauf, wegen des Waffenstillstandes zum Abschluß zu kommen, so daß die Sitzung sich bis in die Nacht hinzog. Die übrigen Mitglieder der Konferenz

später Vorschlagmeister bis 1841. Er starb i. J. 1848. — Lord Goderich (Graf Ripon), geb. i. J. 1782, Staatssekretär im Ministerium Portland (1807), Schatzkanzler (1823), trat als Minister für die Kolonien i. J. 1827 in das Oberhaus. Später (1833) Siegelbewahrer und (1841) Handelsminister. Er starb i. J. 1859. — Lord Althorp (Graf Spencer), geb. i. J. 1782, Mitglied des Unterhauses (1806), Vorkanzler (1830), trat vier Jahre später in das Haus der Lords; zog sich nach dem Sturz des Ministeriums Grey zurück und starb i. J. 1845. — John Lambton, Graf Durham, geb. i. J. 1782 zuerst Mitglied des Unterhauses, i. J. 1828 zum Pair von England ernannt, Justizminister im Ministerium Grey, Botschafter in Petersburg (1833) und i. J. 1838 Gouverneur der englischen Kolonien in Nordamerika. Er starb i. J. 1840. — Henry Richard Fox, Lord Holland, ein Neffe des berühmten Fox, geb. i. J. 1773, folgte seinem Vater im Oberhause, wurde Justizminister von 1807 und i. J. 1830 Kanzler von Lancaster bis zu seinem Tode i. J. 1840. — George Eden, Graf Auckland, geb. i. J. 1784, trat in das Unterhaus i. J. 1810 und vier Jahre später, nach dem Tode seines Vaters, in das Haus der Lords. Im Ministerium Grey Handelsminister und Münzmeister, und i. J. 1834 unter Lord Melbourne Erster Lord der Admiralität. Von 1842 Generalgouverneur von Indien. Er starb i. J. 1849.

1) Außerdem trat der Marschall Gérard als Kriegsminister an Soult's Stelle, und der Graf d'Argout wurde Marineminister.



teilten darin meine Ansicht, denn mir lag sehr daran, wenigstens diesen Punkt zu erledigen, um damit dem neuen Kabinett entgegenzutreten zu können, das dann genötigt war, auf dem eingeschlagenen Wege weiterzugehen, den wir bereits geebnet hatten. Die englischen Minister mußten jedenfalls eine Erklärung über die belgisch-holländische Frage abgeben, und eine solche Erklärung würde nicht ohne Einfluß auf die weiteren Beratungen der provisorischen Regierung in Brüssel bleiben.

Wir hatten dabei freilich mit zwei Strömungen zu kämpfen: die einen schlugen die Belgier und die anderen die Holländer zu hoch an, und ich bemühte mich, im Interesse beider zu labieren, ohne sie zu verletzen. Es gelang mir auch nach Wunsch und man wird später sehen, daß das englische Kabinett mir zustimmte und die verschiedenen, oft sehr verwickelten Ansprüche auszugleichen wußte, und nicht allein in der belgischen Frage, sondern auch in Bezug auf ganz Europa.

Um dies noch besser zu verstehen, möchte ich einen kurzen Blick auf die damalige Stimmung der verschiedenen fremden Kabinette werfen, dem ich dann noch eine kurze Skizze ihrer Bevollmächtigten bei der Konferenz folgen lassen werde.

Österreich, durch die Julirevolution gewaltig in Schrecken gesetzt, und nicht minder durch die Volksaufstände in Braunschweig, Sachsen und Hessen<sup>1)</sup>, fuhr fort, in Deutschland die Zwietracht zu schüren, in der Hoffnung, die Bundesarmee zur Mobilmachung zu treiben, um dann selbst gleichfalls mit einem Heer vorrücken zu können. Metternich, weit entfernt, zu bedauern, dem Zeitgeist nicht einige Konzessionen gemacht zu

1) In Braunschweig war am 7. September 1830 ein Volksaufstand ausgebrochen, insofern der Herzog Karl, der sich stets geweigert hatte, die Verfassung von 1820 anzuerkennen, nach England flüchtete und die Regierung seinem Bruder Wilhelm überlassen mußte. In Hessen-Kassel hatte das Volk sich gleichfalls gegen den Landgrafen empört, der sich nach Hanau zurückzog und von dort eine sehr liberale Verfassung erließ. In Sachsen endlich waren Dresden und Leipzig der Schauplatz sehr ernster Unruhen; der König Anton wurde gezwungen, sein Ministerium zu entlassen und eine Verfassung zu versprechen.

haben, ärgerte sich, denselben nicht noch mehr gefesselt zu sehen und dachte lebhaft daran, das Versäumte nachzuholen.

Rußland war in derselben Verfassung; es rüstete gewaltig und wollte den Oberbefehl dem Marschall Diebitsch<sup>1)</sup> übertragen, den der Zar nach Berlin geschickt hatte, um mit Hilfe österreichischer Intriguen den Kronprinzen und Ancillon gegen den Grafen Bernstorff aufzuheizen und den König von Preußen zu einem bewaffneten Einschreiten zu gewinnen, das Holland so sehnlich verlangte.

Glücklicherweise widerstand Friedrich Wilhelm III., nach seinen bereits gemachten Erfahrungen und weil er die Stimmung in Deutschland wie in Rußland sehr gut kannte, diesen Versuchungen, und ich muß durchaus hinzufügen, auch infolge der Ehrenhaftigkeit seines Charakters. Wird er aber auf die Dauer standhalten und nicht endlich doch der Preßion unterliegen? Von der Lösung dieser Frage hing der europäische Friede ab. Übrigens kamen auch noch andere Fragen hinzu; zunächst diese, wie die nordischen Mächte den Ministerwechsel in England aufnehmen würden — nachgebender, oder anspruchsvoller. Hielten sie sich für kräftig genug, das Whigministerium zu bekämpfen, das sie jedenfalls nicht für sich gewinnen konnten, oder mußten sie noch weiter rüsten, um einen letzten Trumpf auszuspielen?

Diese Gedanken und Eventualitäten beschäftigten mich sehr, und ich wollte sie auf der nächsten Konferenz entwickeln, die der neue Minister des Aeußeren, Lord Palmerston, gewiß sehr bald zusammenberufen mußte. Die Konferenz bestand

1) Graf Diebitsch-Sabalkanski, geb. in Schlesien i. J. 1785, wurde schon vom zwölften Jahre an im Berliner Kadettenkorps erzogen und trat i. J. 1801 in russische Dienste, machte die Feldzüge von 1805, 1806 und 1807 mit, schloß mit England und Preußen i. J. 1813 den Vertrag von Reichenbach und wurde nach der Schlacht bei Leipzig General. Im russisch-türkischen Feldzuge (1829) überschritt er siegreich den Balkan (weshalb sein Beiname) und wurde zum Feldmarschall ernannt. Im polnischen Feldzuge von 1831 (Strofenka) hatte er weniger Glück, starb aber noch in demselben Jahre an der Cholera.

jetzt aus den folgenden Mitgliedern: Fürst Paul Esterházy<sup>1)</sup> vertrat Österreich; er fungierte schon seit fünfzehn Jahren als österreichischer Botschafter in London, wo er in den aristokratischen Kreisen sehr beliebt war. Unter einem feinen, liebenswürdigen Benehmen und einem sich stets gleichbleibenden guten Humor, verbirgt er weit mehr Schlaueit und Geschäftskennntnis, als man bei ihm vermuten sollte.

Als ungarischer Grandseigneur ist er schon als solcher weit liberaler, als Metternich, und sein langer Aufenthalt in England, wo er das konstitutionelle Regierungssystem praktisch kennen lernte, hat seine Ansichten erweitert und ihn für die Konzessionen, die man der europäischen Politik machen mußte, sehr empfänglich gemacht. Bald darauf schickte Metternich ihm den Baron von Wessenberg als Botschaftsrat, sei es, um den Baron aus Wien zu entfernen, wo er ihm lästig war, oder um den Fürsten Esterházy einen Adlatus zu geben, der ihn von einem allzufreien Vorgehen abhalten sollte. Im letzteren Falle täuschte sich Metternich, aber sehr, denn Wessenberg, den ich von Wien her recht gut kannte, war wohl ein kenntnisreicher Beamter und auch ein fleißiger Arbeiter, aber weiter nichts; der staatsmännische Scharfblick fehlte ihm durchaus, denn er hielt sich immer an Kleinigkeiten; im übrigen ein guter, ehrlicher Mann, der alles zu wissen glaubte, weil er vierzig Jahre lang alle diplomatischen Salvadereien von Europa mitangehört hatte.

Der preußische Bevollmächtigte, Baron von Bülow<sup>2)</sup> besitzt große Geschäftskennntnis und ist dabei ein geistreicher Mann,

---

1) Paul Anton, Fürst Esterházy von Galantha, geb. i. J. 1786, trat früh in die Diplomatie, war zuerst Gesandter in Dresden (1810), dann in Rom (1814) und später Botschafter in London, zum erstenmal von 1815 bis 1818 und zum zweitenmal von 1830 bis 1833. J. J. 1848 kurze Zeit Minister des Aeußeren im ungarischen Ministerium Batthyányi. zog er sich vor Ausbruch des Kampfes zurück. Er vertrat mit außerordentlichem Glanz Osterreich bei der Kaiserkrönung Alexanders II. in Moskau (1853) und starb i. J. 1866.

2) Baron Heinrich von Bülow, geb. i. J. 1790, machte die Feldzüge von 1814 und 1815 mit, wurde nach dem Frieden zum Gesandten in Frankfurt ernannt, und

aber nach preußischem Zuschnitt; übrigens gewandt und manchmal durchtrieben. Er ist mit einer Tochter Wilhelms von Humboldt vermählt, teilt aber nicht die zügellose antifranzösische Gesinnung seines Schwiegervaters, die mir auf dem Wiener Kongreß so unbequem war. Der Baron von Bülow hat immer zwischen den beiden Parteien am Berliner Hofe zu vermitteln gesucht, zwischen dem alten, verständigen und vorsichtigen König und dem Kronprinzen, der jeden Tag von heute auf morgen seinem Vater nachfolgen kann und der sich nach Rußland hinneigt. Mehr als einmal bin ich schon genötigt gewesen, den Baron von diesen ganz aussichtslosen Bemühungen abzuführen und ihm eine unbefangene Würdigung der augenblicklichen Lage zu empfehlen.

Rußland hat zwei offizielle Vertreter auf der Londoner Konferenz: den Fürsten Lieven und den Grafen Matusiewicz. Der letztere, ein Pole von Geburt, wurde in Frankreich erzogen und darf sich mit Recht rühmen, den großen Ehrenpreis der Pariser Universität i. J. 1811 davongetragen zu haben. Der Graf ist auch an Bildung und Geschmack ganz französisch und weiß außerdem mit der Feder vortrefflich umzugehen. Er war nach London geschickt worden, um an den Verhandlungen über die griechischen Angelegenheiten teilzunehmen, und war dann, und zwar als interimistischer Vertreter von Rußland, während der Abwesenheit des eigentlichen Botschafters, des Fürsten Lieven, dort geblieben, und als solchen hatte ich ihn bei meiner Ankunft in London kennen gelernt. In der belgischen Frage zeigte er sich von Anfang an sehr versöhnlich, obwohl er den Widerwillen seines Herrn gegen die neue Ordnung der Dinge in Frankreich recht gut kannte; als aber Polen

---

i. J. 1817 zum Botschaftssekretär in London. Er ging darauf nach Berlin zurück und trat in das Ministerium des Aeußeren. Preußischer Gesandter in London von 1827 bis 1840, dann vorübergehend in Frankfurt, und i. J. 1842 zwei Jahre lang Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Berlin. Er starb i. J. 1846.

sich später empörte, bedurfte der Graf seiner ganzen Verschlagenheit, um sich auf seinem Posten in London zu behaupten. Da er selbst ein Pole und noch dazu ein guter Patriot war, so befand er sich in einer zweideutigen Lage, die oft unsere Beratungen erschwerte.

Was den Fürsten Lieven betrifft, so muß ich ihm hier das offene Zeugnis geben, daß er durch sein loyales Wesen, mit welchem er oft den leidenschaftlichen Ausbrüchen des Zaren, entgegentrat, uns sehr nützlich wurde. Der Fürst besitzt mehr Verstand als man ihm gewöhnlich zuerkennt, doch daran ist nur seine Gemahlin schuld, die ihn weit mehr in Schatten stellt, als er verdient. Ich hörte oft in London, daß er sich dem englischen Kabinett nur deshalb entgegenkommend zeigt, um auf seinem Posten zu bleiben, was ich indes nicht glaube, denn er wurde später doch abberufen.

Um übrigens ein vollständiges Bild der russischen Botschaft in London und der wichtigen Rolle zu geben, die sie dort spielte, darf ich die Fürstin Lieven nicht vergessen; denn gerade sie würde mir mein Schweigen gewiß nicht verzeihen. Die Fürstin befand sich seit neunzehn Jahren in London, wohin sie i. J. 1812 mit ihrem Gemahl gekommen war, als der Kaiser Alexander, nach dem unsinnigen russischen Feldzuge Napoleons, das Bedürfnis fühlte, sich dem englischen Kabinette wieder zu nähern.

Dabei muß man bedenken, daß es zu jener Zeit schon seit mehreren Jahren kein diplomatisches Corps in London gab, denn fast alle Kabinette des Continentes waren von Napoleon gezwungen worden, wenigstens offiziell, keine Vertreter an den englischen Hof zu schicken. Deshalb machte dort die plötzliche Ankunft einer russischen Gesandtschaft außerordentliches Aufsehen. Der Prinz-Regent, der Hof, die Aristokratie, ja, man konnte sagen, die ganze Nation kamen dem Vertreter des russischen Kaisers mit einer an Begeisterung grenzenden



Freude entgegen; man überhäufte den Fürsten mit allen denkbaren Aufmerksamkeiten und seine Gemahlin nicht minder, die bereits in Berlin zu einer gewissen Berühmtheit gelangt war. Am englischen Hofe, wo es keine Königin gab, fiel der Fürstin von Rechts wegen der erste Platz zu, und der Prinz-Regent lud sie nach Brighton ein, wo ihre Gegenwart die Marquise von Coningham protegierte, die von den vornehmen englischen Damen nicht gern gesehen wurde. Gar bald stand die Fürstin an der Spitze der gesamten eleganten Welt in London, und von da an datiert auch ihr Einfluß auf alle aristokratischen Kreise. Sie verdankte dies hauptsächlich ihrer Liebenswürdigkeit und ihrer hohen geistigen Begabung, denn eigentlich schön ist sie niemals gewesen; sie mußte aber mit dem zunehmenden Alter die entschwundene Jugend durch eine gewinnende Würde zu ersetzen, die manchmal vielleicht etwas Gebieterisches hatte, indes keinen je verletzte. Sie hat viel natürlichen Verstand ohne weitere positiven Kenntnisse, auch hat sie, was überaus seltsam erscheinen mag, so gut wie nichts gelesen, und doch schreibt sie ein ausgezeichnetes Französisch in einem originellen und ungezierten Stil. Sie schreibt auch besser als sie spricht, denn in der Unterhaltung ist sie zu lebhaft und wirft alle möglichen Kreuz- und Querfragen hinein, weil sie alles wissen und kennen will. Oft sollte man glauben, sie gefalle sich darin, den einen oder den anderen durch ihre pikanten Bemerkungen in Verlegenheit zu setzen, wenigstens erging es mir so, als ich ihr kurz nach unserer ersten Bekanntschaft in einer zahlreichen Gesellschaft begegnete. „Sagen Sie, was Sie wollen, Fürst“, wandte sie sich plötzlich an mich, „was sich jetzt in Frankreich zugetragen hat, ist doch im Grunde nichts weiter, als eine flagrante Usurpation.“ — „Sie haben vollkommen recht, Durchlaucht“, erwiderte ich verbindlich, „es ist ganz und gar das, was Ihr allergnädigster Herr und Gebieter, der Zar, bereits vor fünfzehn Jahren in Vorschlag gebracht

hat<sup>1)</sup>." Von jenem Tage an provozierte sie mich nicht mehr, und wir standen zu einander in den angenehmsten Beziehungen, wenn auch nur äußerlich, denn im geheimen suchte sie doch oft meinen Einfluß zu schwächen und mir manchen Stein in den Weg zu legen, vollends nach dem eingetretenen Ministerwechsel. Die Fürstin war übrigens in ihren politischen Ansichten sehr unbeständig, was sie schon dadurch bewies, daß sie jeden neuen Minister auf Kosten der früheren bevorzugte. So wandte sie sich nach Wellingtons Sturz, mit dem sie stets auf einem sehr intimen Fuße gestanden, sofort Canning zu und vernachlässigte den Herzog in auffallender Weise, und als nach Canning's Tode Wellington von neuem zu seinem ehemaligen Einfluß gelangte, suchte sie die alten freundschaftlichen Beziehungen wieder anzuknüpfen. Als ihr dies aber nicht sonderlich glückte, ließ sie alle ihre Künste spielen, um Lord Grey zu gewinnen, und nicht ohne gewissen Erfolg, was ich oft selbst Gelegenheit hatte, zu beobachten.

Zur Vervollständigung dieser kleinen Skizze über die Persönlichkeiten der Konferenz muß ich noch einige Worte über den Nachfolger Aberdeens, Lord Palmerston, sagen.

Palmerston ist wohl einer der gewandtesten, wenn nicht geradezu der gewandteste von allen Diplomaten, die mir in meinem ganzen Leben begegnet sind. Er vereinigt in sich alle Eigenschaften und Fähigkeiten, die zu einem englischen Staatsmanne gehören: vielumfassende Kenntnisse jeglicher Art, unermüdlige Thätigkeit, eiserne Gesundheit, unerschöpfliche Hilfsquellen in seinem eigenen Geiste und große Beredsamkeit im Parlament, ohne eigentlich das zu sein, was man in England einen »great debater« nennt. Es kommt ihm mehr darauf an, in seinen Reden den Gegner durch Ironie und Sarkasmus zu schlagen, als seine Zuhörer zu überzeugen; sie werden es

1) Man erinnert sich wohl, daß der Kaiser Alexander bei der Zweiten Restauration weit mehr für die Orleans, als für die Bourbonen Partei nahm.

nachher von selbst; und zu all diesem kommen alsdann noch seine gesellschaftliche Formen und eine elegante Erscheinung. Nur ein Zug seines Charakters wirft einen Schatten auf seine sonstige Überlegenheit und verhindert ihn, ein wirklich vollendeter Staatsmann zu sein: er ist zu leidenschaftlich, und dies geht manchmal so weit, daß er die wichtigsten Interessen seiner eigenen Erregtheit opfert; fast jede politische Frage behandelt er wie eine persönliche, und wenn es scheint, er spreche nur für die allgemeine Wohlfahrt, so verfolgt er im stillen dabei immer noch den Zweck, jemand zu schaden, oder sich an ihm zu rächen. Dabei weiß er diese geheimen Nebengedanken sehr geschickt mit einem, wenn ich so sagen darf, patriotischen Schleier zu umhüllen und eben dadurch auf die öffentliche Meinung sehr günstig einzuwirken, so daß er sich dieselbe dienstbar macht. Ich werde noch mehrfach Gelegenheit haben, gerade auf diesen Punkt zurückzukommen, der es zugleich hinreichend erklärt, weshalb der Lord sich stets eine gewisse Popularität bewahrt hat, gleichviel mit welcher Partei er es hielt, ob mit den Tories, oder den Whigs, oder gar mit den Radikalen. Wenige verstehen es, die patriotische Saite John Bulls so geschickt erklingen zu lassen, wie er. Ich konnte mich mit ihm in den ersten Monaten der Konferenz vortrefflich verständigen und habe diesem Umstande zumeist die glücklichen Erfolge zu verdanken.

Ich kehre jetzt, nachdem ich von den betreffenden Personen gesprochen, wieder zu den Geschäften zurück.

Lord Grey hatte, um was ich ihn speciell gebeten, seine Antrittsrede im Parlament zu der Erklärung benutzt, daß die Politik des neuen Ministeriums sich zunächst auf Erhaltung des Friedens richten werde, und nicht minder auf die Fortdauer eines freundschaftlichen Verhältnisses zu Frankreich; er hatte sogar hinzugefügt, wie sehr es ihn freue, die Regierungen beider Länder auf denselben Principien begründet zu sehen. Diese Rede machte einen sehr guten Eindruck. Unsere Beziehungen

zu England hatten jetzt eine solide Basis, und es galt, davon den größtmöglichen Nutzen zu ziehen.

Ein Zwischenfall trat ein, der die Kabinette von Wien und Berlin, und besonders das von Petersburg in starke Aufregung versetzte und das Zusammengehen Frankreichs und Englands noch nötiger machte. Der belgische Kongreß hatte nämlich, noch vor Annahme des Waffenstillstandes, die definitive Ausschließung des nassauischen Hauses von einer eventuellen Regierung des Landes fast einstimmig votiert. Glücklicherweise hatte das französische Kabinett sich schon früher gegen diese Maßregel auf das deutlichste ausgesprochen, so daß unsere redlichen Absichten keinem Zweifel unterliegen konnten.

Als die Konferenz sich zum erstenmale unter dem Vorsitz Palmerstons versammelte, der uns die Ratifikation des vorgeschlagenen Waffenstillstandes, sowohl aus dem Haag, wie aus Brüssel, anzeigte, bat ich, mir einige darauf bezügliche Bemerkungen zu gestatten und dieselben den Bevollmächtigten zur Mitteilung an ihre Höfe zu empfehlen. Ich äußerte mich darauf folgendermaßen:

„Wir haben jetzt, geehrte Herren, die beruhigende Sicherheit, daß die Feindseligkeiten und mit ihnen das Blutvergießen zwischen Holland und Belgien beendet sind, und es handelt sich nun für uns darum, uns über die Mittel und Wege zu verständigen, die uns obliegenden schwierigen Aufgaben befriedigend zu lösen.

Dies wird uns aber nur dann gelingen, wenn wir alle vom Geiste der Versöhnung erfüllt sind und nie unser Hauptziel aus den Augen verlieren, nämlich die Erhaltung des Friedens, dessen wir so sehr bedürfen. Wir können unmöglich in Abrede stellen, daß, welche Ursachen auch die jüngste Revolution in Frankreich hervorgerufen haben, doch die übrigen Throne Europas dadurch in Mitleidenschaft gezogen sind, und daß überall das Princip der obersten Gewalt stark erschüttert

wurde. Ich beklage dies mit Ihnen, und gewiß ebenso aufrichtig, wie Sie, und weiß kein anderes Gegenmittel zur Bekämpfung des Übels, als hier fest in dem obenangedeuteten Sinne zusammenzuhalten. Seien Sie überzeugt, daß eine jede der hier von uns vertretenen Regierungen sich stark fühlen wird, wenn sie im Namen der innig verbündeten fünf europäischen Großmächte auftreten und mitreden darf. Die französische Regierung hat Ihnen bereits einen Beweis von der Aufrichtigkeit ihrer Gesinnung gegeben, indem sie sich entschieden gegen die Ausschließung des nassauischen Hauses vom belgischen Thron ausgesprochen, und ich bedauere, daß dieser Protest ohne Erfolg geblieben ist. Suchen wir jetzt, dies auf loyale Weise, soweit es thunlich ist, wieder gut zu machen.

Was aber auch immer der Erfolg unserer Bemühungen sein mag, wir wollen uns auf alle Eventualitäten gefaßt machen und unsere Festigkeit und unser gegenseitiges Vertrauen zu einander bewahren, damit uns die Segnungen des Friedens erhalten bleiben.“

Diese Worte, die jedenfalls das Verdienst hatten, aufrichtig zu sein, machten einen so guten Eindruck, daß ich mir wohl eine günstige Wirkung davon versprechen darf.

Wir kamen nun überein, der nassauischen Partei in Belgien den nötigen Spielraum zu lassen, um die Mitglieder des Kongresses für den Prinzen von Oranien günstiger zu stimmen, und wollten uns zunächst mit der verwickeltesten Grenzregulierung zwischen beiden Ländern befassen, alsdann mit der schwebenden Schuld der Niederlande, und schließlich mit der luxemburgischen Frage, soweit dieselbe die deutschen Bundesstaaten betraf.

Während dieser Beratungen erschien plötzlich in London ein Abgesandter des neuen französischen Ministeriums in der Person des Grafen Flahaut. Die Mission dieses Herrn war eine ganz eigentümliche und sehr komplizierte. Außerlich diente



ihm nur ein Besuch in London zum Vorwand, den er einzelnen Mitgliedern des neuen englischen Cabinettes abtatten wollte, zu denen er schon früher in freundschaftlichen Beziehungen gestanden, und mir war die Gegenwart des Grafen unter den augenblicklichen Verhältnissen recht angenehm.

Bald aber entdeckte ich, daß er zu einem ganz anderen Zweck nach London gekommen war: er sollte nämlich das Terrain sondieren, und zwar für sich selbst als zukünftigen französischen Botschafter, wenn ich vielleicht mich veranlaßt sehen möchte, meinen Posten aufzugeben. Er überbrachte mir Briefe des Generals Sebastiani, welche den Wunsch enthielten, mich über die auswärtige Politik Frankreichs auszusprechen, und außerdem sollte der Graf mir noch konfidentielle persönliche Mitteilungen machen über die Lage in Belgien, jetzt nach der Erklärung des belgischen Kongresses wegen der definitiven Ausschließung des Hauses Nassau.

Der Graf Flahaut entwickelte mir nun einen Plan, den der bereits früher erwähnte Graf von Selles mit einigen anderen Intriguanen seiner Sorte ausgeheckt, und den, wie ich annehmen mußte, der General Sebastiani gebilligt hatte, nämlich den folgenden:

Belgien hat das Haus Nassau abgelehnt, der König Ludwig Philipp hat die Wahl seines Sohnes, des Herzogs von Nemours, zum König des neuen Staates gleichfalls abgelehnt, es giebt also jetzt nur noch ein Mittel, die Frage zu lösen, und zwar durch die Teilung Belgiens.

Wenn man nun diese Teilung in der Weise vornimmt, daß die benachbarten Mächte davon profitieren, so kann man bestimmt auf ihre Einwilligung rechnen. Zuerst soll der König der Niederlande einen Teil des Landes zurückbekommen, was er jedenfalls dem Verluste des ganzen vorziehen wird, Preußen bekommt den seinigen, und Frankreich natürlich den größten, und um die Einwilligung Englands zu erhalten, die es sonst

nicht geben würde, soll England die Stadt Antwerpen mit der Schelde bis zum Meer bekommen. Und für diese herrliche Kombination sollte der Graf Flahaut sich bemühen, meine Zustimmung zu gewinnen!

Ich bedurfte keiner großen Dialektik, um dem Grafen das Unsinnsige und zugleich Gefährliche eines solchen Projektes begreiflich zu machen, das den wahren Interessen Frankreichs völlig widersprach, selbst wenn die anderen Mächte damit einverstanden sein sollten. Und wie hätte es dann mit der Erhaltung des europäischen Friedens ausgesehen!

Ich mußte ihn daran erinnern, wie große Opfer Frankreich in früheren Jahrhunderten gebracht und wieviel Blut es vergossen hatte, um die Engländer vom Kontinent zu vertreiben, und fügte persönlich für mich die feierliche Erklärung hinzu, daß ich mir eher die rechte Hand würde abhauen lassen, bevor ich mit ihr ein Aktenstück unterschriebe, das die Engländer zurückriefe. Auch die Vergrößerung Preußens an unseren nördlichen Grenzen wäre mir höchst unwillkommen gewesen. Ich verwarf also mit Heftigkeit und ein bißchen von oben herab einen Plan, der sich gegen alle gesunde Politik richtete und vollständig den Stempel einer Intrigue an sich trug.

Nach meiner Überzeugung gab es nur einen möglichen Ausweg, um die belgische Frage in einer auch für Frankreich vorteilhaften Weise zu lösen, nämlich ein unabhängiges Königreich Belgien zu schaffen und diesem Königreiche irgend einen Fürsten zum Regenten zu geben, der nicht mächtig genug sein durfte, um uns gefährlich zu werden, und auch nicht in der Lage, die gegen uns errichteten Grenzfestungen mit starken Besatzungen zu versehen.

Mit dieser Antwort war der Graf Flahaut genötigt, sich zufrieden zu geben; er kehrte damit nach Paris zurück und zugleich mit einer Depesche, die ich ihm für den General Sebastiani gegeben. Diese Depesche lautete folgendermaßen:

„London, den 27. November 1830.

Mein verehrter General!

Ich bin Ihnen sehr verbunden, daß Sie den Grafen Flahaut veranlaßt haben, nach London zu kommen; er ist mit den neuen Ministern recht befreundet und mir dadurch vielfach von Nutzen gewesen. Sein scharfer Verstand ließ ihn immer die rechten Worte finden, wenn es galt, unseren Vorteil wahrzunehmen.

Ich gehe jetzt sofort dazu über, Ihre an mich gerichteten Fragen zu beantworten in Bezug auf die äußere Politik, die Frankreich unter den augenblicklichen Umständen zu befolgen hat. Da ist meine Meinung diese:

Frankreich soll zunächst nicht daran denken, Allianzen zu schließen, das, was man so Allianzen nennt; es soll sich aber mit allen Staaten auf einen guten Fuß zu stellen suchen und mit einigen wenigen auf einen recht guten, d. h. freundschaftliche Beziehungen mit ihnen pflegen, die dann bei politischen Ereignissen zur Geltung kommen.

In früheren Zeiten schloß man die sogenannten Allianzen nach anderen Principien ab; heutzutage bedingen die Fortschritte der Civilisation die nähere Verbindung zwischen den Staaten. Wir müssen uns deshalb denjenigen anzuschließen suchen, die civilisatorisch am meisten entwickelt sind, dann sind die Gesandtschaften gewissermaßen unsere Familienmitglieder. Dies weist uns zu allererst auf England hin, als diejenige Macht, zu der wir in wirklich intime Beziehungen treten müssen, denn es ist die einzige Macht, mit welcher wir viele Regierungsgrundsätze gemein haben. In einigen Punkten sind wir den Engländern voraus, in anderen dagegen die Engländer uns, und durch gegenseitige Ergänzung wird die Verbindung noch inniger. Überdies kann, seitdem wir den größten Teil unserer Kolonien verloren haben, von einer Rivalität zwischen uns nicht die Rede sein.

Europa befindet sich in diesem Augenblicke in einer Krisis; das ist sicher, und England ist das einzige Land, das gleich uns aufrichtig den Frieden will. Die anderen Mächte erkennen noch immer irgend eine Art von göttlichem Recht an, Frankreich und England nicht mehr. Auch das Princip der Nichtintervention in die inneren Angelegenheiten der Staaten wird von uns beiden befolgt, und dadurch ist gleichfalls eine Sympathie zwischen den beiden Nationen entstanden. Diese guten Beziehungen müssen wir recht zu kultivieren suchen, um Europa den Frieden zu sichern. Mögen andere Staaten nicht so friedlich gesinnt sein, es genügt, daß Frankreich und England offen erklären, daß sie den Frieden wollen, und diese Erklärung, welche von den mächtigsten und civilisirtesten Vändern ausgeht, wird sich schon deshalb Gehör verschaffen, weil sie derselben den nötigen Nachdruck geben können.

Einzelne von jenen Kabinetten, die sich noch unter das Banner des göttlichen Rechtes geschart haben, scheinen gerade jetzt den Wunsch zu hegen, sich enger aneinander anzuschließen, was sie um so leichter können, weil sie denselben Grundsätzen huldigen. Hier und da treten jene Grundsätze allerdings weniger deutlich hervor, aber sie existieren noch überall. Diese Mächte schützen dann ihr göttliches Recht mit ihren Kanonen. Frankreichs und Englands Kanonen sind die neuen Ideen, und diese reichen weiter, als die Kugeln der Geschütze. So findet Europa sich zur Zeit durch zwei verschiedene Regierungsmaximen getrennt; zu ihrer Aufrechthaltung stehen auf der einen Seite die russischen und österreichischen Armeen obenan, und auf der anderen die nicht minder mächtigen Streitkräfte der öffentlichen Meinung, und diese hat auch ihre Parteigänger längst im anderen Lager; in Frankreich finden sich ihre Antagonisten nur noch im Faubourg Saint-Germain. Auf die Wage gelegt, muß die Zunge sich zu unseren Gunsten neigen, vorzüglich, wenn es uns gelingt, Preußen für unsere Ideen zu gewinnen,

das ihnen schon viel näher steht, als die anderen Staaten des Nordens. Dies sollten, meiner Meinung nach, die Kabinette von London und Paris niemals aus den Augen verlieren. Ich habe diese Ansichten gestern dem Lord Palmerston in einer längeren Unterredung entwickelt und heute auch mit Lord Grey eingehend darüber gesprochen; beide teilen meine Anschauungsweise und werden dem englischen Gesandten in Berlin die nötigen Weisungen zugehen lassen. Es wäre sehr gut, wenn wir dort einige zuverlässige und geschickte Agenten hätten.

Sie sehen, verehrter General, daß ich mich bemüht habe, Ihre Fragen, so gut ich konnte, zu beantworten; anstatt meines Briefes müßte ich eigentlich ein Buch schreiben, das aber vielleicht nicht besonders ausfallen würde, was indes auch wohl von diesem Briefe gilt.

Ich will nun die obigen Bemerkungen noch direkter auf unsere augenblicklichen Unterhandlungen beziehen. Frankreich muß hier durchaus immer mit England zusammengehen, und das neue englische Ministerium wird uns dies sehr erleichtern, was schon aus der Sendung des Barons Langsdorf<sup>1)</sup> nach Brüssel hervorgeht. Der Brief des Grafen Pozzo an den Grafen Matuszewicz, der sich höchst anerkennend über seine Unterredung mit Ihnen ausspricht, bezeichnet den Zweck dieser Mission sehr deutlich.

Hoffentlich werden wir unseren Zweck erreichen, oder die Belgier müßten den Verstand verloren haben, obwohl es sehr

---

1) Baron Emil von Langsdorf, geb. i. J. 1804, war i. J. 1828 Botschaftssekretär in Florenz und gehörte im Juli 1830 zu der Deputation, welche Karl X. ersuchte, die schlimmen Ordonnanzen zurückzuziehen. Nach seiner Mission an den Kongreß in Brüssel war er in den meisten Hauptstädten Europas als französischer Gesandtschaftssekretär thätig, ging auch als Geschäftsträger nach Rio de Janeiro und später nach Baden und dem Haag. Er starb i. J. 1867, nachdem er sich nach der Februarrevolution aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen.

Der Baron von Langsdorf war es auch, der dem belgischen Kongreß die dringende Mahnung der französischen Regierung überbrachte, das Haus Nassau nicht auszuschließen, welche Mahnung bekanntlich erfolglos blieb.



schwer ist, auf die Hauptpersonen des Kongresses einzuwirken, weil die Priester die eigentlichen Leiter der Volksbewegung sind, und ganz im stillen die Beratungen beeinflussen. Aus meinen Besprechungen mit Palmerston und Grey schien mir hervorzugehen, daß beide, wenn der Prinz von Dranien gar keine Aussichten hat, wohl den Erzherzog Karl in Vorschlag bringen möchten. Mir gefiel diese Idee nicht, denn ein österreichischer Prinz auf dem belgischen Thron würde zu sehr einer Restauration ähnlich sehen, wobei ich die Herren an den Anspruch des Ministers Fox erinnerte, den ich vor fünfzehn Jahren freilich selbst vergessen hatte: „Die schlimmste von allen Revolutionen ist eine Restauration.“

Ich habe bis jetzt noch keinen Namen ausgesprochen, obgleich ich den Namen des Prinzen Karl von Bayern schon oft auf der Zunge hatte<sup>1)</sup>. Er ist katholisch, achtundvierzig Jahre alt und gilt für einen Mann von Geist und festem Charakter. Noch hat hier kein Mensch an ihn gedacht, und wenn Frankreich ihn in Vorschlag bringt, so hat es Bayern gegenüber ganz allein das Verdienst davon. Schließlich muß ich auch noch von Griechenland sprechen. Bis jetzt hat noch keine der Großmächte in dieser Beziehung einen Vorschlag gemacht, denn die belgische Frage nimmt sie zu sehr in Anspruch; kein Minister hat auch nur ein Wort darüber fallen lassen<sup>2)</sup>.

1) Prinz Karl Theodor von Bayern, ein jüngerer Bruder des Königs Ludwig I., war damals 35 Jahre alt und nicht, wie Talleyrand meint, 48. Er war i. J. 1795 geboren und starb i. J. 1876.

2) Die Londoner Konferenz hatte sich auch mit den griechischen Angelegenheiten zu befassen. Durch den Frieden von Adrianopel (14. September 1829) zwischen Rußland und der Türkei war die Unabhängigkeit Griechenlands anerkannt worden, und es handelte sich nur noch darum, für das neue Königreich einen König zu finden. Viele Kandidaten kamen dabei in Vorschlag: Der Herzog von Nemours, der Prinz Karl von Bayern und sein Bruder, der Prinz Otto, der Prinz Johann von Sachsen, der Prinz von Hessen-Homburg, der Herzog Bernhard von Sachsen und der Prinz Leopold von Sachsen-Koburg. Der letztere hatte sogar unter Zustimmung aller Mächte schon angenommen, aber unter Vorbehalt und trat später zurück. Erst i. J. 1832 wurde die griechische Thronfrage durch die Wahl des Prinzen Otto von Bayern erledigt.

Was schließlich Algerien betrifft, so rede ich nicht gern davon, und die Zeitungen thäten gut, es ebenso zu machen. Man muß sich erst an unsere Eroberung gewöhnen, und das beste Mittel dazu ist das Schweigen. Die Ansichten in England von der Sache haben sich schon wesentlich geändert, und wir werden bei den späteren Verhandlungen wohl nicht auf zu große Schwierigkeiten stoßen . . . .<sup>1)</sup>“

Der Graf Flahaut kehrte also mit dieser Depesche und mit meinen sonstigen Erklärungen über die belgische Frage nach Paris zurück. Später brachte man das Projekt noch einmal zur Sprache, aber auch da blieb ich, wie man sehen wird, fest auf meiner Ansicht bestehen. Was den Grafen Flahaut selbst betrifft, so ging er bald darauf als französischer Botschafter nach Berlin, sprach sich aber dort, anstatt im versöhnlichen Sinne auf das preußische Kabinett einzuwirken, so laut und unbedacht zu Gunsten der polnischen Frage aus, daß er schon nach zwei oder drei Monaten gezwungen war, seinen Posten zu verlassen, wobei er sich in seinem Ärger schwur, in Zukunft keine der drei Mächte, welche die Teilung Polens ins Werk gesetzt hatten, mehr mit seinen Befreiungsvorschlägen zu behelligen.

Der russische Botschafter, Fürst Lieven, war gegen Ende November von seinem Urlaub wieder in London eingetroffen (die Fürstin war in London geblieben) und beeilte sich, den englischen Ministern und auch mir im Namen seiner Regierung die beruhigendsten Versicherungen zu geben. Als ich ihn darauf

---

<sup>1)</sup> Die Nachricht von der französischen Expedition nach Algerien hatte eine mit großer Unruhe verbundene allgemeine Entrüstung hervorgerufen, und das englische Kabinett hatte der Regierung Karls X. sofort einen sehr drohenden Protest überreichen lassen, bei welcher Gelegenheit wir an die stolze Antwort des Königs erinnern möchten: „Herr Botschafter, alles, was ich für Ihre Regierung thun kann, ist, daß ich das, was Sie mir soeben gesagt haben, so gut als nicht gehört betrachte.“ Nach der Julirevolution zog England sofort mildere Saiten auf.

nach dem Zweck der Rüstungen Rußlands fragte, die Europa unleugbar beunruhigten, antwortete er mir ganz offenherzig: „Unsere Rüstungen, lieber Fürst, hat der König der Niederlande hervorgerufen, als er uns um Hilfe bat, und sie haben vorderhand keinen weiteren Zweck, als unsere militärische Kraft zu zeigen, wenn wir in die Lage kommen sollten, sie gebrauchen zu müssen. Aber das kann ich Ihnen auf das bestimmteste versichern, denn ich bin dazu ermächtigt, daß unsere Truppen nur in völliger Übereinstimmung mit den anderen vier Großmächten ins Feld rücken werden; sonst werden sie die Grenze nicht überschreiten. Ich erkläre Ihnen dies ausdrücklich und bitte Sie, es Ihrer Regierung mitzuteilen. Ich habe dem Lord Grey und dem Lord Palmerston genau dasselbe gesagt.“

Ich bemerkte ihm darauf, daß ich erfahren, daß Lord Grey ihn bereits speciell auf die Befürchtungen Frankreichs wegen dieser starken Truppenanhäufungen aufmerksam gemacht, und daß Frankreich dazu einen doppelten Grund habe, weil der russische Botschafter in Paris seine neuen Kreditive, die ihn bei Sr. Majestät Ludwig Philipp beglaubigen mußten, noch immer nicht erhalten habe, und fügte hinzu, daß er die politischen Verhältnisse Europas zu gut kenne, um nicht zu wissen, daß gerade jetzt zwischen den verschiedenen Staaten eine große Empfindlichkeit herrsche, und daß man alles thun müsse, dieselbe nicht zu steigern. Daraufhin gab der Fürst mir die Antwort: „Ich kann Ihnen auch hier versichern, daß unser Botschafter in Paris seine neuen Kreditive unverzüglich erhalten wird, wenn sie nicht schon jetzt in seinen Händen sind. Ich freue mich, Ihnen diese beruhigende Versicherung geben zu können.“

Ob Se. Majestät der Kaiser von Rußland es nun ehrlich meinte, oder nicht, konnte ich unmöglich wissen, aber der in Polen so plötzlich ausgebrochene Aufstand zwang ihn aus der

Not eine Tugend zu machen, denn er mußte jetzt seine Truppen in der Nähe behalten<sup>1)</sup>.

Der russische Botschafter hatte in den mir gegebenen Erklärungen vermieden, sich über die besondere Stellung Rußlands gegen Frankreich auszusprechen, aber ich empfahl der französischen Regierung in meinem nächsten Briefe, dies vorderhand auf sich beruhen zu lassen. Frankreich habe jetzt seinen Platz unter den Großmächten wiedergewonnen, darüber könne nicht der leiseste Zweifel herrschen. Wenn wir auch infolge unserer letzten Revolution eine besondere politische Stellung unter den europäischen Mächten einnahmen, so könnten wir uns doch mit derselben Freiheit wie sie an den Beratungen über die belgischen Angelegenheiten beteiligen. Es sei unsere Pflicht, stets das Prinzip der Nichtintervention beizubehalten, aber dies Prinzip ließe sich sehr gut mit der Wahrung der Grenzverträge vereinigen. „Sie werden gewiß meiner Ansicht beipflichten“, so schloß ich meinen Brief an den General Sebastiani, „daß wir gerade dadurch unseren politischen Einfluß in Europa kräftigen, denn eigentliche Schwierigkeiten können uns jetzt nur noch von den Belgiern selbst kommen. Sie erheben bereits ganz unannehmbare Ansprüche, denn sie sind in ihrem vollen Unrecht, wenn sie auf die Grenzbestimmungen vor dem Pariser Frieden vom 30. Mai 1814 zurückgreifen. Die Instruktionen Lord Ponsombhs sind ganz in meinem Sinne gegeben, denn er behauptet gleichfalls, daß die Belgier die Demarkationslinie fälschen wollen.

Allerdings will England die Unabhängigkeit Belgiens, und Lord Ponsombh, der heute Morgen nach Brüssel abgereist ist, soll diesen Punkt ganz außer Zweifel stellen. Er soll auch

---

<sup>1)</sup> Der polnische Aufstand vom Jahre 1830 begann in Warschau in der Nacht des 29. November. Ganz Polen griff zu den Waffen und stellte sich unter den Oberbefehl des Diktators Chlopicki. Nach einem zehnmonatlichen Kampfe blieb Rußland Sieger. Warschau wurde am 7. September 1831 genommen. (Vergl. im Anhang den Brief der Prinzessin Adelaide an Talleyrand.)

von neuem die Nichtintervention versichern, aber auch zugleich, in Übereinstimmung mit dem französischen Kabinett, hinzufügen, daß er allen Grenzübergreifen, ob von der einen, oder der anderen Seite, entgegentreten werde.“

Man sieht also hieraus, daß die englische Regierung fest entschlossen war, die unwiderrufliche Trennung Belgiens von Holland anzuerkennen; und daß diese Trennung geschehen konnte, ohne einen allgemeinen Krieg hervorzurufen, ist ein außerordentlicher Erfolg der französischen Politik. Wenn man nur die Republik nicht in Belgien proklamierte, so war die Wahl des Regenten für mich von nebensächlicher Bedeutung; denn ich war sicher, daß dieser Regent, gleichviel welcher, ein guter Nachbar, wo nicht ein treuer Verbündeter Frankreichs sein würde. Es war auch bereits eine neue Kombination aufgetaucht, die dem englischen Kabinett wie dem unsrigen recht annehmbar erschien. Man wollte den Prinzen Leopold von Sachsen-Koburg den Belgiern zum König vorschlagen, der dann, nachdem dieselben ihn angenommen und nachdem die Großmächte ihn anerkannt haben würden, sich mit einer Tochter Ludwig Philipps vermählen sollte. Ein recht glücklicher Gedanke, der aber vor seiner Verwirklichung noch auf mancherlei Hindernisse stieß<sup>1)</sup>.

So standen denn unsere Sachen sehr gut, und wenn der Konferenz durch den Eigensinn des Königs von Holland und durch die lächerlichen Ansprüche der Belgier noch vielfache Schwierigkeiten erwachsen, so herrschte doch unter den Mitgliedern stets dasselbe gute Einvernehmen, das eine endliche erfreuliche Lösung verbürgte.

Als überdies in den ersten Dezembertagen die Kunde von der polnischen Revolution in London eintraf, waren die drei

---

<sup>1)</sup> Vergl. hierüber im Anhang die Briefe Talleyrands an die Prinzessin Adelaide vom 13. und 14. Dezember und den Brief des Grafen Bresson an Talleyrand.



Großmächte, Rußland, Osterreich und Preußen, noch mehr genötigt, sich in der belgischen Frage recht verfühlich zu zeigen.

In Paris wirkten die Nachrichten aus Polen sehr aufregend und erhitzen sofort alle Köpfe, um so mehr, weil gerade der Prozeß gegen die Minister Karls X. begonnen und in der Bevölkerung schon viel böses Blut gemacht hatte. Die revolutionäre Partei suchte natürlich diesen Prozeß in ihrem Sinne auszubenten, und man fragte sich besorgt: Wird die Regierung stark genug sein, die Ordnung aufrecht zu halten und der Justiz Respekt zu verschaffen? Diese Zustände trugen nicht gerade dazu bei, meine Stellung in London angenehmer zu machen, denn wie konnte ich fest und selbstbewußt auftreten, wenn ich jeden Augenblick die Frage gewärtigen mußte: Existiert Ihre Regierung denn noch, oder ist sie auch wie die früheren schon wieder gestürzt worden? Das sind eben die betrübenden Folgen der Revolutionen.

Ich ließ mich aber davon nicht anfechten, sondern verfolgte energisch meinen Hauptzweck: die Auflösung des niederländischen Königreiches, zumal sich der Kongreß in Brüssel verständiger zeigte, wenn auch der König von Holland auf seinem Eigensinn bestand.

Am 17. Dezember sandte ich dem Minister Sebastiani den folgenden Brief:

„Mein verehrter General!

Der Bevollmächtigte der Niederlande hat sich krank gemeldet; es scheint mir aber nur ein Vorwand zu sein, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen, denn ich habe anderweitig erfahren, daß der König von Holland darauf ausgeht, uns alle möglichen Schwierigkeiten zu bereiten. Er hat wenigstens dem Minister Falck notifizieren lassen, daß er ihm einen zweiten Bevollmächtigten in Person des Barons Zuylen

de Nieweldt!) senden würde, der neue Instruktionen mitbringen soll. Auch dies ist nur auf eine Verschleppung berechnet, denn keiner kann den König hier besser vertreten, als Falk. Auch alle Einwendungen, die derselbe in letzter Zeit bei unseren Beratungen machte, haben nur darin ihren Grund; er selbst fühlt sich dabei verlegen, denn er weiß sehr gut, daß seine Regierung nicht aufrichtig ist.

Deshalb verlangte ich auch so dringend die sofortige Anerkennung der Unabhängigkeit Belgiens, denn wir waren übereingekommen, daß Frankreich die Forderung des Waffenstillstandes durchsetzen und England inzwischen versuchen sollte, den König von Holland günstiger zu stimmen. Wir haben vollständig reüssiert, aber das englische Kabinett hat im Haag nicht dasselbe erfreuliche Resultat erzielt. Der Charakter des Königs von Holland ist das Haupthindernis, und es giebt kein anderes Gegenmittel, als die Selbständigkeit Belgiens offiziell durch die Konferenz zu proklamieren. Ich will vorher noch mit Lord Palmerston reden und dann den Bevollmächtigten den Vorschlag in aller Form unterbreiten.

Vielleicht veranlasse ich auch Palmerston selbst zu diesem Schritte, was einen besseren Eindruck machen dürfte, weil man weiß, daß er beim König von Holland noch am meisten gilt. Ich will mir dies noch überlegen und Ihnen in meinem nächsten Briefe darüber berichten.“

Ich schrieb deshalb dem Minister am 20. Dezember:

„Mein verehrter General!

Ich hoffte, Ihnen schon umgehend das Ergebnis meiner Besprechung mit Lord Palmerston mitteilen zu können, komme

---

1) Baron Hugo von Zuylen de Nieweldt (1781—1853) war i. J. 1805 holländischer Gesandtschaftssekretär in Paris und i. J. 1807 in Madrid. Bei der Thronbesteigung des Prinzen Louis Bonaparte nahm er seinen Abschied und trat erst nach 1814 wieder in den diplomatischen Dienst, wurde Gesandter in Stockholm, Konstantinopel und zuletzt in London. Später (1833) Minister des Auswärtigen und (1842) Kultusminister, zog er sich i. J. 1848 zurück.

aber erst heute dazu, denn die überlangen Beratungen haben mir keine Zeit gelassen. Wir versammeln uns täglich, und eine unserer letzten Sitzungen hat volle sieben Stunden gedauert. Sie werden sich nicht darüber verwundern, wenn Sie bedenken, daß nur Palmerston und ich die Unabhängigkeit Belgiens vertreten, und daß wir die vier anderen Herren noch zu uns hinüberziehen müssen. Ich gab aber nicht nach, um den Wünschen unseres Königs zu entsprechen, und lege jetzt das soeben unterzeichnete Protokoll bei. Sie sehen, es enthält alles, was wir vernünftigerweise verlangen konnten, und ich hoffe, daß Se. Majestät zufrieden sein werden. Die Unterschrift des russischen Bevollmächtigten ist von besonders hohem Wert. Genehmigen Sie . . . .

Talleyrand."

Diesem Briefe ließ ich tags darauf noch eine Nachschrift folgen:

„ . . . . Gestern beeilte ich mich nur, Ihnen eine Kopie des Protokolles zu senden; heute kann ich mich schon etwas näher über den Eindruck aussprechen, den der Inhalt gemacht hat und der hier in allen maßgebenden Kreisen ein bedeutender gewesen ist. Jetzt hat man doch eine Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens, denn die Parteigänger des Krieges haben dadurch viel von ihrem festen Boden verloren. Die Unabhängigkeit Belgiens ist von den fünf Großmächten offiziell anerkannt, und das ist für Frankreich immerhin ein bedeutendes Resultat.

Die Ereignisse in Polen haben in mir die Gefühle meiner Jugendzeit wieder wachgerufen, die damals bei der ersten Teilung des Landes ganz Frankreich mit mir empfand. So etwas kann man nicht vergessen, denn die französische Politik wurde dadurch beschimpft, und sowohl der damalige Minister des Auseren, der Herzog von Anguillon, als auch unser Bot-

schafter in Wien, der Cardinal Rohan, konnten sich niemals von dem schweren Vorwurf reinigen, nichts von den Verhandlungen gewußt zu haben, welche diesem Akt der höchsten Ungerechtigkeit vorangingen.

Später bot sich die günstigste Gelegenheit, das Königreich Polen wiederherzustellen, und zwar durch den Kaiser Napoleon i. J. 1807 und 1812.

Er hätte damit dem europäischen Gleichgewicht einen vor-  
trefflichen Dienst geleistet, aber er wollte es nicht, und Ihnen,  
verehrter General, brauche ich wohl nicht diesen großen Miß-  
griff näher zu erklären. J. J. 1814 waren wir durch unsere  
Niederlagen gezwungen, nur an uns selbst zu denken, und wir  
mußten der neuen Vergewaltigung Polens unthätig zuschauen.  
Jetzt aber, wo wir im Räte der Völker wieder ein gewichtiges  
Wort mitsprechen dürfen, liegt die Sache anders.

Ich bin der Ansicht, daß Sie sehr gut, mit Unterstützung  
Englands und mit geschickter Wahl des geeigneten Momentes,  
die Vermittelung Frankreichs anbieten könnten, um die Er-  
eignisse in Polen zum Vorteil Europas zu wenden. Denn  
heute fühlt jeder, daß ein sicher konstituiertes Königreich Polen  
der beste Schutz gegen russische Übergriffe sein muß. Diese  
Bemühungen würden erfolgreich sein, wenn England uns darin  
offen unterstützen wollte; in Galizien, im Großherzogtum  
Posen, in den Provinzen des russischen Polens und Finnlands  
fänden sich wichtige Faktoren zu einer mächtigen Einsprache,  
wohl auch in Schweden und in der Türkei. Man brauchte  
deshalb noch keinen Krieg zu erklären, und das Petersburger  
Kabinett, wenn wohlberaten, könnte sich mit der Zeit vielleicht  
willig finden lassen. Natürlich verlangt so etwas viele und  
reife Überlegung; ich mache Ihnen heute nur einige flüchtige  
Andeutungen darüber, die ich gern weiter entwickeln will, wenn  
Sie diese Ansichten teilen.

Genehmigen Sie . . . .

Talleyrand."

Während ich in London den großen Erfolg in der belgischen Frage erzielte, trug die französische Regierung ihrerseits auch einen glänzenden Triumph über die Revolutionspartei davon. Am 22. Dezember wurde von der Pairskammer das Urtheil über die angeklagten Minister Karls X. gesprochen, und gottlob kein Todesurtheil; Paris blieb ruhig, und der angedrohte Volksaufstand fand nicht statt.

Ich empfang diese Nachricht mit einer wahren Genugthuung und fühlte mich zugleich durch den schönen Brief, in welchem die Prinzessin mir das Resultat anzeigte, so hoch erfreut, daß ich ihn hier gern mittheile.

„Endlich“, schrieb Ihre Königliche Hoheit, „ist die Krisis überstanden, und das beklagenswerte Drama hat einen Abschluß gefunden, der sowohl unserer neuen Revolution, als auch unseres Königs durchaus würdig ist. Mein Bruder bedurfte seiner ganzen Kraft und all seiner Ruhe und Geduld, um die schlimme Sache so glücklich durchzuführen. Jetzt macht es ihm doppelt Freude, denn er empfängt von allen Seiten die unzweideutigsten Beweise der Liebe und des Vertrauens. Er hat heute unter lauten Acclamationen einen weiten Ritt durch die Pariser Stadtviertel gemacht und der braven Nationalgarde für ihre vortreffliche Haltung, die über alles Lob erhaben war, seine aufrichtige Bewunderung ausgesprochen.

Wir haben hier drei schwere Tage gehabt, sind aber jetzt reichlich dafür entschädigt. Ich weiß, daß der General Sebastiani Ihnen noch gestern Abend einen Kabinettskurier geschickt hat, so daß Sie beim Empfang meines Briefes die erfreuliche Nachricht schon kennen; aber ich mußte sie Ihnen noch einmal melden, damit Sie ganz sicher seien, denn in London hat man wohl ebenfalls allerlei beunruhigende Gerüchte über den Prozeß verbreitet. Das gehört ja eben zur Taktik gewisser Parteien. Hier gingen die unsinnigsten und böswilligsten Geschichten von Haus zu Haus. Wer weiß, ob die Minister, ohne die Kalt-



blütigkeit des Königs, nicht zu den verkehrtesten Maßregeln gegriffen hätten.

Von ganzem Herzen, teurerer Fürst, wünsche ich Ihnen Glück zu den schönen Erfolgen Ihrer Konferenz, die mich doppelt erfreuen für Sie und für uns. Auch der König ist stolz auf den Sieg seines Gesandten, denn so nennt er Sie, weil er selbst Sie gewählt hat. Er beauftragt mich, Ihnen tausendmal alles Liebe und Gute zu wünschen.

Jetzt beunruhigt uns nur noch das Schicksal der armen Polen; ich bin um sie sehr besorgt . . .“

So hatten denn alle unsere Angelegenheiten eine erfreuliche Wendung genommen: in Paris durch den guten Ausgang des Prozesses gegen die Minister, und hier in London durch das Anerkennungspankoll der Großmächte; trotzdem blieben aber noch viele Schwierigkeiten zu besiegen. Das schwache Ministerium Cassitte besaß keinen Kredit, weder in Frankreich selbst, noch im Auslande; unser Handel und unsere Industrie lagen danieder und konnten sich nicht aufraffen, denn die Regierung flößte kein Vertrauen ein.

Mit der Unabhängigkeitserklärung Belgiens war eine fatale Verwicklung verbunden, und zwar in Bezug auf das Großherzogtum Luxemburg, das durch besondere Verträge zu den deutschen Bundesstaaten gehörte. Die Belgier erhoben Anspruch darauf, obwohl die Provinz i. J. 1814 dem König der Niederlande zuerkannt war, als Entschädigung für seine persönlichen Besitzungen in Deutschland, und in dieser Provinz befand sich eine Festung, die in das gemeinsame Defensivsystem Deutschlands einbegriffen war. Man mußte sich also mit dem Deutschen Bunde verständigen und zugleich den Ansprüchen des Königs von Holland und denjenigen Belgiens gerecht zu werden suchen.

Die Verhandlungen über diesen streitigen Punkt dauerten mehrere Jahre, bis man endlich ein passendes Abkommen traf,

das aber auch noch von Zeit zu Zeit Besorgnisse hervorrief, denn, je mehr sich der politische Horizont in Europa aufklärte, desto schwieriger wurde es, von den deutschen Regierungen Konzessionen zu erlangen.

Das Unabhängigkeitsprotokoll vom 20. Dezember<sup>1)</sup> rief natürlich im Haag große Entrüstung hervor, und der König ließ uns sofort einen heftigen Protest zugehen. Man konnte auch nicht wohl bestreiten, daß er ein Recht hatte, sich zu beklagen, denn man wird sich erinnern, daß ihm i. J. 1814 die belgischen Provinzen als Entschädigung für die von England fortgenommenen holländischen Kolonien zuerkannt waren. Der König mußte sich also deshalb an England halten; was mich betraf, so machte ich nur die eine Behauptung geltend, daß man das Königreich der Niederlande als eine Schutzwehr gegen Frankreich und aus Haß gegen die Franzosen errichtet hatte, mithin eine politische Schöpfung, die jetzt überflüssig geworden war und deshalb sehr gut wieder verschwinden konnte.

Die Konferenz antwortete auch gar nicht auf den Protest des Königs und fuhr fort, die belgischen Verhältnisse mehr und mehr zu konsolidieren, und zwar ohne Mitwirkung Hollands, wenn der König nicht einlenken wollte.

Ich meine schon früher gesagt zu haben, daß sich in der Hauptkonferenz der fünf Großmächte noch eine zweite Nebenkonzferenz gebildet hatte, die aus den Bevollmächtigten Frankreichs, Englands und Rußlands bestand, um die griechischen Angelegenheiten zu regeln.

Infolge des Vertrages zwischen diesen drei Mächten, vom 6. Juli 1827<sup>2)</sup>, war bekanntlich die Unabhängigkeit Griechen-

---

1) Siehe den Wortlaut des Protokolles am Schlusse des Anhangs.

2) Der Vertrag wurde in London von dem Fürsten Polignac, Lord Dudley und dem Fürsten Lieven unterzeichnet, und die drei Kabinette vermittelten nun zwischen den kriegführenden Parteien die folgende Vereinbarung: Die Griechen

lands anerkannt worden, und darauf hatten lange Verhandlungen begonnen, um die Einwilligung der Pforte zu erreichen, während der Graf Kapodistrias<sup>1)</sup> den neuen Staat inzwischen provisorisch verwaltete.

Die drei sogenannten Schutzmächte hatten sich anfangs mit großem Eifer der Konsolidierung Griechenlands angenommen, aber in der letzten Zeit war dieser Eifer etwas erkaltet, besonders von seiten Rußlands, welches einzusehen begann, daß die Vorteile, die es sich von der Selbständigkeit Griechenlands versprochen, doch nicht so bedeutend ausfielen. Dann kamen die Ereignisse in Frankreich von 1830 hinzu, um die europäischen Kabinette anderweitig in Anspruch zu nehmen.

Und doch war es nötig, den unsicheren Zuständen in Griechenland ein Ende zu machen. Wir versammelten uns deshalb Ende Dezember zu einer darauf bezüglichen Beratung. Vorher aber ist es nötig, kurz die Fragen zu bezeichnen, welche den Gegenstand derselben bildeten.

Der Vertrag vom 6. Juli 1827 hatte die eigentliche Basis zur Unabhängigkeit Griechenlands gelegt; er setzte die Grenzen des neuen Staates fest, ferner die Beziehungen desselben zur Türkei, und die Regierungsform; alsdann übertrugen die Schutzmächte, indem sie sich das Recht vorbehielten, einen Fürsten zum Regenten zu wählen, dem Grafen Kapodistrias, auf den allgemeinen Wunsch der Bevölkerung, die vorläufige Verwaltung des Landes. Als aber die einzelnen Artikel des Vertrages bekannt wurden, entstand schon wegen der Grenzbestimmungen

---

erkennen den Sultan als ihren Oberlehnsherrn (suzerain) an und zahlen an denselben einen jährlichen Tribut. Sie wählen selbst ihre Regierung, aber die Pforte nimmt an der Wahl einen noch näher zu bestimmenden Anteil. — Ein Zusatzartikel lautete, daß, wenn die Pforte diesen friedlichen Ausgleich zurückweisen sollte, die Schutzmächte alsdann Griechenland mit Waffengewalt unterstützen würden.

1) Kapodistrias wurde von der griechischen Nationalversammlung am 31. März 1827 zum Staatsoberhaupt auf sieben Jahre gewählt, trat aber sein Amt erst im Januar 1828 an und hatte dasselbe schon fast vier Jahre lang verwaltet, als er am 9. Oktober 1831 ermordet wurde.

eine allgemeine Unzufriedenheit, und Kapodistrias unterstützte die Beschwerden. Rußland zeigte indes, wie ich bereits oben bemerkte, nicht mehr das lebhafteste Interesse für Griechenland und ein gleiches galt von England, obwohl in London eine griechische Anleihe zu Gunsten des Befreiungskampfes zu stande gekommen war.

Nun bezahlte aber die provisorische Regierung die Zinsen dieser Anleihe nicht und weigerte sich sogar, sie zu garantieren. Außerdem befürchteten die Engländer, daß die Nachbarschaft des unabhängigen Griechenlands einen gefährlichen Einfluß auf die in ihrem Besitz befindlichen Ionischen Inseln<sup>1)</sup> ausüben könnte, und nicht minder die Konkurrenz der griechischen Handelsmarine mit der ihrigen — kurz, alle diese Umstände hatten nach und nach die Sache der Griechen in England sehr unpopulär gemacht.

Nur Frankreich war derselben treu geblieben, und ohne alle Nebenabsichten. Man muß der Regierung Karls X. in diesem Punkt Gerechtigkeit widerfahren lassen, und das um so mehr, als der unglückliche Monarch nach der Julirevolution, die seinen Thron umstürzte, nur den einen Vorwurf seinen Ministern machte, nämlich durch die Anerkennung Griechenlands die Empörung im eigenen Lande ermutigt zu haben.

Wie dem auch sei, die schlecht geregelten griechischen Grenzfragen riefen vielfache Verwirrungen hervor. Endlich und nach langen Deliberationen boten die drei Schutzmächte dem Prinzen Leopold von Sachsen-Koburg, dem Witwer der Prinzessin Charlotte von England, die griechische Krone an, und der Prinz gab unter Vorbehalt seine Zusage. Er verlangte nämlich zunächst die Garantie der drei Kabinette für

1) Die Ionischen Inseln wurden i. J. 1815 unter das Protektorat Englands gestellt, bildeten aber eine Republik. Die Exekutivgewalt besaß der Senat, dessen Präsident von England ernannt wurde, und ein englischer Kommissar fungierte als Minister des Aeußeren. Dies dauerte bis zum Jahre 1864, wo England auf sein Protektorat verzichtete, infolgedessen die Inseln wieder an Griechenland fielen.

eine beträchtliche Staatsanleihe und außerdem eine bessere Bestimmung der Grenzen seines zukünftigen Reiches. Als diese Vorschläge abgelehnt wurden, zog er seine Zusage zurück. Es galt nun, einen anderen Fürsten als Ersatzmann zu suchen, und während der Zeit brach die Julirevolution aus. Die in Athen residierenden Kommissare der Schutzmächte unterstützten nun noch mehr als zuvor das dringende Verlangen des Grafen Kapodistrias nach einer Lösung der griechischen Thronfrage, um dem wilden Treiben der Faktionen, die überall Unruhe und Unsicherheit verbreiteten, ein Ende zu machen.

In diesem Stadium befand sich die Lage der griechischen Angelegenheiten, als Lord Palmerston darüber eine Beratung der Konferenzmitglieder auf den 28. Dezember 1830 ansetzte. Nach der Sitzung sandte ich der französischen Regierung den folgenden Bericht:

„Wir sind diesen Morgen zu einer Beratung über die griechische Thronfrage zusammengetreten. Lord Palmerston verlas zuerst die letzten Protokolle der früheren Konferenzen, an welchen mein Vorgänger teilgenommen hatte und die durch die Ablehnung des Prinzen Leopold resultatlos geblieben waren.

Darauf verständigten wir uns über eine Vergrößerung des griechischen Territoriums, und ich schlug als passendste Grenzlinie den Golf von Volo vor, der mir weit besser als der Golf von Arta erschien. Die Pforte hatte zu einigen Abänderungen bereits ihre Einwilligung gegeben. Lord Palmerston unterstützte meinen Vorschlag durch sehr gewichtige Gründe, die er den früheren Berichten entnahm.

Rußland zeigte kein besonders lebhaftes Interesse für Griechenland, seitdem es seine guten Beziehungen mit der Pforte wieder angeknüpft hatte<sup>1)</sup>, und seine Bevollmächtigten waren sehr zurückhaltend und wollten keine Initiative auf sich nehmen.

---

<sup>1)</sup> Durch den Friedensvertrag von Adrianopel (14. September 1829).



England soll nun seinen Kommissar in Griechenland, den Herrn Dawkins, beauftragen, dem Grafen Kapodistrias konfidentuell die Zusicherung zu geben, daß die Grenzen nach seinem Wunsch reguliert würden, daß er jedoch diese Entscheidung noch geheim halten möge. Er müsse aber einen Vorwand finden, den Rückzug der griechischen Truppen aus Acarnanien und Stolien noch hinzuhalten, welche Provinzen vertragsmäßig nicht mehr besetzt bleiben dürfen. Inzwischen wollen dann die russischen Bevollmächtigten in Petersburg die Erlaubnis erwirken, die Protokolle wegen der neuen Grenzbestimmungen zu unterzeichnen, und die Pforte, die bereits ihre Einwilligung dazu gegeben, würde eine Geldentschädigung aus der von den Mächten garantierten Anleihe erhalten.

Wenn dieser Vorschlag durchgeht, so haben die Kommissare für die Ausführung zu sorgen, und es würde sich alsdann sehr empfehlen, den französischen sofort abreisen zu lassen, um an den Arbeiten teilzunehmen; denn die Griechen müssen wissen, daß Frankreich für sie ein großes Interesse hegt.

Ich ersuche sie auch, die meinem Vorgänger gegebenen Instruktionen für mich zu bestätigen, oder mir nötigenfalls neue zu geben, wenn Sie vielleicht in Bezug auf die Wahl eines Regenten für Griechenland besondere Pläne haben; billigen Sie aber mit den übrigen Mächten die Wahl eines Sohnes des Königs von Bayern, so scheint es mir geraten, den Grafen Kapodistrias in seiner Stellung bis auf weiteres zu belassen, oder ihn zu bitten, im Hinblick auf seinen schwachen Gesundheitszustand, eine Regentschaft vorzuschlagen.

Auch dürfen Sie nicht vergessen, daß unsere Regierung sich durch eine Erklärung vom 3. Mai 1830 verpflichtet hat, die griechische Staatsanleihe von 60 Millionen (nach Artikel IV des Protokolls vom 20. Februar 1830) zu garantieren.

Genehmigen Sie . . .

Talleyrand.“

Zwei Tage darauf schickte ich die folgende Nachschrift:

„Bei einer neuen Besprechung über die griechischen An-  
gelegenheiten, die ich aber diesmal mit den englischen Ministern  
allein hatte, erfuhr ich, daß das Londoner Kabinett den Prinzen  
Otto von Bayern zum König von Griechenland bestimmt habe,  
und daß dies kein bloßes Projekt mehr sei, sondern eine so  
gut wie vollendete Thatsache. Mein Vorgänger hatte übrigens  
dazu bereits seine Zustimmung gegeben.

Man war sogar schon so weit gegangen, an den König  
von Bayern die Frage zu richten, wie hoch er die persönlichen  
Einkünfte seines Sohnes festzusetzen gedenke, damit der neue  
Monarch bei seinem ersten Auftreten nicht sogleich dem Lande  
zur Last fiele . . . .“

Ich werde wohl noch später auf die griechische Frage  
zurückkommen; für den Augenblick ist es für uns aber viel  
wichtiger, an den zu erwählenden belgischen König, als an den  
griechischen, zu denken, denn von dem ersteren hängt die Be-  
schwichtigung der revolutionären Bewegung in unserer nächsten  
Nähe und in Frankreich selbst ab, und mittelbar die Ruhe  
Europas. Wir wissen, daß der Prinz Leopold schon vielfach  
genannt wurde, Lord Pomsonby hatte ihn ebenfalls schon dem  
diplomatischen Komitee in Brüssel empfohlen<sup>1)</sup>, also ein Beweis,  
daß England die Wahl wünschte, und in meinen Unterredungen  
mit Grey und Palmerston hatte ich die gleiche Überzeugung  
gewonnen. Der Präsident jenes Komitees, van de Weyer,  
war bereits auf dem Wege nach Paris und London, um von  
den beiden Kabinetten die Zustimmung zu der Wahl des  
Prinzen Leopold zu erlangen.

---

<sup>1)</sup> Die provisorische Regierung in Brüssel hatte für ihre auswärtigen Be-  
ziehungen ein sogen. diplomatisches Komitee ernannt, das aus den folgenden  
Mitgliedern bestand: van de Weyer, als Präsident; die Grafen von Celles und  
von Arschot und die Herren Desrivaux und Rothomb.

Der Prinz hatte sich inzwischen direkt an mich gewendet und mich um Rat gefragt, und ich beeilte mich, ihm zu antworten, daß ich seine Kandidatur mit der größten Freude begrüße. Ich wußte auch wirklich in ganz Europa keinen Fürsten, der für diese immerhin sehr delikate und verwickelte Stellung so gut gepaßt hätte, wie er. Ich hatte ihn bereits auf dem Wiener Kongreß näher kennen gelernt, wo er mir durch seinen scharfen Verstand sehr gefiel, und namentlich durch die Loyalität, mit welcher er die Interessen des Königs von Sachsen gegen Preußen und Rußland verteidigte; ich erinnerte mich noch sehr gut, wie würdig und mutvoll er den Schmeicheleien des Kaisers Alexander widerstand, in dessen Armee er doch mehrere Jahre gedient hatte. So erschien mir denn der Prinz Leopold als König der Belgier und als Gemahl einer französischen Prinzessin die weitaus beste Lösung eines politischen Problems, das uns schon so lange beschäftigte, und die Zeit hat bewiesen, daß ich mich nicht täuschte.

Die Wahl gefiel indes den Intriguanen in Brüssel nicht, die aus persönlichem Interesse eine Vereinigung mit Frankreich wünschten und die Sache nur in ihrem eigenen Interesse auszubenten suchten.

Der Beschluß der Kabinette war, wie ich oben sagte, zunächst ganz konfidentiell dem diplomatischen Komitee mitgeteilt worden, aber der Graf von Selles, der zu dem Komitee gehörte, hatte ihn sofort nach Paris gemeldet, und nun benutzte die äußerste Linke in der Kammer diese Gelegenheit zu einem scharfen Angriff auf die Regierung. Der folgende Brief des Generals Sebastiani an mich, vom 30. Dezember 1830, schildert dies sehr anschaulich:

„Teurer Fürst!

Wir haben hier nach den letzten Volksbewegungen sehr lebhafteste Kammerdebatten gehabt, die aber gottlob die Lage

klärten und das Mißtrauen zerstreuten. Die öffentliche Ordnung ist nicht weiter gestört worden, und die Gemüther sind beruhigt, so daß wir jetzt begründete Hoffnung hegen dürfen, in Zukunft von ähnlichen widerwärtigen Zwischenfällen verschont zu bleiben.

Die auswärtigen Fragen wurden am schärfsten besprochen, was schon durch die bewegten Ereignisse im Innern begreiflich ist, und die belgischen Angelegenheiten behaupteten dabei natürlich den ersten Platz. Die Minister des Königs benahmen sich sehr zurückhaltend und betonten nur fest und unerschütterlich ihre friedlichen Absichten und den ernstesten Willen, sich von allen Intriguen fern zu halten.

Der Prinz Leopold wurde auf das heftigste angegriffen, gestern vom General Lamarque und heute von dem Deputierten Mauguin; beide erregten einen wahren Sturm in der Kammer, und die Zeitungen tragen daran unleugbar die meiste Schuld. Der König, welcher dem Prinzen in aufrichtiger Freundschaft zugethan ist, fühlt sich dadurch sehr schmerzlich berührt und hält es für unmöglich, die öffentliche Meinung versöhnlich zu stimmen. Man wird also wohl genötigt sein, sich nach einem anderen Fürsten umzuschauen, der sowohl Belgien und Frankreich, als auch ganz Europa genehmer ist, und einen solchen zu finden, dürfte für Sie eine schwere Aufgabe werden.

Ganz Belgien wünscht ja, wie es scheint, entweder mit Frankreich vereinigt zu sein, oder den Herzog von Nemours zum König. Für diesen Preis würden die Belgier sogar Antwerpen opfern, das eine freie Stadt werden soll, und vielleicht auch noch auf Ostende verzichten.

Frankreich würde in der Wiedervereinigung mit Belgien, oder auch nur in dem Herzog von Nemours als König, eine gerechte Zurückerstattung erblicken und zugleich für seine Zukunft beruhigt sein. Für Europa wäre es die beste Friedensbürgschaft. Aber wir wollen dies alles nicht gewaltsam erzwingen

und dadurch wohl gar einen allgemeinen Krieg heraufbeschwören, der die gesamte sociale Ordnung gefährdete, die ohnehin schon schwankend genug geworden ist. Trotzdem meine ich, daß eine solche politische Kombination, die für Frankreich und auch für die anderen Staaten so wohlbegründet erscheint, auch in Ihren Augen, teurer Fürst, viel Großes und Wahres haben muß. Wenn wir genötigt sein sollten, darauf zu verzichten, so würde dies um so schmerzlicher sein, als die Reinheit unserer Absichten durch keinerlei ehrgeizige Nebengedanken getrübt wird.

Wir dürfen uns ferner nicht verhehlen, daß Belgien durch den Ausschluß des nassauischen Hauses auch alle übrigen protestantischen Dynastien Europas, selbst Bayern und Sachsen miteinbegriffen, ausgeschlossen hat. Denn ein bayrischer Prinz, dessen Haus die Bundesfestung Landau besitzt, die ehemals zu Frankreich gehörte, kann uns hier unmöglich willkommen sein. Der jüngere Bruder des Königs von Neapel, dessen Geist und nobler Charakter viel gerühmt wird, wäre vielleicht noch der einzige Prinz, dem die französische Nation keine allzugroßen Hindernisse in den Weg legen würde.

Ihnen, teurer Fürst, ist die hohe Mission geworden, diese überaus delikate und schwierige Frage auf eine würdige und den Interessen unseres Vaterlandes günstige Weise zu lösen. Der König erwartet, wie Sie sich leicht denken können, Ihre Antwort mit großer Ungeduld. Ihre lange Erfahrung und Ihr bewährter politischer Scharfblick werden uns gewiß den richtigen Weg weisen, den wir unter Zustimmung der Großmächte hier einzuschlagen haben. Besteht England denn noch immer auf seiner beschränkten und eigennützigen Politik? Kann sich denn sein jetziges aufgeklärtes Kabinett nicht davon frei machen, um zu begreifen, daß nur die richtige Lösung der belgischen Frage einen Krieg auf lange hin unmöglich macht und ihm die beste Gelegenheit bietet, seinen Einfluß in Europa zu kräftigen?



Der König hat diesen Morgen den Herrn Gendebien empfangen, demselben die Politik der französischen Regierung offen und wohlwollend dargelegt und ihm dadurch bewiesen, daß sie stets ehrliche Absichten gehabt, und daß sie ihren Verpflichtungen, die belgische Revolution nicht zu ihrem Vorteil auszubeuten, gewissenhaft nachkommen wird.

Und aus diesem Grunde hätten Se. Majestät den Vorschlag einer Vereinigung Belgiens mit Frankreich und die Erhebung eines seiner Söhne auf den belgischen Thron zurückgewiesen.

Übrigens, teurer Fürst, hat Europa ein noch größeres Interesse daran, als wir, diesen kriegdrohenden Zankapfel möglichst bald zu beseitigen.

Genehmigen Sie . . . .

Sebastiani.

An demselben Tage erhielt ich noch von unserem bei der provisorischen Regierung in Brüssel beglaubigten Agenten, dem Grafen Bresson, die folgende Zuschrift:

„Brüssel, den 30. Dezember 1830.

Durchlaucht!

Meine Unruhe über die hiesigen Zustände wächst mit jedem Tage. Der König von Holland hat die Schelde sperren lassen und dadurch alle Beschlüsse des Kongresses vernichtet. Gewaltthätigkeiten, Anarchie und Bürgerkrieg stehen uns bevor. Ich weiß keinen Rat mehr, aber das weiß ich, daß nur eine durchgreifende und von einem großen Gedanken getragene Maßregel das heraufziehende Unwetter beschwören kann. Ein französischer Prinz ist unmöglich; dann wäre der Krieg da, und doch kann vielleicht nur eine kriegerische Konzession die aufgeregten Massen beschwichtigen. Was soll ich sagen? was thun? Die Aufgabe übersteigt meine Kräfte.

Lord Ponsonby scheint mehr Hoffnung zu haben, als ich. Ich wünsche von ganzem Herzen, daß er sich nicht täuschen möge; aber sein Land hat auch bei weitem nicht so viel zu riskieren, wie wir, und deshalb ist es ganz natürlich, daß wir weit besorgter sind.

Geruhen Ew. Durchlaucht . . . .

Bresson.

Man sieht hieraus, daß der Horizont in Brüssel sehr umwölkt war, und zwar einzig und allein durch die Intriguen des Grafen von Celles und seiner Genossen, die sogar den General Sebastiani für ihre Pläne zu gewinnen gewußt hatten. Der Brief des Generals beweist wenigstens auf das deutlichste, daß sein sonst so klares und scharfsichtiges Urteil durch die falschen und parteiischen Einflüsterungen gänzlich verdunkelt war. Man mußte ja geradezu den Verstand verloren haben, um anzunehmen, daß die Großmächte ruhig und ohne weiteres in die Vereinigung Belgiens mit Frankreich einwilligen würden, und von der Erhebung des Herzogs von Nemours auf den belgischen Thron galt dasselbe. Frankreich hätte für sich allein einen gewaltigen Krieg gegen vier Großmächte führen müssen.

Ich habe schon mehrfach des Grafen von Celles erwähnt, ohne den Grund anzugeben, wie es kam, daß ein solcher Mann einen derartigen Einfluß in Brüssel und in Paris ausüben konnte.

Der Graf von Celles stammte aus einer angesehenen belgischen Familie und war noch sehr jung, als Belgien von der französischen Republik erobert wurde, aber schon von jener Zeit an machte er durch sein zügelloses Leben und durch allerlei Exzesse viel von sich reden. Er gehörte zu den ersten, die sofort dem Kaiserreich ihre Dienste anboten; Napoleon zog ihn auch in den Staatsrat und ernannte ihn zum Präfekten

von Nantes und später von Amsterdam. Bei den Holländern machte er sich gar bald nicht allein durch seine außerordentliche Härte verhaßt, mit welcher er alle kaiserlichen Dekrete ausführte, sondern auch durch sein anstößiges gesellschaftliches Betragen. Nach dem Sturz des Kaiserreiches blieb er einige Zeit lang im Dunkeln, wurde aber doch Mitglied der zweiten niederländischen Kammer, wo er zur Opposition gehörte. Später machte er eine Reise nach Rom und gelangte nach seiner Rückkehr in die nähere Umgebung des Königs, der damals mit der päpstlichen Kurie auf gespanntem Fuße stand. Er wußte sich nun als den besten Vermittler zwischen der königlichen Regierung und dem römischen Hofe zu empfehlen, indem er einerseits seine philosophischen und antireligiösen Ansichten hervorhob, um dort nicht düpiert zu werden, und andererseits die Frömmigkeit seiner Gemahlin, die viel beim Papste galt. Der König ernannte ihn denn auch zum Gesandten in Rom, und dort brachte der Graf schon nach wenigen Monaten ein Konkordat zwischen beiden Kabinetten zu stande<sup>1)</sup>, das allerdings nicht ganz den Wünschen des Königs entsprach und auch später zu allerlei religiösen Zwistigkeiten führte, welche die belgischen Katholiken dem Monarchen noch mehr entfremdeten. Diese

1) Das neue Konkordat mit den Niederlanden wurde am 18. Juni 1827 unter dem Pontifikate Pius VII. abgeschlossen, mit der Bestimmung, daß für die südlichen Provinzen des Königreiches das Konkordat von 1801 (zwischen Pius VII. und dem Ersten Konsul) in Kraft bleiben sollte. Für die nördlichen Provinzen enthielt es die folgenden Modifikationen: „Jedes Bistum bekommt sein besonderes Kapitel und sein Priesterseminar. Wenn es sich um die Wiederbesetzung eines vakant gewordenen Bischofsitzes handelt, so übersendet das Kapitel dem König eine Kandidatenliste, die nach der landesherrlichen Genehmigung an das Kapitel zurückgeht, das dann die Wahl vollzieht. Das Resultat derselben wird hierauf dem päpstlichen Stuhl zur kanonischen Institution mitgeteilt.“ — Der Papst vervollständigte diese Artikel durch ein apostolisches Breve, in welchem er sich das Recht vorbehielt, die ersten neuen Bischöfe Belgiens selbst zu ernennen. Die Bischöfe konnten dem König den Eid leisten, mußten aber ihre Generalvikare selbst ernennen, und ebenso die Pfarren ihre Vikare, und hatten volle Autorität über die Seminare. Außerdem bezog jeder Priester ein Gehalt von der Regierung.

beschuldigten zugleich den Grafen, ihre Interessen verraten zu haben.

Bald darauf brach die Revolution aus, der Graf warf sich sofort mitten in den Strudel, und die liberale Partei wählte ihn zum Mitglied des Nationalkongresses. Dann wurde er Vicepräsident des diplomatischen Komitees und bekam dadurch die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in die Hände.

Er hatte schon früher die Tochter des Generals von Balence, eines Schwiegersohnes der Frau von Genlis, geheiratet. Die Schwester der Gräfin war mit dem Marschall Gérard vermählt, der gleich nach der Julirevolution Kriegsminister wurde. Eine andere in Belgien verheiratete Tochter der Frau von Genlis, die Marquise von Lawoestine, hatte einen Sohn hinterlassen, der in Frankreich einer der Hauptparteiänger der Bonapartisten wurde. Diese Verwandtschaft erklärt die doppelten Beziehungen des Grafen von Selles einerseits zum Palais royal, und andererseits, durch den Marschall Gérard, zur Regierung. So konnte er hin und her intrigieren und für die Vereinigung Belgiens mit Frankreich und für die Kandidatur des Herzogs von Nemours Propaganda machen natürlich in der Hoffnung, dadurch eine glänzende Stellung in Frankreich zu erlangen, um Belgien verlassen zu können, wo er in schlechtem Rufe stand.

Vielleicht habe ich mich hier etwas zu eingehend mit dieser an sich wenig interessanten Persönlichkeit befaßt, aber die kleine Abschweifung schien mir nötig, um die vielen Hindernisse, die man mir in England von Paris aus in den Weg legte, zu erklären.

Unter solchen wenig erfreulichen Auspicien schloß das Jahr 1830, das durch seine Ereignisse nach gar vielen Richtungen hin ein so bedeutungsvolles geworden war.

---